

MIT LINKS

Nr. **66** Dezember 2018

für ein solidarisches München

Zeitschrift aus der Politischen Gruppe DIE LINKE im Stadtrat –
in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik München



MEHR : SEITE 28 BIS 34

DIE LINKE.
IM STADTRAT MÜNCHEN

DIE LINKE im Stadtrat München

Anschrift: DIE LINKE im Stadtrat,
Rathaus, Zimmer Nr. 176, Marienplatz 8,
80331 München
E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de
Internet: www.dielinke-muenchen-stadtrat.de
Telefon: 089 – 233-25235 Fax: 089 – 233-28108

Ausschussmitgliedschaften der Ausschussgemeinschaft:

DIE LINKE:

Çetin Oraner: Bildungsausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Kreisverwaltungs- und Sozialausschuss und Sportausschuss

Brigitte Wolf: Gesundheitsausschuss, IT-Ausschuss, Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung und Verwaltungs- und Personalausschuss

ÖDP:

Sonja Haider: Kulturausschuss, Finanzausschuss und Umweltausschuss

Tobias Ruff: Arbeit und Wirtschaft, Bauausschuss, Stadtentwässerungsausschuss und Kommunalausschuss

Kreisverband der Partei DIE LINKE.München

Anschrift: DIE LINKE.München, Schwanthalerstr. 139,
80339 München
Telefon: 089 – 510 995-14 Fax: -16
E-Mail: info@dielinke-muc.de
Internet: www.dielinke-muc.de

Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke in München

Bürozeiten:
Dienstag: 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr
Donnerstag: 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr
sowie nach Vereinbarung
Anschrift: Bürgerbüro Nicole Gohlke, MdB
Siegessstraße 15
80802 München
Tel.: 089 / 374 16 295
E-Mail: Nicole.gohlke.wk@bundestag.de
<http://www.Nicole-gohlke.de/>

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Regionalbüro Süd

Siegessstraße 15. 80802 München
Mitarbeiter: Ievgeniia Belenko
ievgeniia.belenko@linksfraktion.de
Telefon: 089/37419530 • Telefax: 089/37419531
Öffnungszeiten: Mo 10:00 – 12:00 und 14:00 – 19:00
Mi 10:00 – 12:00 und 14:00 – 17:00
Fr 10:00 – 12:00 und 14:00 – 16:00

Inhalt MitLinks Nr. 66

Berichte aus der Ausschussgemeinschaft ÖDP – DIE LINKE. Von Çetin Oraner (ÇO) und Brigitte Wolf (BW) – Illustriert	
von Bernd Bücking	3
Vom 22.8. bis zur VV am 4.10.2018	3
Vom 4.10. bis zur VV am 24.10.2018	4
Vom 6.11. bis zur VV am 27.11.2018	11
DOK: Bürgermeisterkandidatin Katrin Habenschaden setzt soziale Akzente	13
DREI ANTRÄGE: • Datenschutzreform 2018 – Teil 2 • Prävention und Versorgung bei weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) • 2. Stammstrecke und Neubau Hauptbahnhof	15
DOK: Demonstrationaufruf (SiKo): 16. Februar 2019	16
Drastische Kürzung in den SBH trotz Stellenbemessung des POR und ANTRAG: Anpassung der personellen Kapazitäten bei dem psychologischen Fachdienst. Von ÇETIN ORANER	17
„Soziales Vermieten leicht gemacht“ oder Subventionierung der Wohnungsspekulanten. Von ÇETIN ORANER	17
DOK: Für ein lückenloses Radverkehrsnetz – Bündnis Radentscheid München	18
Weg von der GroKo – die kommunalpolitische Sachdebatte starten. Von BRIGITTE WOLF	20
DOK: LINKEN-KMV-BESCHLUSS zur Mobilität vom 18.11.2018.	21
Der Münchner Wahlatlas: Ein sinnvolles Hilfsmittel zur Wahlanalyse? Von CHRISTIAN SCHWARZENBERGER	22
Die Landtags- und Bezirkswahlen aus Sicht eines Wahlhelfers. Von TINO KRENSE	24
ANFRAGE: „Wahlchaos“	25
Linke Politik im Bezirkstag – Radikal für demokratische Prinzipien. Von KLAUS WEBER, Fraktionssprecher der LINKEN im Bezirkstag von Oberbayern.	26
DOK: Führerhauptquartier statt Auschwitz: AfD verhöhnt Opfer der Vernichtung.	27
Das Milliardengeschäft mit dem Fußball: Die UEFA- FIFA-Connection. Von JÜRGEN LOHMÜLLER	28
INFO: Die Löwenfans gegen rechts	29
Sport, Gesellschaft, linke Politik – Thesen. Von KLAUS WEBER	29
JOUR FIXE: Sportperspektive München. Von JOHANNES KAKOURES	31
1860 und Giesing in der 3. Liga: Freudenfeste und Anwohnerproteste. Von Dr. Markus Drees, Freunde des Sechz'ger Stadions e.V. (FDS)	33
BUCHREZENSION: Mein Verein für alle Zeit – Die Wiedergeburt des TSV 1860 München. Von TINO KRENSE	35
Turmbau zu München? – Weg oder Irrweg? Von MARTIN FOCHLER	35
Fauststraße 90 – Stoff für einen Münchner Polit-Krimi. Von HORST MÜNZINGER	38
Die bairische Revolution und Räterepublik 1918/1919 Veranstaltungsprogramm	40

MITLINKS kostenfrei beziehen: MITLINKS ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Stadtratsgruppe der LINKEN. Sie können sich die Zeitschrift, die ca. viermal im Jahr erscheint, kostenfrei zuschicken lassen. **Bestellung, bitte mit vollständiger Adressangabe, per Mail an:** info@dielinke-muenchen-stadtrat.de oder **per Post an:** DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Zimmer Nr. 176, Marienplatz 8, 80331 München

Impressum: mitLinks Nr. 66 Dezember 2018. Zeitschrift aus der Politischen Gruppe DIE LINKE im Stadtrat München, in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. Herausgeber: Çetin Oraner, Martin Fochler, Brigitte Wolf. E.i.S.: Brigitte Wolf. Redaktion: Dr. Stefan Breit (verantwortlich), Martin Fochler (Beilagen). Geschäftsführung: Tino Krense. **Anschrift:** Politische Gruppe DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München. Tel: 089 / 233 25235. Fax: 089 / 233 28108. E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de. Web.: www.dielinke-muenchen-stadtrat.de. Druck: PROJEKT PRINT, Admiralbogen 47, 80939 München. Sämtliche Ausgaben von mitLinks (ab Nr.1, 2002) gibt es auch im Archiv des Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. Web: www.flink-m.de.

Aus der Vollversammlung und den Ausschüssen

Berichte aus der Ausschussgemeinschaft ÖDP – DIE LINKE. Von Çetin Oraner (ÇO) und Brigitte Wolf (BW) – Illustriert von Bernd Bücking

Vom 22.8. bis zur VV am 4.10.2018

Stadtrat hält an Diskussionsverbot zum Thema BDS fest. (BW) Nachdem das Stadtmuseum sich auf der Grundlage des Anti-BDS-Beschlusses geweigert hat, Räume für eine Veranstaltung zum Thema „Wie sehr schränkt München die Meinungsfreiheit ein? – Der Stadtratsbeschluss vom 13.12.2017 und seine Folgen“ zu vermieten, klagt der Veranstalter gegen diese Verletzung seines „Grundrechts auf Meinungsfreiheit“. Diese Klage wird auch dazu führen, dass sich die Gerichte mit dem Anti-BDS-Beschluss des Münchner Stadtrats befassen werden. Unbeeindruckt hiervon bekräftigte der Feriensenat seinen Beschluss vom Dezember 2017. Lediglich die LINKE stimmte gegen diesen in unseren Augen zu restriktiven Beschluss, der in die Meinungsbildung erwiesenermaßen unzulässig eingreift. *Feriansenat, 22.8.2018*

Keine Parteiveranstaltungen mehr im Alten und Neuen Rathaus. (BW) Im Feriensenat wurde einstimmig beschlossen, dass das Alte und das Neue Rathaus künftig nicht mehr von Parteien, parteieigenen Stiftungen oder Wählergruppen genutzt werden dürfen. Anlass war ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, das eine Gleichbehandlung aller Parteien verlangt, gleichgültig, ob diese bereits im Stadtrat vertreten sind oder nicht. Für die Stadtratsarbeit können allerdings die Räume noch genutzt werden. Einzig bekannte Nutzung durch eine Partei in den letzten Jahren war ein Empfang der SPD für Alt-Oberbürgermeister Dr. Vogel. *Feriansenat, 22.8.2018*

Infrastrukturkonzept für Schulschwimmbäder. (ÇO) Aus dem 2. Schulbauprogramm resultiert der Auftrag, ein Infrastrukturkonzept für die Münchner Schulschwimmbäder zu erarbeiten. Daher wurden zunächst Bestand, Zustand und Auslastung der Schwimmbäder im Schuljahr 2017/18 ermittelt und im weiteren Schritt eine Einschätzung des Bedarfs vorgenommen.

Fazit: Der Anspruch, dass 90 Prozent der Grund-

schulkindern bis Ende der 4. Klasse mindestens das Niveau des „Seepferdchens“ erreicht haben, soll Zug um Zug – im Rahmen des Programms „Schwimmoffensive“ – durch entsprechenden Zubau sichergestellt werden. Die erforderlichen personellen Ressourcen (Lehrkräfte) jedoch müssen durch den Freistaat zur Verfügung gestellt werden.

Die 33 bestehenden städtischen Schulschwimmbäder werden nicht nur dauerhaft erhalten, sondern auch so ausgestattet – Standardraumprogramm der Schulen –, dass nicht nur der Schulschwimm-Unterricht gesichert ist, sondern dass diese auch den Münchner Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus werden die fünf derzeit in Planung bzw. schon im Bau befindlichen Bäder wie geplant realisiert. In den nächsten Jahren werden – je nach aktueller Situation – zehn weitere Schulschwimmbäder im Stadtgebiet gesichert. Für die zehn dafür vorgesehenen aufgelisteten Schulen werden Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben. *Einstimmig beschlossen*

*Sportausschuss gemeinsam mit
Bildungsausschuss, 19.9.2018*



Stadtratsmehrheit verabschiedet sich vom Programm „Wohnen für Alle“. (BW) Ein Zwischenbericht zu „Wohnen in München VI“ zeigt es überdeutlich: Die Differenz zwischen den Zielzahlen im geförderten Wohnungsbau und den real entste-

Beginnend mit dem 28. April 2010 werden die Wortprotokolle des öffentlichen Teils aller Vollversammlungen des Stadtrats im Internet veröffentlicht unter folgender Adresse:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Der-Muenchner-Stadtrat/Sitzungsprotokolle.html>

Hier können unter *Dokumente – Protokoll Internet* die oft ausführlichen Debatten nachgelesen werden, die in unserer Berichterstattung doch oft zu kurz kommen.

Protokolle der Stadtratsausschüsse werden nicht veröffentlicht, dafür gibt es auch keine Wortprotokolle, sondern lediglich Zusammenfassungen der Diskussionsbeiträge.

Ab dem 24. Juli 2013 gibt es auch eine Live-Übertragung der Vollversammlung. Sie kann in der Mediathek des Rathauses abgerufen werden unter der Adresse:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Der-Muenchner-Stadtrat/Der-Muenchner-Stadtrat-live.html>

▷ henden ist immer noch groß, trotz aller Anstrengungen der Stadt. Auch das beschleunigte Bauprogramm „Wohnen für Alle“ erreicht seine Ziele nicht. 3000 Wohnungen sollten so bis 2020 entstehen, zur Hälfte belegt mit Flüchtlingshaushalten, die andere Hälfte mit Haushalten aus dem Unterbringungssystem der Wohnungslosenhilfe. Bis Ende 2018 werden jedoch nur ca. 791 Wohnungen entstehen, ein Projekt (Erwin-Schleich-Straße) soll mit 51 WE im Mai 2020 noch dazu kommen.

Weitere Projekte sind nicht in Sicht – und sind wohl politisch nicht mehr gewünscht. Ein Änderungsantrag der LINKEN, an der Planung von 3000 Wohnungen festzuhalten, und diese im Notfall auch alle durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bauen zu lassen, wurde lediglich von der ÖDP und den Grünen unterstützt. Alle anderen Parteien im Stadtrat schrecken offensichtlich vor den oft heftigen Anwohnerprotesten zurück. So ist auch das Projekt Erwin-Schleich-Straße noch nicht endgültig beschlossen. Auf der Strecke bleiben wieder einmal die akut Wohnungssuchenden in München.

*Planungsausschuss, 26.9.2018
Vollversammlung, 4.10.2018*

Erhaltungssatzungen breiten sich aus. (BW) Gegen die Stimmen von FDP und Bayernpartei hat der Stadtrat die Verlängerung von drei Erhaltungssatzungsgebieten beschlossen (Alte Heide, Dreimühlenstraße/Baldeplatz und Am Harras /Passauer Straße). Zudem wurde eine neue Erhaltungssatzung ‚Moosach‘ beschlossen, die 7000 Wohneinheiten umfasst. Dies zeigt eindringlich, dass die Verdrängungsprozesse bereits auf das ganze Stadtgebiet übergreifen haben. Wegen der verschärften Abwendungserklärungen hat diesmal auch die BP dagegen gestimmt, die FDP moniert regelmäßig, dass die Stadt selbst die Wohnungen durch ihre Beschlüsse verteuert. Eine sehr gewagte Behauptung, die aber nicht überzeugt.

Planungsausschuss, 26.9.2018



„Werbewatchgroup“ gegen sexistische Werbung kommt nicht. (BW) Seit vielen Jahren hatten sich die Grünen im Münchner Stadtrat dafür eingesetzt, sexistische und pornografische Werbung in München zu verhindern, wenn schon nicht insgesamt im öffentlichen Raum so doch wenigstens auf städti-

schen Plakatierungsflächen. Zudem sollte eine „Werbewatchgroup“ eingerichtet werden, die zu dem Thema Beratung anbieten sollte und bei der man sich über störende Werbung beschweren könnte. Dies wurde nun gegen die Stimmen von Grüne/RL und LINKE abgelehnt. Es wird lediglich eine zusätzliche Klausel in die Verträge zur Nutzung städtischer Flächen aufgenommen. Die ÖDP wollte diese Klausel mit Verweis auf das Jugendschutzgesetz noch verschärfen, dieser Antrag wurde aber nur von der LINKEN unterstützt. Damit wäre dann nicht nur sexistische Werbung unterbunden, sondern auch noch die Tabakwerbung und die Werbung für hochprozentige Getränke.

*Verwaltungs- und Personalausschuss, 26.9.2018
Vollversammlung, 4.10.2018*

Neuer Anlauf zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums. (BW) Seit vielen Jahren gab es Initiativen aus der Stadt, auch in München endlich einen Drogenkonsumraum einzurichten. Aus anderen Städten ist bekannt, dass dadurch die Zahl der Drogentoten signifikant gesenkt werden kann. Doch all diese Initiativen scheiterten immer an der CSU bzw. an der Politik des Freistaats, der gegen den Konsum illegaler Drogen lediglich auf Repression setzt und Konsumräume prinzipiell nicht zulässt.

Jetzt immerhin ist es gelungen, die CSU im Münchner Stadtrat zu überzeugen, dass Drogenkonsumräume der bessere Weg sind, und dass Hilfsangebote die Abhängigen dort eher erreichen. Einstimmig beauftragte der Stadtrat die Gesundheitsreferentin Jacobs, ein Konzept für einen Drogenkonsumraum als Modellprojekt in Kooperation mit einer Klinik zu erarbeiten. Damit will sich die Münchner CSU als ‚innovativ‘ und ‚urbane Partei‘ positionieren – der Landtagswahlkampf ließ grüßen. Die Gesundheitsministerin Huml will (bisher) nichts an der Position des Freistaats ändern, dies antwortete sie auf eine Nachfrage der SPD. Aber Frau Jacobs bleibt optimistisch: Jetzt müsse zunächst ein Konzept erarbeitet werden, anschließend muss die Staatsregierung davon überzeugt werden. Viel Glück dabei!

*Gesundheitsausschuss, 27.9.2018
Vollversammlung, 4.10.2018*

Achter „Marktbericht Pflege“ des Sozialreferats. (ÇO) Die wichtigsten Daten werden jährlich durch einen „Marktbericht“ dargestellt, insgesamt sind die Daten von allen 75 Einrichtungen erhoben worden, deutschlandweit ist ein solcher Bericht einzigartig.

7700 Vollstationäre Pflegeplätze stehen aktuell zur Verfügung, seit 2013 ist diese Anzahl stabil, 2010 waren es erst etwas über 7000. Ganz aktuell ist eine leichte Steigerung zu verzeichnen, es braucht noch Einrichtungen in einigen noch unterversorgten Vierteln. Die SPD weist darauf hin, dass 188 vollstationäre Pflegeplätze „nicht belegbar“ waren – mangels Pflegekräften.

Der Anteil der BewohnerInnen mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren gestiegen, auf nun 7,7 Prozent (2010 waren es erst 4,5 Prozent). Über 2 600

BewohnerInnen beziehen Leistungen aus der „Hilfe zur Pflege“ (SGB XI), d.h. rund 36 Prozent. Dies bedeutet, sie können die erforderlichen Eigenanteile nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen bestreiten.

Teilstationäre Plätze gibt es in 15 Einrichtungen mit 303 Plätzen, 2009 waren es erst 160 Plätze. Allerdings gibt es noch keine „solitäre Nachtpflege“ mit Versorgungsvertrag (SGB XI).

Die Träger der Wohlfahrtspflege merken an, dass auf Bundesebene zwar die Beitragssätze erhöht werden, dies sich aber nicht niederschlägt in finanzieller Entlastung der Betroffenen. Auch müsse die Ausbildung von Pflegekräften (Ausbildungsumlage!) auf sämtliche Einrichtungen ausgedehnt werden. Dabei bräuchte es auch eine bestimmte Ausbildungsquote, um eine ausreichende Betreuung der Auszubildenden gewährleisten zu können.

Eine Herausforderung bleibt, mehr niederschwellige Einrichtungen für „altersgerechtes Wohnen“ zu bauen, wo zumindest Barrierefreiheit gewährleistet ist. Betreuungs- und Pflegeangebote hingegen werden dort nur bei Bedarf angeboten. Da es sich hier bislang quasi um „privaten Wohnungsbau“ handelt, ist eine Qualitätskontrolle analog der Pflegeeinrichtungen nicht möglich. – *Einstimmig zur Kenntnis genommen.*
Sozialausschuss, 27.9.2018

Öffnung der Langzeitpflege für Lesben, Schwule und Transgender – ein Pilotprojekt.

(ÇO) Leider ist nur das städtische MünchenStift auf diese Problematik im Rahmen eines Pilotprojekts eingegangen, die freien Träger halten sich noch sehr zurück. Auch die interkulturelle Öffnung sollte als Bereicherung und Stärkung von Vielfalt angesehen werden und mit den unterschiedlichen sexuellen Orientierungen verknüpft werden. Was es zur Implementierung der Ergebnisse des Pilotprojekts in den Regelbetrieb bräuchte, wäre eine angemessene und regelmäßige Fortbildung, ebenso sollten die interkulturellen Aspekte schon in der Ausbildung berücksichtigt werden. Erste Fortbildungen werden aktuell von LeTRa, rosaAlter und Sub durchgeführt. *Bekanntgabe.*
Sozialausschuss, 27.9.2018

Mietobergrenzen für Leistungsempfänger SGB II und XII erhöht.

(ÇO) Da die Kosten für die Unterkunft bei Leistungsempfängern (Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) nur im „angemessenen Umfang“ übernommen werden kann, muss die „Angemessenheitsgrenze“ regelmäßig angepasst werden, und zwar auf Basis der Datenerhebung für einen qualifizierten Mietspiegel. Die notwendige Anpassung erfolgt nun zum 1. Oktober 2018. Beispielfhaft sei hier nur die Anhebung für Wohnungen mit bis zu 75 qm (für drei Personen) genannt: bisherige Mietobergrenze (brutto ohne Heizung): 870 Euro, neue Obergrenze 1 040 Euro, d.h. ein Plus von 170 Euro. Hier zeigt sich die fatale Dynamik des renditegetriebenen Wohnungsmarktes. Lapidar muss das Sozialreferat feststellen:

Es hält unverändert ein erheblicher Preisdruck an. Gleichzeitig fordert das Sozialreferat dankenswerter Weise immer wieder eine Änderung in den Sozialgesetzbüchern II und XII. Wie im früheren BSHG sollte die zeitliche Einschränkung (sechs Monate) der Übernahme von „unangemessen hohen Mieten“ aufgehoben werden. Das unverändert unumgängliche



und aufwändige „Mietabsenkungsverfahren“ könnte so vermieden werden. Wörtlich: „Schließlich ist es trotz aller Bemühungen kaum mehr möglich, in München innerhalb der Halbjahresfrist eine Wohnung mit angemessener Miete auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden.“ Wie wahr! – *Einstimmig.*

Sozialausschuss am 27.9.2018

Vom 4. 10 bis zur VV am 24.10.2018

Wechsel in der Stadtratsfraktion der CSU. (BW)

Nach der Wahl der CSU-Stadträtin Kristina Frank zur Kommunalreferentin rückt nun die Juristin Nicola Mayerl als CSU-Stadträtin nach. Gleichzeitig führte dies zu einer Reihe von Umbesetzungen in den Stadtratsausschüssen. *Vollversammlung, 4.10.2018*

Kernkraftwerk Isar 2 läuft bis Ende 2022. (BW)

Gegen die Stimmen von ÖDP, Grüne und LINKE hat der Stadtrat dem Zukauf von Reststrommengen für das Kernkraftwerk Isar 2 in Ohu zugestimmt. Ohne diesen Zukauf wäre das Kernkraftwerk bereits im Jahr 2020 vom Netz gegangen. Da die Stadt nur einen Anteil von 25 % an dem AKW hält, hätte auch ein ablehnendes Votum des Stadtrats den Ankauf nicht verhindern können. Allerdings wäre es schon ein Signal für ein Festhalten am Atomausstieg und dem Einsatz von erneuerbaren Energien gewesen. Die übergroße Stadtratsmehrheit wollte sich dies allerdings nichts kosten lassen, an den Betriebskosten hätten sich die Stadtwerke auf jeden Fall beteiligen müssen. Wenn Geld im Spiel ist, verlieren politische Überzeugungen allzu oft. Aktuellstes Beispiel aus der ‚großen Politik‘: Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei und Saudi-Arabien. *Vollversammlung, 4.10.2018* ▸

▷ **Haushalts-Eckdaten für Bildung und Sport.**

(ÇO) Das Verfahren, die gesammelten Haushaltsdaten in einem Vorabschluss festzuhalten, bleibt unstritten. Insbesondere ist fraglich, was mit Haushaltspositionen geschieht, die auf null gestellt sind. Auch ist es schwierig, die Personalkosten, die nur auf das zweite Halbjahr 2019 ausgelegt sind, für die Zukunft hochzurechnen.

Im Einzelnen ist zu bemängeln, dass in wichtigen Positionen die Personalzuwächse in kaum nachvollziehbarer Weise heruntergefahren werden, beispielsweise zur Steuerung etwa der bedarfsorientierten Budgetierung der Berufsschulen. Dies ist dem Pauschalabschluss aus dem Juli 2018 geschuldet, bei dem für alle Referate die Personalzuwächse gedeckelt wurden. Die Verwaltung betont, wie sehr man durch Aufgabenkritik die einzelnen Stellen priorisiert habe, um zu vertretbaren Lösungen zu kommen. – *Bekanntgabe.*

Gemeinsamer Bildungs- u. Sportausschuss, 10.10.2018

Sportbauprogramm. (ÇO) In einer umfangreichen und übersichtlichen Vorlage werden die drei wichtigsten Bereiche dargestellt. Im Teil 1 geht es um „Neubau, Erweiterung und Generalinstandsetzung bestehender städtischer Freisportanlagen“, im Teil 2 u „Sportgroß- und Sonderprojekte“, im Teil 3 schließlich um „Förderung von Vereinsbaumaßnahmen“.

Insgesamt gibt die Landeshauptstadt 72 Mio. Euro jährlich für den Sport aus. Die Verzahnung der verschiedenen Bereiche wird dabei betont, so kommen die Investitionszuschüsse für Sanierung etwa der Olympiahalle, der Ruder-Regatta-Strecke und anderer Hallen noch zur genannten Summe hinzu.

Auf allgemeines Unverständnis stieß daher die Kritik aus einem kleinen Kreis Münchner großer Sportvereine. – *Einstimmig beschlossen.*

Sportausschuss, 10.10.2018

UEFA EURO 2020. (ÇO) DIE LINKE sieht die gesamte Vorlage äußerst kritisch, insbesondere welche merkwürdigen Vorgaben im sogenannten „Host-City-Agreement“ enthalten sind. Wir sehen darin einzig ein Sponsoren-Spektakel, die UEFA ist quasi ein Marketinginstrument von adidas.

Die Vorlage weist nun darauf hin, dass im Host-City-Vertrag die Verpflichtung eingegangen wurde, auch nachgereichte Forderungen – soweit sie zumutbar und sachgerecht sind – zu erfüllen. Ein Beispiel für die Nicht-mehr-Zumutbarkeit ist die Forderung, ausreichend Stadtpolizisten zur Verhinderung von Ambush-Marketing zu stellen. Das war nur die Spitze des Eisbergs.

Die Grünen bemängeln, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit – trotz schon ausformulierter Leitfäden – in der Vorlage überhaupt nicht vorkomme. Ganz abgesehen vom überbordenden und höchst fraglichen Flugtourismus der Fans, die europaweit zu den unterschiedlichen Spielstätten wollen.

Da die UEFA noch keine Kriterien zur Nachhaltigkeit formuliert hat, möchte die Verwaltung abwarten, was im sogenannten „Second-Draft“ im Juli 2019 stehen

wird, damit wird sich dann der Stadtrat entsprechend weiter befassen. – *Gegen die Stimme der LINKEN.*

Sportausschuss, 10.10.2018

Ganztagsbildung wird ausgeweitet. (ÇO) Die Stadt stellt für die Schuljahre 2018/19 und 2020/21 rund 3,9 Mio. Euro zur Verfügung für verschiedene Maßnahmen zur Ausweitung der Ganztätigkeit an den städtischen Gymnasien, aber auch für die kooperative Ganztagsbildung und den Ausbau der internationalen Klassen an den städtischen Realschulen durch Ausweitung der entsprechenden Lehrerwochenstunden.

Gerade die internationalen Klassen sollten allerdings auch an mindestens zwei Gymnasien ermöglicht werden – trotz Beschluss im Sommer 2017, allerdings konterkariert durch den Haushaltsbeschluss zum Haushalt 2018. Gerade die internationalen Klassen sind nicht einfach ein hübscher Luxus, sondern dienen der verstärkten Integration von Kindern, die des Deutschen noch nicht ausreichend mächtig sind. – *Einstimmig.*

Bildungsausschuss, 10.10.2018

Bildung in München und „die digitale Transformation“. (ÇO) Schon die Begrifflichkeit scheint einen sehr technikzentrierten Ansatz nahezulegen, die Inhalte der Vorlagen suggerieren jeweils in den Präambeln, dass die „Transformation“ doch sehr viel umfassender gesehen wird, mit viel medienpädagogischen guten Vorsätzen. Allerdings: Jede kritische Einschätzung der technischen Mittel wie Tablets und Whiteboards sucht man vergebens.

Andererseits sieht die Praxis an den Schulen und Kindergärten so aus, dass das meiste an Technik gar nicht so recht funktioniert, Anschlüsse nicht kompatibel sind usw. Natürlich verspricht die Verwaltung beschleunigt Abhilfe, insbesondere durch den neuen Dienstleister LH-Services GmbH.

Wie wir in den verschiedenen Artikeln – insbesondere zu Industrie 4.1 an der städtischen Technikerschule in MitLinks 64 – dargestellt haben, wird ein Wettlauf um den neuesten IT-Standard an Schulen und Kitas immer schon verloren sein – nicht jedoch eine Wissensvermittlung und medienpädagogische Aufbereitung zum Beispiel zum Wesen eines Algorithmus oder zu den Grenzen von künstlicher Intelligenz. *Einstimmig.*

Bildungsausschuss, 10.10.2018



Demokratie stärken – aber wie? (BW) Die sehr geringe Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2014 hat der Stadtrat zum Anlass genommen, mit einer Studie den Ursachen und Begründungen für die Nichtteilnahme auf den Grund zu kommen. Auf der einen Seite stellte sich heraus, dass sehr viele gar nicht wissen, welche Bedeutung die kommunale Ebene hat, und wie sie auch ihr Leben ganz direkt beeinflusst. Und auf der anderen Seite der Vorwurf: Die Politiker kümmern sich sowieso nicht um uns und unsere Lage, wir sehen sie nur im Wahlkampf und später dann nicht mehr.

Vorgesehen sind nun verschiedene Informationskampagnen und die Stärkung aller bereits existierenden Ansätze und Netzwerke zur politischen Bildung.

Die Grünen stellten zusätzlich den Antrag, monatlich dezentrale Sprechstunden mit allen im Stadtrat vertretenen Parteien anzubieten. Dieser Vorschlag wurde aber nur von uns LINKEN unterstützt, die anderen waren der Meinung, dass Stadträtinnen und Stadträte vor Ort bekannt und auch erreichbar seien. Außerdem seien auf kommunaler Ebene ausreichend Beteiligungsmöglichkeiten gegeben. Das ist zwar einerseits richtig, aber auch keine Antwort darauf, warum dies so viele Menschen nicht erreicht.

Verwaltungs- und Personalausschuss, 17.10.2018

Aus für LibreOffice beschlossen. (BW) Gegen die Stimmen von Grünen/RL, FDP und LINKE hat der IT-Ausschuss beschlossen, die Open Source Software LibreOffice sukzessive in den nächsten Jahren durch Microsoft Office abzulösen. Der Vorteil sei, dass es dann weniger Probleme mit Schnittstellen nach außen gibt, und dass man Neuerungen und neue Anwendungen schneller integrieren kann. Aber der eigentliche Grund ist wohl die Hoffnung, dass man weniger Probleme mit dem Rechner hat, wenn man nur immer „den Marktführer“ einsetzt. Aber diese Hoffnung ist trügerisch. Doch bei der SPD fehlt der politische Wille, weiter auf Herstellerunabhängigkeit zu setzen, die CSU unterstützte schon immer Microsoft.

Voraussetzung für den flächendeckenden Einsatz von MS Office ist aber, dass der Windows10-Client zum Einsatz kommt. Die dort bestehenden gravierenden Probleme mit Datenschutz und Datensicherheit sind jedoch noch nicht gelöst, wie das IT-Referat in seiner Behandlung eines ÖDP-Antrags zugeben musste. Die „normale“ Installation ist ein Einfallstor für Viren, Hacker und Trojaner aller Art. Der Windows10-Client soll ab 2020 zum Einsatz kommen, es sind ca. 35 000 Arbeitsplatzrechner betroffen. Der Austausch wird einige Jahre dauern. Ab 2023 soll LibreOffice dann überall abgelöst sein, es wird aber sicherlich einige Jahre länger dauern.

IT-Ausschuss, 17.10.2018

Versorgung mit Haus- und Kinderärzten in München. (BW) Die Versorgung mit Haus- und Kinderärzten in München ist sehr unterschiedlich. Die Stadtmitte ist eher überversorgt, während in einzelnen Stadtvierteln nur sehr wenige Ärzte ihren Sitz haben. In der Messestadt Riem z.B. gibt es bisher

überhaupt keinen Kinderarzt, in Milbertshofen nur einen. Zuständig für die Verteilung der Arztsitze ist die Kassenärztliche Vereinigung, und die betrachtet ganz München als einen Kreis. Und München insgesamt gilt nach deren Bemessungskriterien als „überversorgt“. D.h. es werden keine neuen Arztsitze von den Kassen genehmigt, in überversorgten Gebieten darf die Stadt auch kein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) eröffnen.

Das Gesundheitsreferat setzt sich auf allen Ebenen



dafür ein, dass die Stadt auf die Verteilung der Arztsitze künftig stärker Einfluss nehmen kann. Das ist aber ein sehr mühsamer Prozess.

In einem ersten Schritt gelingt es nun, in der Messestadt Riem eine Kooperationspraxis mehrerer Kinderärztinnen und Kinderärzte zu eröffnen. Daran beteiligen sich mehrere bereits existierende Arztpraxen, die Infrastruktur wird mit Unterstützung der Stadt München geschaffen. Ganz wichtig für diesen Erfolg ist aber auch die Kooperation mit der STARTSTARK gGmbH, einem Ableger der Stiftung Lichtblick Kinder- und Jugendhilfe.

Gesundheits- und Umweltausschuss, 18.10.2018

Runder Tisch Notfallversorgung kommt zum RGU. (BW) Bisher war der Runde Tisch zur Notfallversorgung bei der Stadtkämmerei angesiedelt, ge-



▷ schuldet dem Sanierungsprozess der Städtischen Kliniken. Fachlich war das aber eine eher unglückliche Konstellation, deshalb wird der Runde Tisch Notfallversorgung künftig vom Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) betreut. Damit wird sich der Schwerpunkt sicherlich von den finanziellen Aspekten zu den gesundheitspolitischen Themen verschieben. Als nächstes wird nun eine Studie beauftragt zum künftigen Bedarf an Notfallversorgung in München. Das (neue) Klinikum Schwabing wird immer noch als Standort für eine Basisnotfallversorgung (Stufe 1) geplant, lediglich in der Kindernotfallversorgung soll die höchste Stufe 3 erreicht werden. Ich argumentierte im Ausschuss dafür, in Schwabing wenigstens Stufe 2 vorzusehen, wegen des großen Einzugsbereichs aus dem Münchner Norden mitsamt den Nachbargemeinden. Außerdem sei z.B. ein Hubschrauberlandeplatz für die Kindernothilfe der Stufe 3 sowieso erforderlich. Die Antwort der Referentin: Sie möchte zunächst die Studie abwarten und vor allem auch erreichen, dass sich die staatlichen Notfallzentren stärker in der Notfallversorgung engagieren. Denn diese würden sich sehr viel öfter komplett abmelden als die städtischen Häuser. Da die Notfallversorgung nicht ausreichend finanziert wird, fahren die Krankenhäuser mit vielen Notfällen verstärkt Defizite ein. Ein typischer Fall von finanzieller Fehlsteuerung. Kein Wunder, dass private Kliniken meist keine Notfälle aufnehmen. Nicht der Bedarf zählt, sondern der Profit. *Gesundheits- und Umweltausschuss, 18.10.2018*

„Soziale Vermietung leicht gemacht“ – Belegrechte sollen es richten. (ÇO) Die Idee bei den Belegrechten: Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum, nicht mal den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Dabei geht es als Zielgruppe vor allem um Alleinerziehende einerseits (Modell II) und um städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (oberhalb der sozialwohnungsberechtigten Einkommensgrenzen, z.B. Erzieherinnen und Erzieher) im Modell I andererseits. Damit die Wohnungseigentümer „auch Lust haben“, das Belegungsrecht an die Stadt abzutreten, wird ihnen nicht nur eine Miete in Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete garantiert (!), sie erhalten auch noch eine „Bindungsprämie“ gestaffelt nach Wohnungsgröße und Dauer der Bindung. Beispiel: Für einen Drei-Personen Haushalt bei 15-jähriger Bindung erhält der Eigentümer eine Prämie von 39 000 Euro zuzüglich einer Pauschale von 7 500 Euro. Wozu eigentlich? „Die Attraktivität für die Vermieter muss gesteigert werden!“ Denn in der Phase von 2012 bis 2016 konnten nur ganze neun Wohnungen realisiert werden.

Nun sollen mit diesen Prämien jährlich 100 Wohnungen gewonnen werden, d.h. in fünf Jahren des Förderzeitraums schließlich 500 Wohnungen. Dafür steht ein Budget von 48 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus übernimmt die Stadt die Haftung für Mietausfälle und für „nutzerverursachte Schäden“. DIE LINKE kritisiert, dass ganz offensichtlich das Grundrecht auf Wohnen nur mit hohen Renditeerwartungen zu erfüllen sei, in dem die städtischen

Steuerzahler in Form von Bindungsprämien und Pauschalen die Eigentümer letztlich subventionieren.

Die Grünen akzeptieren dieses Programm zwar als „unschöne Notlösung“, fragen jedoch, wie viele der gemäß des Stadtratsbeschlusses angestrebten 8 500 Wohnungen im Neubau eigentlich zum geförderten Wohnungsbau gehören. Denn dort sollten vordringlich die städtischen Mittel eingesetzt werden. Die Zielgröße sind 1 500 bis 2 000 sozialgeförderte Wohnungen, die realen Zahlen werden nachgereicht.

Die SPD sieht dies ähnlich, denn die Alternative zur Unterbringung der beschriebenen Zielgruppe sei letztlich die Unterbringung in Beherbergungsbetrieben, die ähnliche Kosten verursachen würde. Eine eigene Wohnung für die Betroffenen sei allemal besser. Die CSU behauptet, dass dieses Programm notwendig sei, denn die Alternative sei schlicht, dass die Menschen unter Brücken schlafen müssten.

Anmerkung: Scheinbar ist es unter den gegenwärtigen Bedingungen nur möglich, mit möglichst hohen Renditeversprechungen die Eigentümer zu „sozialem“ Verhalten zu bewegen. Die CSU-Alternative „Rendite oder unter die Brücken“ charakterisiert mit unfreiwilliger Offenheit die Brutalität. – *Gegen die Stimmen von LINKE und LKR angenommen.*

Sozialausschuss gemeinsam mit VPA, 18.10.2018

Kleiderkammern der Diakonia werden weiter gefördert. (ÇO) Die von der Diakonia gGmbH – der Beschäftigungsgesellschaft der evangelischen Träger Innere Mission und Diakonie – betriebenen Kleiderkammern sind von größter Bedeutung für viele Menschen, die sonst nicht wüssten, wie sie sich mit dem Notwendigsten ausstatten sollten. – *Gegen die Stimmen von LKR angenommen.*

Sozialausschuss, 18.10.2018

Einrichtung eines Lesbenzentrums in der Müllerstraße. (ÇO) Die alltägliche Diskriminierung hört nicht auf, auch wenn viele rechtliche Gleichstellungen mittlerweile Realität sind. Insbesondere für lesbische Frauen wird zu wenig getan, denn sie tauchen – darauf weist die rosa-liste hin – in der Öffentlichkeit kaum auf. Die GEWOFAG hat nun in der Müllerstraße eine niederschwellige Einrichtung geschaffen, die das Potential hat, genau der Gruppe der Lesben, die bisher nirgends so recht gelitten waren oder gar ein angemessenes Forum zum zwanglosen Treffen, zu Beratung und Austausch hatten, eine solche Heimat zu bieten. – *Gegen die Stimmen von LKR angenommen.*

Sozialausschuss, 18.10.2018

Innovative Konzepte in der offenen Altenarbeit. (ÇO) In der umfänglichen Vorlage werden nicht nur neue Ansätze aufgezeigt, sondern auch ein guter Überblick über bestehende, sehr differenzierte Angebote gegeben, die vielfach durch die Wohlfahrtsverbände getragen werden.

Wichtigstes Ziel ist, dass alle ASZ (Alten- und Service-Zentren) letztlich zu ASZ-Plus ausgebaut werden sollen. Dabei wird u.a. an fünf Tagen ein sehr verbilligter Mittagstisch angeboten, der nicht nur ein

Versorgungsangebot darstellt, sondern der auch für mehr kommunikatives Miteinander sorgt.

Vor allem aber werden durch die präventive und aufsuchende Sozialarbeit, insbesondere durch Hausbesuche gerade diejenigen Menschen angesprochen, die sich ansonsten so gar nicht an die Öffentlichkeit mehr wagen, geschweige denn in die ASZ gehen und die dortigen Angebote wahrnehmen.

Zunächst wird dieser Ansatz in vier Pilot-ASZs mit den notwendigen Mitteln ausgestattet. In diesen ASZs haben sich auch Träger aus dem Wohlfahrtsbereich engagiert, die kompetent die Hausbesuche durchführen können. *Gegen die Stimmen von LKR angenommen. Sozialausschuss, 18.10.2018*

Landtags- und Bezirkstagswahlen – was war da los? (ÇO) Die Presse berichtete schon gleich nach den Wahlen über die technischen Probleme bei der Ergebniserfassung und der Übertragung der Daten an die Wahlleiterinnen. Die technische Ausstattung musste den Sicherheitserfordernissen entsprechen, dies sollte in diesem System durch ein mehrstufiges Verfahren gewährleistet werden. Zur Vorbereitung der Wahlen waren etwa 10 800 Wahlhelferinnen bei entsprechenden Schulungen, später waren diese HelferInnen auch im Einsatz. Vorsorglich hatte man ein voll einsatzfähiges IT-Zentrum und ein Lagezentrum IT-KVR eingerichtet, die alle „rund um die Uhr“ tätig waren.

Trotz störungsfrei verlaufenen „Simulations-Läufen“ gab es am Wahltag diverse IT-Probleme, insbesondere bei der Übermittlung der Daten. So wurde etwa kurz nach 9 Uhr ein Verbindungsabbruch in der IT-Zentrale registriert, alle Leitungen waren gestört, es bedurfte eines umfänglichen Neustarts des zentralen Servers. Schließlich kam es bei der Bereinigung der Website zur Wahlpräsentation – „Skalierung der Performance“ – zum entscheidenden Problem: Durch automatische Aktualisierungen waren zu viele Leitungen blockiert. Beim Versuch dies abzuschalten und zu bereinigen kam es zu einem verhängnisvollen Bedienungsfehler. Schließlich kam es ausgerechnet um 18 Uhr zu einer erneuten Leitungs-Trennung durch einen Fehler in der IT-Zentrale.

Bis 21 Uhr kam es nach einem erneuten Neustart allerdings zu keinen weiteren Störungen, dann jedoch trat eine Überlast bei der gesicherten Datenübertragung auf, es gab Engpässe und Wartezeiten. Die ehrenamtlichen Wahlhelfer arbeiteten unter Hochdruck, teilweise mussten die Ergebnisse handschriftlich nachgetragen und übermittelt werden. Die Hotline war völlig überlastet, alle 30 Leitungen waren zeitweilig im Gespräch, Ergebnisse konnten nicht übertragen werden.

Die Wahlbeteiligung war in München um 91000 WählerInnen gestiegen, dies stellte hohe Anforderungen an die Wahllokale. Daher konnten die Wahllokale nicht pünktlich um 18 Uhr schließen – alle noch Anwesenden sollten schließlich auch ihre Stimmen abgeben können. Dadurch kam es zu zusätzlichen Verzögerungen bei der Ergebnisübermittlung.

Selbst bis 0 Uhr 30 Uhr lagen noch aus keinem

Stimmkreis abgeschlossenen Meldungen vor, auch bis 1 Uhr 30 noch nicht von den Stimmbezirken 101 bis 104. Daher wurde für die Schnellmeldungen der übliche Beschluss gefasst: Ergänzungen nach Erfahrungswerten, sogenannten „Angleichungen“, um diese Schnellmeldungen zu ermöglichen. Auf das amtliche Endergebnis hatte diese Meldungen allerdings keinen Einfluss.

Das Elend mit der „vorläufigen Meldung der Auszählungsergebnisse“: Die Wahlbüros übermitteln direkt an die zentrale Stimmkreisleitung, d.h. an den Kreisverwaltungsreferenten. Teilergebnisse dürfen keinesfalls übermittelt werden. Auch Meldungen mit dem Zusatz „fehlerhaft“ können nicht mehr gemeldet werden, wie dies noch bis 2002 möglich war. Der Landeswahlleiter erwartet die vorläufigen Meldungen allerdings noch am Wahlabend, d.h. bis Mitternacht. Ein besonderes Problem stellen darüber hinaus die sogenannten „Schnellmeldungen“ dar. Die Problematik dieser Meldungen – für die es gar keine gesetzliche



Grundlage gibt – wird noch zwischen dem Münchner KVR und dem Landeswahlleiter besprochen, mit dem Ziel, den – eigentlich unnötigen – Zeitdruck herauszunehmen.

Fraglich ist noch, ob nicht doch auch ein Softwarefehler im Spiel war. Die Hoffnung auf eine „automatische Fehler-Bereinigung“ hatte sich nämlich nicht erfüllt. Tröstlich: Es gab wohl „zu keinem Zeitpunkt ein so gravierendes Problem, das das Wahlergebnis beeinflusst worden wäre“. – *Bekanntgabe*

Kreisverwaltungsausschuss, 23.10.2018

Beschlüsse für den Haushalt 2019: CSU und SPD sind diskussionsunfähig. (BW) Der Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 wurde bereits Ende Juli gefasst, jetzt folgte die inhaltliche Ausgestaltung mit den einzelnen Beschlussvorlagen. Dies bedeutet, dass alle Themen, die 2019 zusätzliche Mittel erfordern, an nur einem einzigen Ausschusstermin im Oktober dem Stadtrat vorgelegt werden müssen. Und die abschließende Vollversammlung am 24. Oktober hatte dann auch über 300 Tagesordnungspunkte. So forderten in der Diskussion mehrere Parteien eine Entzerrung der fachlichen von der finanziellen Debatte.

▷ Klar ist, dass auf diesem Weg viele Themen und die zahlreichen Mittelkürzungen nicht hinterfragt oder diskutiert werden können, selbst dann, wenn alle Parteien dazu bereit wären. CSU und SPD, die Münchner GroKo, haben daran jedoch keinerlei Interesse. Sie hielten sich sklavisch an ihre internen Festlegungen, in keinem der Ausschüsse und auch nicht in der Vollversammlung hatte irgendein Änderungsantrag anderer Parteien eine Chance. Wir LINKE haben in der Vollversammlung mit vier Änderungsanträgen versucht, uns einzubringen, und dies bei so unterschiedlichen Themen wie Stellenzuschaltungen beim Psychologischen Fachdienst im Sozialreferat, Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung, zusätzliches Budget beim Einsatz gegen Genitalverstümmelung oder Umschichtung einer Stelle im Planungsreferat. Alles zwecklos – egal wie gut begründet. Und völlig ohne Berücksichtigung des Nachtragshaushalts 2018, der höhere Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 270 Mio. € berücksichtigt und im Ergebnishaushalt bei einem Überschuss von 350 Mio. € landet.

*Ausschüsse ab 9.10.2018 und
Vollversammlung, 24.10.2018*



Geschenk an Vermieter: „Soziales Vermieten leicht gemacht“. (BW) Als sehr lukratives Geschenk an Haus- und Wohnungsbesitzer entpuppte sich das neue Förderprogramm des Sozialreferats für den Ankauf von Belegrechten im Rahmen des Programms „Wohnen in München VI“. In den nächsten fünf Jahren sollen 500 Belegrechte erworben werden (100 Stück pro Jahr), dafür werden 48 Mio. € bereitgestellt. D.h. fast 100 000 € je Wohnung. Der Vermieter erhält so neben einer Miete zur aktuellen Mietspiegelmiete noch einen Bonus von ca. 2 € pro Quadratmeter und Monat aus der Stadtkasse. Von einem „sozialen Vermieten“ kann da wirklich keine Rede sein. Und nach Ablauf der Bindungsfrist von 10 oder 15 Jahren muss der betroffene Haushalt dann sofort diese hohe Miete selber zahlen oder aber ausziehen. Oder die Stadt kauft für weitere 100 000 € erneut ein



Belegungsrecht. In unseren Augen wäre es sinnvoller, Wohnungen aufzukaufen. Dann könnte die Stadt darüber ohne zeitliche Begrenzung selbst verfügen. Und ohne für professionelle Hausvermieter ein weiteres Abzockemodell zu kreieren – und das auch noch unter einem sozialen Label.

Vollversammlung, 24.10.2018

Neue Kommunalreferentin Frank zurückgepfiffen. (BW) Forsch war die neue Kommunalreferentin Frank vorgeprescht: Als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ hat sie eine Allgemeinverfügung erlassen, die am Viktualienmarkt Aufenthaltsverbote gegen einzelne Personengruppen ausspricht und es verbietet, Getränke (z.B. Bierflaschen) in den Brunnen zu kühlen. Sie setzte damit ohne Stadtratsbeteiligung einen Antrag der CSU-Fraktion um, die Mitte August beantragt hatte, Alkoholausschank außerhalb der regulären Gastronomie am Viktualienmarkt zu untersagen.

In einem Dringlichkeitsantrag hatten die Grünen beantragt, diese Allgemeinverfügung aufzuheben und wie üblich den Stadtrat mit dem CSU-Antrag zu befassen. Diesen Antrag nahm der Oberbürgermeister



zum Anlass, der neuen Referentin zu zeigen, wer in der Verwaltung das Sagen hat. Ohne formale Abstimmung erklärte OB Reiter: Die Allgemeinverfügung sei ungültig, da sie nicht korrekt veröffentlicht worden sei. Deshalb werde sie umgehend abgehängt. Vorliegende Anträge von CSU und SPD werden in einem Kommunalausschuss und dann noch in der Vollversammlung diskutiert und beschlossen werden. Das ist durchaus eine herbe Ansage, zumal ja Frau Frank ebenfalls Juristin ist. *Vollversammlung, 24.10.2018*

Vom 6.11. bis zur VV am 27.11.2018

Bericht zur Umsetzung des Armutsberichts

2017. (ÇO) Es werden eine Reihe von Maßnahmen beschrieben, die sich allerdings fast alle um eher „Schmerzlinderung“ oder „Sensibilisierung“ drehen. Nur cursorisch wird auf die eigentlichen Ursachen von Armut hingewiesen. Auch die Frage, wie wir die wichtigsten Betroffenen erreichen, wird angeschnitten, aber dabei auf die gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern und Wohlfahrtsverbänden verwiesen. Es müssten vor allem die von Armut betroffenen Kinder erreicht werden, auch die älteren Menschen, die Alleinerziehenden – und hier vor allem die alleinerziehenden Frauen.

DIE LINKE weist darauf hin, dass gerade bei Letzteren für eine sinnvolle und auskömmliche Erwerbsarbeit gesorgt werden muss. Hier muss vor allem das Förderprogramm MBQ (Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm) mit seinem breiten Spektrum vor allem an sozialen Betrieben einbezogen werden. Denn diese Betriebe wären kraft Förderung am ehesten geeignet, auf die Anforderungen an Kinderbetreuung, adäquaten Arbeitszeiten und erforderlichen Qualifizierungen einzugehen und dabei sozialversicherungspflichtige und marktüblich bezahlte Arbeitsverhältnisse anzubieten.

Für 2020 ist eine große Konferenz geplant, bei der versucht werden soll, alle diese Aspekte und weitere Schlussfolgerungen zu behandeln. Die weiteren Veröffentlichungen sollten nicht nur der „Sensibilisierung“ dienen, sondern vor allem auf die vielseitigen Angebote, insbesondere zum Finden von geeigneten Maßnahmen, Hilfen und Arbeitsmöglichkeiten hinweisen. – *Einstimmig beschlossen.*

KJHA gemeinsam mit Sozialausschuss, 6.11.2018

Sicherung von Sportvorbehaltsflächen. (ÇO)

Das knappste Gut in einer Stadt wie München – die Flächen – ist auch für den Sport zu sichern. Die Gefahr besteht, dass in unserer schnell wachsenden Stadt alle Flächen für andere angebliche vordringlichere Nutzungen belegt werden – und der Sport, insbesondere auch für die Kinder und Jugendlichen, das Nachsehen hat. Dem wird mit diesem Beschluss entgegengewirkt.

So werden zusätzliche Flächen von privat angekauft, und zwar vornehmlich solche, die geeignet wären, um auch tatsächlich Sportflächen entwickeln zu können. Alle diese Flächen sind im Flächennutzungsplan als Sportflächen vorgesehen. Oftmals sind Teile der

Grundstücke bereits in städtischen Besitz, so dass nur noch zur Arrondierung zugekauft werden muss. Natürlich hängt beim Ankauf zusätzlicher Flächen von Privaten viel am Kaufpreis für diese Flächen ab. Ein ungewöhnlich anmutendes Problem hat sich in Freiam ergeben. Es findet sich für die geplante Kletter- und Boulder-Halle einfach kein Betreiber, obwohl sehr viele Vereine – einschließlich z.B. DAV und Naturfreunde – vom Sportamt angesprochen wurden. Hier soll – so der verständliche Wunsch insbesondere der CSU – weiter „drangeblieben werden“, seien doch umliegende private Boulder-Hallen überaus gut ausgelastet.



In der weiteren Sportentwicklungsplanung müssen auch zukünftig noch weitere Flächen für Hallen und Sportplätze betrachtet und entwickelt werden. Immerhin gibt es mit dieser Vorlage jetzt einen guten Überblick über den derzeitigen Stand verfügbarer Flächen. *Einstimmig beschlossen.*

Sportausschuss, 7.11.2018

Bericht des externen Controllers über die IT des Bildungsreferats. (ÇO)

Der Geschäftsbereich Informationstechnologie des RBS betreut immerhin 38000 Endgeräte, rund 480 Server und über 480 Fachapplikationen an den Münchner Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Dass dabei die Anforderungen zwischen einer Kita und etwa der Berufsschule für Fertigungstechnik höchst unterschiedlich sind, ist einleuchtend. In der Vergangenheit war es in der Abwicklung der diversen Aufträge – Neuanschaffungen, Beratungen und Wartung – zu erheblichen „Irritationen“ gekommen. Insbesondere die Kosten drohten aus dem Ruder zu laufen.

Der Bericht des beauftragten externen Controllers zeigt nun, dass durch die gute Zusammenarbeit zwischen internem und externem Controller und ein entsprechendes Abwicklungsmanagement bei allen vorgesehenen Rahmenverträgen die verschiedenen Leistungspositionen in einem vernünftigen Maß ausgeschöpft wurden.

▷ Bemerkenswert ist in einer Leistungsart – der Betreuung lokaler Netze (BLN) – eine deutliche Überschreitung des Planansatzes. Gerade die BLN wird jedoch sehr wertgeschätzt – vor allem auch durch die Berufsschulen – der Planansatz sollte daher 2019 unbedingt den Realitäten angepasst werden.

Immer wieder wird deutlich, dass die personellen Ressourcen allerdings nach wie vor noch sehr viel geringer zu sein scheinen.

Die errichtete LHM-Services GmbH berichtet, dass bei der Personalgewinnung gute Fortschritte gemacht werden, dass das Anforderungsmanagement auch für die Berufsschulen nun besetzt werden wird. Die meisten anderen Positionen konnten bereits besetzt werden: Über alle Bereiche hinweg sind nun 70 bis 80 Prozent der Stellen besetzt.

Anmerkung: Letzteres scheint auch dringend erforderlich zu sein, denn bis Jahresende dürfte es nicht mehr gelingen, alle geplanten Rahmenvertragsabrufe umzusetzen, da personelle Ressourcen zu fehlen scheinen. *Einstimmig beschlossen*

Bildungsausschuss, 7.11.2018

Schulstandort Haar-Gronsdorf: Stadtrat stimmt ‚grundsätzlich‘ zu. (BW) Nördlich der S-Bahnstation Gronsdorf liegt ein großes Grundstück. Es gehört seit 1988 der Stadt München, Planungshoheit liegt aber bei der Stadt Haar. München wollte dort Wohnungen bauen, Haar stimmt aber nicht zu, solange es keine Lösung für den zusätzlichen Verkehr gibt. Das scheint schon ein längerer Streitpunkt zwischen Trudering und Haar zu sein, der immer mal wieder ausbricht. Der Landkreis München möchte nun seinerseits einen Teil des Grundstücks direkt an der S-Bahn für einen Schulbau erwerben, es soll eine Fachoberschule mitsamt Pflegeschule entstehen. Diesen Plänen stimmte der Planungsausschuss auf Antrag von CSU und SPD jetzt nur noch ‚grundsätzlich‘ zu, es müssten jedoch die Verkehrsprobleme gelöst werden ... Dazu muss man wissen, dass in der Sprache der Politik eine ‚grundsätzliche‘ Zustimmung immer von einem großen ‚Aber‘ begleitet wird. Da eine solche Schule dringend benötigt wird, hoffe ich, dass das Projekt doch einigermaßen zügig vorankommt.

Planungsausschuss, 7.11.2018

„Wachstum gestalten. Gemeinsame Projekte für die Region.“ (BW) Dass München und die Nachbarregionen weiter wachsen werden, davon geht das Planungsreferat weiter aus. Durch gemeinsame Projekte zusammen mit der Region soll dieses Wachstum ‚verträglicher‘ gestaltet werden. Denn sicherlich ist es z.B. sinnvoll, größere Wohnungsbauprojekte direkt an bestehenden S-Bahnstationen anzusiedeln. Aber auch durch gemeinsame Gewerbeansiedlungen könnten Flächen gespart und ggf. weniger Verkehr ausgelöst werden.

Die Grünen beantragten, dass keine Gewerbeansiedlungen in einer solchen Kooperation entstehen sollten. Dies lehnte der Rest des Planungsausschusses aber einmütig ab.

In der Gesamtabstimmung waren dann alle für die

Kooperation mit den Nachbarn – das können wir ja in Haar-Gronsdorf (s. oben) dann gleich mal üben.

Planungsausschuss, 7.11.2018

Geburtshilfestation bleibt bis auf weiteres im Klinikum Neuperlach erhalten. (BW) Im Rahmen der Sanierung des Städtischen Klinikums sollte die Geburtshilfestation in Neuperlach spätestens Ende 2022 geschlossen werden. Dagegen hatte sich eine breit unterstützte Petition des Vereins Mother Hood e.V. gewandt, die einerseits mit fortbestehendem Bedarf, aber auch mit der hohen Qualität der Versorgung in Neuperlach argumentierte. Diese Petition war jetzt erfolgreich, die Geburtshilfe bleibt mindestens bis Ende 2024 in Neuperlach erhalten.

Grund für diesen Sinneswandel war eine Studie über den Versorgungsbereich ‚Schwangerschaft und Geburt‘, die das Gesundheitsreferat in Auftrag gegeben hatte. In dieser Studie zeigte sich eindeutig, dass zwar für Geburten ab der 36. Schwangerschaftswoche immer ausreichend Kapazitäten zur Verfügung standen, für Frühgeburten und Versorgung in der Neonatologie (Behandlung von Frühgeborenen und kranken Neugeborenen) es aber durchaus schon vorkommt, dass sämtliche Geburtsstationen in München sich abmelden. Hauptgrund hierfür ist der Mangel an fachlich spezialisierten Pflegekräften, Betten sind laut Bayerischem Krankenhausbedarfsplan ausreichend vorhanden. Da der Zuzug in die Münchner Region anhält und gleichzeitig immer öfter kleinere Geburtshilfestationen in den Nachbargemeinden schließen, möchte die Gesundheitsreferentin sicher gehen und Neuperlach bis auf weiteres für die Geburtshilfe vorsehen. 2023 soll dann die Versorgungssituation in und um München erneut geprüft werden.

Erstaunliche Erkenntnis: Nachdem im Krankenhausbedarfsplan nicht unterschieden wird zwischen Gynäkologie und Geburtshilfe, können Geburtshilfestationen ohne Genehmigung durch Kliniken geschlossen werden. Gesundheitsreferentin Frau Jacobs bemüht sich aber, wenigstens rechtzeitig davon zu erfahren, um das in die Münchner Planungen einzubeziehen. Denn die Daseinsvorsorge bleibt letztlich die Aufgabe der öffentlichen Kliniken.

Gesundheits- und Finanzausschuss, 8.11.2018

Bürgerversammlung bleibt (im Wesentlichen), wie sie ist. (BW) Immer wieder wird Kritik am aktuellen Ablauf der Bürgerversammlungen laut: Es dauere zu lange, bis die Bürger*innen das Wort erhalten, eine Diskussion sei nicht möglich, Inhalte wiederholten sich häufig, überhaupt komme sie zu altbacken daher ...

Relativ ausführlich hat jetzt das Direktorium begründet, warum das Format genau so ist wie es ist, und warum es auch so bleiben müsse. Ein relativ harmloser Änderungsantrag der Grünen erhielt lediglich die Unterstützung von FDP und LINKE. Argumentation von SPD und CSU gegen den Änderungsantrag: Es gebe in den Stadtbezirken eine ganze Reihe von anderen Beteiligungsmöglichkeiten. Dass aber gerade die Nichtwählerinnen und Nichtwähler davon nichts wis-

sen, und dass die Stadt zumindest versuchen wollte, hier aktiv zu werden – das geht wieder einmal unter.

Verwaltungs- und Personalausschuss, 21.11.2018

Gremien sollen paritätisch(er) besetzt werden. (BW) Fast einstimmig haben sich die Ausschussmitglieder dafür ausgesprochen, bei der Besetzung von Gremien künftig das sog. „Hamburger Modell“ anzuwenden. Dieses Besetzungsmodell wurde im Stadtstaat Hamburg als Gesetz erlassen, dies ist in München aber nicht möglich. Die einzelnen Gruppierungen bzw. Fraktionen im Stadtrat werden aufgefordert, bei der Besetzung von Stadtratsgremien selbst auf eine Mindestbesetzung mit Frauen und Männern zu achten. Und falls sie dies nicht tun, muss diese Abweichung zumindest begründet werden. Bei einer Entsendung von 2 bis 4 Personen in ein Gremium müssen darunter künftig mindestens eine Frau und ein Mann entsandt werden.

Lediglich Stadtrat Progl (Bayernpartei) sprach sich gegen diese recht milde Form der Quotierung aus. Er lehne Quoten ab, und es sei halt immer sehr schwierig, Frauen zu finden, die Ämter übernehmen wollten. Ein Argument, das häufig kommt. Aber gerade deshalb sollten alle an seiner Überwindung arbeiten.

Verwaltungs- und Personalausschuss, 21.11.2018

Berater-GmbH nimmt Fahrt auf. (BW) Wie bereits bei der Neuaufstellung der städtischen IT diskutiert und beschlossen, soll nun zum 1. Januar 2019 eine Berater-GmbH als 100prozentige Tochter der Stadt gegründet werden. Diese GmbH wird keiner Tarifbindung unterliegen, damit die gesuchten Expert*innen ‚marktgerechte Gehälter der IT-Branche‘ erhalten können. Die Hoffnung dabei ist beispielsweise, dass eine ganze Reihe von externen Mitarbeitern, die regelmäßig für die Stadt München einzelne Themen bearbeiten, bereit sein könnten, direkt bei der Berater-GmbH anzufangen. Damit sollen die hohen Kosten der externen Beratungen endlich ein Stück weit reduziert werden. In einem ersten Schritt werden wohl vor allem SAP-Expertinnen und Experten zur Unterstützung gesucht.

Im IT-Ausschuss wird über die Entwicklung dieser neuen GmbH regelmäßig berichtet werden. Ich bin gespannt, ob diese Maßnahme wirksame Effekte zeigen wird.

IT-Ausschuss, 21.11.2018

Manuel Pretzl (CSU) wird 2. Bürgermeister. (BW) Mit 54 von 80 abgegebenen Stimmen wurde der CSU-Fraktionsvorsitzende Manuel Pretzl zum 2. Bürgermeister gewählt. Dies sind einige Stimmen mehr als SPD und CSU zusammen haben. Grüne/RL nominierten als Gegenkandidatin ihre Fraktionsvorsitzende Kathrin Habenschaden, die mit 19 Stimmen gleichfalls fünf Stimmen von außerhalb der eigenen Fraktion gewinnen konnte – darunter auch die beiden Stimmen der LINKEN.

Erstaunlich ist, dass Manuel Pretzl zugleich Fraktionsvorsitzender der CSU bleiben soll. Wie dies z.B. in der Vollversammlung funktionieren kann, wenn er einerseits die Sitzung leitet, andererseits aber die

Bürgermeisterkandidatin Katrin Habenschaden setzt soziale Akzente

Die Wahl zum Amt des 2. Bürgermeisters in der heutigen Vollversammlung des Münchner Stadtrats war mehr als ein protokollarischer Akt: „Durch die Kandidatur von Katrin Habenschaden, bislang Fraktionsvorsitzende der Grünen-rosa Liste, kam nicht nur Farbe in den Wahlakt, sondern es wurden auch neue inhaltliche Positionen zu sozialen Fragen in der reichen Stadt München deutlich, sie steht für eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft“ erklärte der Münchner Sprecher der LINKEN, Ates Gürpınar.

Katrin Habenschaden war gegen den Kandidaten der „großen Kooperation“ dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Manuel Pretzl vorgeschlagen worden und erhielt 19 von 77 gültigen Stimmen. Auch die Stadträte der LINKEN hatten Habenschaden unterstützt. „Katrin Habenschaden hat in ihrer Bewerbungsrede u.a. eindeutig gegen jede Ausweitung der Sonntagsarbeit Stellung bezogen. Angesichts des erneuten Vorstoßes im Stadtrat zur Sonntagsöffnung von Souvenirläden – wohl zur „Belebung“ unserer trostlosen Innenstadt – ist dies eine bemerkenswert klare Aussage im Sinne aller Münchner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, begründete Linken-Stadträtin Brigitte Wolf ihr Zustimmung.

Und Linken-Stadtrat Çetin Oraner ergänzte, „Katrin Habenschaden hat sich nicht nur auf die gut aufgestellte Münchner Wirtschaft berufen, sondern auch ausdrücklich an die Aufgabe der Stadt erinnert, sich um diejenigen zu kümmern, die abseits stehen und als Langzeitarbeitslose keinen Anschluss mehr finden an das gesellschaftliche Leben der Stadt“.

Das Stimmresultat zeigt, dass Katrin Habenschaden sehr viel mehr Zustimmung erhielt, als nur die 14 Stimmen ihrer Fraktion der Grünen-rosa Liste.

Pressemitteilung der LINKEN München vom 27.11.2018:

CSU-Position vertreten soll, ist vielen ein Rätsel.

Vollversammlung, 27.11.2018

Abschied von einer Stadträtin und zwei Stadträten. (BW) Bei der letzten Landtagswahl wurden insgesamt drei Stadträte und eine Stadträtin in den Landtag gewählt. Gülseren Demirel und Hep Monatzeder (beide Grüne) sowie Wolfgang Heubisch (FDP) verabschiedeten sich mit der heutigen Vollversammlung vom Münchner Stadtrat, sie gaben ihr Mandat zum 30. November 2018 zurück. Josef Schmid (CSU) hat sein Mandat nicht niedergelegt, er wird gleichzeitig Landtagsabgeordneter und Stadtrat. Dies ist möglich, da ein Stadtratsmandat zu den Ehrenämtern zählt, die parallel zum Landtagsmandat wahrgenommen werden können. *Vollversammlung, 27.11.2018* ▸

▷ **Planungsreferentin Prof. Dr. Merk wiedergewählt.** (BW) Mit breiter Unterstützung (64 Stimmen von 79 abgegebenen Stimmen) wurde die Referentin für Stadtplanung und Bauordnung, Frau Prof. Dr. Merk für eine dritte Amtszeit gewählt. Sie hatte keinen Gegenkandidaten, unstrittig war im Stadtrat auch, dass diese Wahl ohne Ausschreibung erfolgen könne.
Vollversammlung, 27.11.2018

Ab Mitte 2019: Anton Biebl wird nächster Kulturreferent. (BW) Deutlich weniger Unterstützung erhielt der von der SPD vorgeschlagene Stadtdirektor im Kulturreferat, Anton Biebl, für seine Kandidatur zum nächsten Kulturreferenten. Er erhielt 56 von 79 abgegebenen Stimmen, sein Gegenkandidat Dr. Roth von den Grünen/RL bekam die 14 Stimmen der eigenen Stadtratsfraktion.

FDP und LINKE hatten jeweils beantragt, die Position des Kulturreferenten per Ausschreibung zu besetzen. Gerade auf diesem sensiblen Posten, der wichtig ist für die Entwicklung der Stadt, ist ein Blick über den Tellerrand immer empfehlenswert – unabhängig davon, ob der vorgeschlagene Kandidat sich dann doch durchsetzt. Wir LINKE bleiben dabei: Wenn eine Referatsleitung neu besetzt werden soll, so ist eine Ausschreibung unabdingbar für unsere Unterstützung.
Vollversammlung, 27.11.2018

Klimaschutzprogramm 2019 beschlossen.

(BW) Die Stadt München hat sehr ehrgeizige Ziele zum Klimaschutz beschlossen: Bis 2050 will die Stadt Klimaneutralität erreichen. Als Zwischenziel bis 2030 soll der Kohlendioxidausstoß auf 3 t CO₂ pro Person reduziert werden. Zur Erreichung dieser Ziele werden alle drei Jahre Klimaschutzprogramme aufgelegt, wie jetzt das Klimaschutzprogramm 2019.

Dort sind zwar zahlreiche Maßnahmen aufgeführt, die aber in Summe nicht ausreichen werden, sich dem Ziel der Klimaneutralität anzunähern. Die Grünen/RL und die ÖDP versuchten mit Änderungsanträgen eine Reihe weiterer konkreter Maßnahmen anzustoßen, erhielten jedoch nur noch die Unterstützung der LINKEN und teilweise der FDP. Strittig war vor allem der Vorschlag, künftig nur noch Passivhäuser zu bauen. Ab 2020 ist dies eigentlich geltende Vorgabe der EU, die Bundesregierung hat dies aber noch nicht in deutsches Recht übernommen.

Umweltreferentin Jacobs verteidigte ihre Vorlage, die Weichen für die Erreichung der Klimaziele würden damit gestellt. Aber auch sie betonte, dass in den nächsten Programmen eine ganze Reihe wirksamerer Maßnahmen enthalten sein müssten. Das jetzige Programm sei hier nur ein Anfang.

In der Gesamtabwägung stimmten ÖDP und LINKE letztlich gegen das Klimaschutzprogramm. Stadtrat Ruff (ÖDP) erklärte dies damit, dass zwar eine ganze Reihe positiver Maßnahmen enthalten seien, dass diese aber bei weitem nicht ausreichen.

Vollversammlung, 27.11.2018

„Haus mit der Roten Fahne“ soll weg. (BW) Trotz einstimmiger Voten aus Bürgerversammlungen



<http://www.haus-mit-der-roten-fahne.de>

„Das Haus mit der Roten Fahne im Münchner Westend ist seit Anfang der 1970er Jahre ein Zentrum der Arbeiterkultur und der Münchner Arbeiterbewegung sowie Infrastruktur für demokratische und antifaschistische Initiativen und Organisationen.

**Tulbeckstr. 4f, 80339 München,
(Westend/Schwanthalerhöhe)“**

der Schwanthalerhöf' und gegen einstimmige Beschlüsse des örtlichen Bezirksausschusses beschloss eine große Mehrheit des Münchner Stadtrats, an der Räumungsklage gegen das „Haus mit der Roten Fahne“ in der Tulbeckstr. 4f festzuhalten. Lediglich LINKE, Grüne/RL und Stadträtin Haider (ÖDP) folgten dem Antrag, die Kündigung zurückzuziehen und erneut über langfristige Miet- oder Erbpachtverträge zu verhandeln.

In der Diskussion hatten Grüne und LINKE kritisiert, dass jetzt zwar eingesehen werde, dass bezahlbarer Wohnraum auf diesem innerhalb eines Blocks liegenden Grundstück nicht möglich sei. Dafür werde jetzt ein Wohnprojekt für wohnungslose Frauen aus dem Hut gezaubert, für das es aber noch keinerlei konkrete Planungen gebe. Interessant wird sein, wie das Verwaltungsgericht auf diese neuerliche Wendung des Stadtrats reagieren wird.

Vollversammlung, 27.11.2018

Sendling: Vorkaufsrecht wird ausgeübt. (BW)

Mit großer Mehrheit hat die Vollversammlung beschlossen, das Vorkaufsrecht für mehrere hundert Wohnungen in Sendling auszuüben – und zwar für einen dreistelligen Millionenbetrag zugunsten der GWG. Wenn der Investor nicht noch die (verschärfte) Abwendungserklärung unterzeichnet, so gehen diese Wohnungen in städtisches Eigentum über und sind damit dauerhaft vor massiven Mieterhöhungen geschützt. Zudem kann im Gebiet nachverdichtet werden, sodass zusätzliche Wohnungen in städtischer Verfügung entstehen können.

Vollversammlung, 27.11.2018

Vollversammlung des Stadtrates am 24.10.2018,
Änderungsantrag zum TOP A6:

Datenschutzreform 2018 – Teil 2

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag der Referenten wird wie folgt geändert:

Punkt 1 – 3: Wie im Antrag der Referenten

Punkt 4 geändert: Vom Ergebnis der mit Beschluss vom 08.07.2017 bzw. 22.11.2017 beauftragten detaillierten Schätzung der durch die DSGVO entstehenden Mehraufwände und ggf. daraus resultierender Stellenmehrabarfe (Teil B Ziffer 2.3 des Vortrags) wird Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die auf Seite 22 der Vorlage benötigten zusätzlichen Stellen gemäß Bemessung (15,71 Stellen-VZÄ) einzurichten und zu besetzen. Der geänderte Aufwand wird zum Schlussabgleich in den Haushalt 2019 aufgenommen.

Punkt 5 – 15 entfällt

Punkt 5 – 7: Wie Punkt 16 – 18 im Antrag der Referenten

Begründung: In einem fachgerechten Bemessungsverfahren hat das POR die entstehenden Mehraufwände geschätzt und die Stellenbedarfe ermittelt. Im vorliegenden Beschluss wird hiervon massiv nach unten abgewichen, und zwar ohne jegliche fachliche Begründung.

Im Gegenteil: In der Vorlage heißt es: Infolge der nicht ausreichenden Zuschaltung von Personal und Mitteln kann die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen (der Datenschutzgrundverordnung DSGVO) nicht ausreichend sichergestellt werden.

Der Eckdatenbeschluss beruhte auf einem Haushaltsentwurf für 2019, der die finanzielle Lage der Stadt sehr vorsichtig beurteilte. Im Nachtragshaushalt 2018 stellt sich nun heraus, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2018 um 270 Mio. € höher ausfallen und im Ergebnishaushalt ein Überschuss von ca. 350 Mio. € erwartet wird. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum sich die Stadt im sensiblen Bereich von Datenschutz und Transparenz derart angreifbar macht.

**Brigitte Wolf (DIE LINKE), Çetin Oraner (DIE LINKE),
Sonja Haider (ÖDP)**

Vollversammlung des Stadtrates am 24.10.2018,
Änderungsantrag zum TOP B109:

Prävention und Versorgung bei weiblicher Genitalverstümmelung (FGM)

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag der Referentin wird wie folgt geändert:

Punkt 1 – 4: Wie im Antrag der Referentin

Punkt 5 geändert: Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, gemeinsam mit dem Sozialreferat, ein Konzept inklusive dem Ressourcenbedarf für einen Community Ansatz zur Prävention von FGM zu entwickeln und dem Stadtrat im ersten Halbjahr 2019 zur Entscheidung vorzulegen. **Damit mit der Umsetzung bereits 2019**

begonnen werden kann, wird ein Budget in Höhe von 100 000 € in den Schlussabgleich des Haushalts 2019 aufgenommen.

Punkt 6 – 13: Wie im Antrag der Referentin

Begründung: Die ersten Anträge, die in der Beschlussvorlage behandelt werden, stammen vom Februar 2017.

Für eine erfolgreiche Präventionsarbeit zur Verhinderung der massiven Menschenrechtsverletzung an Mädchen und Frauen durch FGM ist es dringend erforderlich, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu finden, die in der Herkunftssprache innerhalb der Community über die rechtlichen, kulturellen, sozialen, religiösen und gesundheitlichen Dimensionen aufklären.

Es ist nicht hinnehmbar, dass RGU und Sozialreferat erst in 2019 ein Konzept erarbeiten und dann erst für das Haushaltsjahr 2020 Mittel zur Umsetzung beantragt werden. Diese Abläufe müssen dringend beschleunigt werden. Damit mit der Umsetzung bereits 2019 begonnen werden kann, werden im Haushalt 2019 bereits finanzielle Mittel bereit gestellt.

**Brigitte Wolf (DIE LINKE) Çetin Oraner (DIE LINKE)
Sonja Haider (ÖDP) Tobias Ruff (ÖDP)**

Vollversammlung des Stadtrates am 24.10.2018,
Änderungsantrag zum TOP B117:

2. Stammstrecke und Neubau Hauptbahnhof

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag der Referentin wird wie folgt geändert:

Punkt 1 neu: Die beantragten Stellen für Recht und Verwaltung (0,5 VZÄ) und Verkehrsplanung (0,5 VZÄ) werden genehmigt. Statt der beantragten Stelle für Öffentlichkeitsarbeit (1,0 VZÄ) wird eine Stelle zur Gebietsbetreuung/Biotoppflegestelle eingerichtet (Nummer 5 auf der Liste der geplanten Beschlüsse).

Punkt 2 neu: Der geänderte Aufwand (Personalauszahlungen, ggf. Pensions- und Beihilferückstellungen, Arbeitsplatzkosten) wird zum Schlussabgleich in den Haushalt 2019 aufgenommen.

Punkt 3: Wie Punkt 6 im Antrag der Referentin

Begründung: Die Öffentlichkeitsarbeit beim Bau der 2. Stammstrecke und dem Neubau des Hauptbahnhofs ist in erster Linie die Aufgabe der Deutschen Bahn und des Freistaats. Es ist nicht einzusehen, dass das Planungsreferat die offensichtlichen Lücken in deren Kommunikation auffängt.

Zum Erhalt der Biotope in München ist die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zur Gebietsbetreuung bzw. Biotoppflege dringend erforderlich. Aufgrund des Wachstums der Stadt wächst auch der Erholungsdruck auf naturnahe Flächen. Ein Beispiel dafür ist die Nutzung der sogenannten Vogelinsel in der renaturierten Isar. Diese wird immer öfter zur Partyzone.

**Brigitte Wolf (DIE LINKE) Çetin Oraner (DIE LINKE)
Sonja Haider (ÖDP) Tobias Ruff (ÖDP)**

Gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz"



Aufruf zu den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

Vom 15. bis 17. Februar 2019 findet in München die „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) statt. Und Sicherheit könnten wir gut gebrauchen: Die Sicherheit, dass wir uns morgen noch unsere Miete leisten können, dass es keinen Krieg gibt und unsere Umwelt nicht den Bach heruntergeht. Aber um all das geht es bei der SIKO nicht.

Was ist die SIKO? Es treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertreter*innen aus Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, vorwiegend aus NATO-Staaten. Sie tagen im „Bayerischen Hof“ – angeblich, um „einen Beitrag zur internationalen Sicherheit“ zu leisten. Tatsächlich geht es um die Rechtfertigung der NATO, ihrer Rüstungsausgaben und Kriegseinsätze, die uns als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Um welche Sicherheit sollte es gehen? Hätten alle Menschen genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu ärztlicher Versorgung, Bildung und existenzsichernder Arbeit, wäre das ein Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen. Möglich wäre das. Aber um soziale Sicherheit, um Sicherheit für uns alle geht es den NATO-Strategen auf der SIKO nicht.

Stattdessen wollen sie die Vormachtstellung des „Westens“ und das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung basiert, mit militärischer Stärke sichern. Dafür erhöhen sie die Militärausgaben, kaufen Killerdrohnen und perfektionieren ihr Atomwaffenarsenal. Zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben von 1739 Milliarden Dollar in 2017 entfielen auf die NATO und mit ihnen kooperierende Staaten.

Kurdistan, Jemen, Mali, Afghanistan, Irak, Syrien. Die Liste der Länder, in denen NATO-Staaten Kriege führen oder unterstützen, ist lang. (...)

Heute weigern wir uns: Wir wollen kein nukleares Wettrüsten und wir wollen keine Kriege in unserem Namen. Was wir erarbeiten, soll nicht in Rüstung und Militär fließen, sondern in ein besseres Leben – für uns alle.

Statt eines militärischen Bündnisses, das nur im Rahmen militärischen Denkens agieren kann, brauchen wir eine globale Protestbewegung, die die Regierenden zu Abrüstung, Rüstungskontrollen, einer fairen Handelspolitik und zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zwingt.

Daher richtet sich unser Protest gegen die NATO. Deren Sicherheit ist nicht unsere Sicherheit.

Welche Rolle spielt dabei die Bundesrepublik? – Deutschland ist an aktuellen Kriegen und Kriegsvorbereitungen beteiligt (...). Die Bundesregierung boykottiert ein Verbot aller Atomwaffen (...). Deutschland bewaffnet Despoten und liefert Kriegswaffen in alle Welt (...).

Wer sind wir? Unser Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. Wir lehnen jede militärische Drohung und jeden Angriffskrieg ab, auch von Staaten außerhalb des westlichen Bündnissystems. Unser Protest richtet sich in erster Linie gegen die Bundesregierung, die sich im Rahmen der NATO an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligt. Mit der NATO wird es keine friedliche, gerechte und solidarische Welt geben. Eine solche Welt ist aber nötig und möglich! Lasst uns gemeinsam dafür aktiv werden.

Geht mit uns auf die Straße

- für Abrüstung statt Aufrüstung. Kürzung des Militäretats.
- für Solidarität mit Geflüchteten. Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen.
- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Keine Bundeswehreinheiten im Innern.
- für eine Welt ohne Militär, somit auch ohne Bundeswehr.
- gegen Rüstungsexporte, insbesondere an kriegsführende Staaten. Verbot der Lizenzvergabe und der Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland.
- gegen die Produktion von Kriegswaffen. Sozialverträgliche Umstellung auf die Produktion ziviler Güter.
- für den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Atomwaffen raus aus Deutschland.
- gegen den ständigen Bruch des Völkerrechts. Keine Beteiligung an Angriffskriegen.
- für den Austritt Deutschlands aus der NATO und allen Militärstrukturen der EU.
- für die Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte in Deutschland. Keine Beihilfe zu den US-Drohnenmorden.
- für Frieden in Europa; keinen Konfrontationskurs mit Russland.
- für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden – statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg.
- gegen eine ausbeuterische Handelspolitik, die Kriege, Armut und Flucht verursacht.

Kommt zur Demonstration am Samstag, den 16. Februar 2019 in München um 13 Uhr am Stachus

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-„SICHERHEITS“KONFERENZ

DIE LINKE im Stadtrat unterstützt den hier nur gekürzt wiedergegebenen Aufruf. Den vollständigen Text und weitere Informationen zum Stand der Vorbereitungen gibt es bei <https://sicherheitskonferenz.de/>

Drastische Kürzung in den SBH trotz Stellenbemessung des POR

Von Çetin Oraner

Es ist allgemein bekannt, dass die Bevölkerung Münchens jedes Jahr um die Größe einer Kleinstadt wächst. Damit wachsen auch die sozialen Probleme. Diese Entwicklung ist für das Sozialreferat und somit für die Sozialbürgerhäuser (SBH) eine große Herausforderung.

Um der wachsenden Aufgabe gerecht zu werden, brauchen die SBH neben der zentralen Einheit für Wohnungslose für den operativen psychologischen Fachdienst mehr Personal.

Aufgrund dessen hat das Personal- und Organisationsreferat – wie in der Anlage der Vorlage beschrieben – ursprünglich den Bedarf von zusätzlichen 38,83 VZÄ festgestellt und erklärt, dass der Bedarf dem Stadtrat für eine dauerhafte Anerkennung der Stellen in einer Sitzungsvorlage vorgelegt werden kann.

Jedoch im Eckdatenbeschluss lesen wir, dass das Sozialreferat diesbezüglich nur 9 VZÄ beantragt hat. Außerdem wurden sie gekürzt auf 1,5 VZÄ. Die 1,5 VZÄ bekommt das Stadtjugendamt für die Fachberatung und für den psychologischen Dienst. Dies ist völlig in Ordnung, weshalb wir das unterstützen.

Nur dass zwischen dem, was das POR in seiner Personalbemessung an zusätzlichen 38,83 VZÄ festgestellt hat und dem, was an 1,5 VZÄ genehmigt wurde, Welten liegen.

Die SBH bekommen also nichts. Als DIE LINKE finden wir diese drastische Kürzung einen fatalen Fehler.

Im Übrigen muss sich die Groko die Frage gefallen lassen, wozu dann der ganze Aufwand mit Stellenbe-

Vollversammlung des Stadtrats am 24.10.2018

Änderungs-Antrag zum TOP B 33

Beschlüsse des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 09.10.2018

Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20/V 12766

Anpassung der personellen Kapazitäten bei dem psychologischen Fachdienst in den Sozialbürgerhäusern, in der Zentralen Einheit für Wohnungslose und in der Fachberatung

Der Antrag der Referentin wird wie folgt geändert

Ziffer 1 – 4 neu: Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Kosten für die 38,8 VZÄ gemäß Stellenbemessung POR/P3 (Personalkosten, Sachkosten und zusätzlichen Büroraumbedarf) im Rahmen des Haushalts- Schlussabgleichs entsprechend zu beantragen. Ziffer 2, 2. Absatz unverändert. Ziffer 5 unverändert (Begründung siehe Artikel. Red.)

Çetin Oraner (DIE LINKE.), Brigitte Wolf (DIE LINKE.)

messungsverfahren dient, wo viel Zeit und Energie verwendet werden, wenn sie doch nicht umgesetzt werden? Das ergibt keinen Sinn.

Denn auf Dauer werden bei dieser drastischen Unterbesetzung die Fachkräfte vor Ort die Arbeit nicht bewältigen können. Die betroffenen Menschen werden darunter leiden. Alleine, wenn wir an die Abklärung von Gefährdungsfällen in der Erwachsenenhilfe wie z.B. an Suizid gefährdete Menschen denken, ist diese Kürzung verantwortungslos. Die Groko sollte die Personalbemessung des POR umsetzen und nicht über den Haufen werfen.

Deshalb fordern wir als DIE LINKE in unserem Änderungsantrag, dass die 38,83 VZÄ, wie vom POR festgestellt, umgesetzt werden. □

„Soziales Vermieten leicht gemacht“ oder Subventionierung der Wohnungsspekulanten

Von Çetin Oraner

Beim Lesen der Vorlage fragt man sich: An was für einem Punkt sind wir in der Frage des Wohnens angelangt? Ein elementares Grundrecht wie das Wohnen können in den Ballungszentren nur noch mehr diejenigen in Anspruch nehmen, die es sich finanziell leisten können.

Damit sage ich Ihnen nichts Neues, doch wie lösen wir als Kommune dieses Problem, bei dem aus der Sicht der Mehrheit der Gesellschaft die Zumutbarkeitsgrenze schon längst überschritten worden ist? Das ist die entscheidende Frage.

Wir sind bei der Wohnsituation, wie sie in der Vorlage beschrieben wird, einer Meinung. Wir wollen auch, dass die Zielgruppen, um die es geht, nämlich Alleinerziehende, Familien und städtische MitarbeiterInnen, in bezahlbare Wohnverhältnisse kommen. Womit wir nicht einverstanden sind, ist der Weg, der



<http://www.dielinke-muc.de/archive/8114>

▷ beschränkt werden soll. Wir haben als DIE LINKE kein Problem damit, zur Lösung der unzumutbaren Wohnsituation Geld auszugeben. Jedoch lehnen wir es ab, die Vermieter zu subventionieren, damit sie gnädigst an uns Wohnungen vermieten.

Offensichtlich war den Vermietern Wohnen in München 5 nicht attraktiv genug, – besser gesagt nicht lukrativ genug, – wenn in vier Jahren nur neun Mietverträge geschlossen werden konnten. Jetzt soll das ganze Mietwohnen in München 6 noch lukrativer gestaltet werden.

Dies wurde ja vor zwei Jahren auch mehrheitlich im Stadtrat so beschlossen.

Wir haben nichts gegen die Kleinvermieter, so lange sie zumutbare Mieten fordern. Unser Problem sind die Patrizia AG, Vonovia AG und die Schörghuber Gruppe. Sie verfügen über die Hälfte des Wohnungsbestandes in München und treiben die Mietpreise in unverschämte Höhen, so dass die Kleinvermieter auch nachziehen.

Es wurde ein Gesamtbudget von 48 Millionen Euro für fünf Jahre bewilligt und damit sollen jährlich hundert Belegrechtswohnungen gewonnen werden. In fünf Jahren sollen es 500 Wohnungen sein. Je Wohnung im Jahr wären das 96 000 Euro!

Die Wohnungseigentümer erhalten mit Beginn des Mietverhältnisses eine Bindungsprämie und beim Modell II noch eine zusätzliche Pauschale.

Für einen Drei-Personenhaushalt bei 15-jähriger Bindung soll eine Prämie von 39 000 Euro plus Pauschale von 7 500 Euro herauspringen, zusätzlich zu den gut abgesicherten Mieteinnahmen in Höhe der

ortsüblichen Miete gemäß Mietspiegel, von dem wir aus Erfahrung wissen, dass er das gesamte Mietniveau immer weiter nach oben zieht.

Wir als DIE LINKE sind der Meinung, dass wir mit diesen Modellen oder Programmen das Problem nachhaltig nicht lösen können. Vielmehr sollen wir uns der Logik des Kapitals beugen und ein Grundrecht teuer erkaufen. Wir werden uns dieser Logik keinesfalls unterwerfen und lehnen die Vorlage ab. Sinnvoller wäre es doch dann, Wohnungen in München zu kaufen, anstatt das Geld den Spekulanten hinterher zu werfen.

Der Gesetzgeber ist hier gefragt, und die große Koalition muss den Druck auf die Bundesregierung stärker als bisher ausüben. Denn die Zumutbarkeitsgrenze ist schon längst überschritten.

Doch, wie wir bei der neuen sogenannten Mietpreisbremse sehen, wollen Union und SPD weiterhin ihre Lobbytätigkeit für die Mietspekulanten auf die Spitze treiben. Wie sonst erklärt sich ein Gesetz, das keine einzige Sanktion beinhaltet. Hier werden die VermieterInnen, aber auch die Kommunen für dumm verkauft. Auch deshalb ist es die Aufgabe der LHM, jetzt erst recht den Druck auf die Bundesregierung massiv zu erhöhen.

Denn solange Wohnungsspekulationen nicht der Riegel vorgeschoben wird und so lange im Denken und Handeln das Grundrecht auf Wohnen und somit das Gemeinwohl nicht über den Interessen des Privateigentums im Wohnungssektor steht, wird eine nachhaltige Lösung der Wohnungsfrage nicht möglich sein. □

Für ein lückenloses Radverkehrsnetz

Neu gegründetes Bündnis Radentscheid München rollt symbolischen Radfahrstreifen aus

Written by Conny Conrad • November 25, 2018, <https://radentscheidmuenchen.de/>

Immer mehr Menschen in München nutzen das Fahrrad als Fortbewegungsmittel. Trotz jahrelanger Radlhauptstadt-Versprechungen wurde die Radinfrastruktur jedoch nur unzureichend verbessert. Daher hat ein breites Bündnis von Institutionen und Parteien nun den Radentscheid München gegründet und bei der Auftaktaktion am Freitag, den 23. November, symbolisch an einer gefährlichen Radweglücke einen breiten Radfahrstreifen ausgerollt. Mit dem Bürgerbegehren soll die Situation für Radler*innen in München massiv verbessert werden und das Fahrrad

einen gerechten Platz bei der Verteilung der Verkehrsflächen bekommen. Start der Unterschriftensammlung ist im Frühjahr 2019.

Die Münchner*innen lieben ihr Fahrrad. Kein anderes Fortbewegungsmittel ist in den letzten Jahren so populär geworden. Elegant am Stau vorbeiradeln und dabei etwas für die eigene Gesundheit tun – gute Gründe für das Fahrrad gibt es viele. Leider auch Gründe, das Fahrrad im Keller stehen zu lassen. Die ohnehin lückenhafte Fahrradinfrastruktur Münchens weist erhebliche Mängel auf: Radwege enden

Sprecher*innen – Kontakt:

- Andreas Groh (ADFC München) – 0176 23 505650 | andreas.groh@adfc-muenchen.de
- Gudrun Lux (Grüne München) – 0179 750 17 89 | gudrun.lux@gruene-muenchen.de
- Andreas Schuster (Green City e.V.) – 0173 86 14 505 | andreas.schuster@greencity.de
- Sonja Haider (ÖDP München) – 0163 699 25 64 | sonja.haider@oedp-muenchen.de



Foto: christianwillner.com

im Nichts oder mitten im Autoverkehr. Fahrradstreifen sind zu eng und oftmals zugeparkt, unübersichtliche Kreuzungen sorgen für Gefahrensituationen. Hinzu kommen schlechte oder fehlende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Da kann die Liebe zum Fahrradfahren noch so groß sein, der Unmut steigt. Deshalb formierte sich ein breites Bündnis, um den Radverkehr in München entscheidend voran zu bringen. Über 300 Aktive und über 20 Organisationen, Institutionen und Parteien



Foto: Colin Stewart

Werde Radbotschafter*in! Egal, welche Talente Du mitbringst, ob Du IT-Kenntnisse hast, oder kreativ textest und gestaltest, Aktionen planst, die München in Atem halten, oder Unterschriften für den Erfolg des Bürgerbegehrens sammelst – lass uns unsere Stadt in eine fahrradfreundliche Richtung lenken und melde Dich jetzt an.

gründeten das Bündnis Radentscheid München. Die Organisatoren befinden sich damit in bester Gesellschaft zahlreicher anderer Radentscheide wie in Bamberg, Darmstadt, Frankfurt und Berlin. Der bereits 2016 in der Bundeshauptstadt gestartete Volksentscheid Fahrrad gilt als Vorreiter der Bemühungen für eine bessere Fahrradinfrastruktur in deutschen Städten. Den Macher*innen reichen die Bemühungen der Landeshauptstadt bei weitem nicht aus. Als erste Aktion wurde daher am Freitag, 23. November, ein symbolischer Radfahrstreifen an der Elisenstraße ausgelegt, einer der Gefahrenstellen für Radelnde in München. Damit machte das Bündnis auf die dringend zu verbessernde Situation für Radfahrende an diesem Ort und in der ganzen Stadt aufmerksam.

ANDREAS GROH, Sprecher des Bündnisses Radentscheid München: „Leider ist unsere Radinfrastruktur ein ziemliches Flickwerk und orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen des Autoverkehrs. Werden etwa im Kreuzungsbereich zusätzliche Abbiegespuren benötigt, dann wird der Radweg einfach vorher aufgelöst und Radfahrende müssen schauen, wo sie bleiben, wie etwa am Lenbachplatz in Richtung Elisenstraße. Außer kosmetischen Verbesserungen ist von Stadtrat und Stadtspitze jedoch wenig zu erwarten, solange die Leistungsfähigkeit des Autoverkehrs aus deren Sicht nicht eingeschränkt werden darf. Mit dem Bürgerentscheid können die Münchner Radler*innen das nun selbst in die Hand nehmen und dem Stadtrat diese Entscheidung abnehmen.“

Gudrun Lux, ebenfalls Sprecherin des Bündnisses ist ▶

▷ überzeugt: „München braucht eine Verkehrswende. Der Radentscheid ist unsere große Chance, das bisherige Stückwerk und die Minimallösungen endlich mit einem großen Sprung hinter uns zu lassen. Wir wollen, dass der Platz in der Stadt gerechter verteilt wird. Autos parken und fahren überall herum – wer zu Fuß geht oder mit dem Rad fährt, hat meist das Nachsehen. Das muss sich ändern! Wir wollen Platz für Menschen statt für Blech!“

ANDREAS SCHUSTER, Sprecher des Bündnisses: „60 Prozent aller Wege der Münchner*innen sind unter fünf Kilometer. Eine optimale Strecke für das Fahrrad. Radfahren an der frischen Luft macht darüber hinaus Spaß und fördert die Gesundheit. Leider kann davon in der Abgashauptstadt München keine Rede sein. Mit unserem Radentscheid sorgen wir dafür, dass die Münchner*innen mit frischem Rückenwind sicher, zügig und stressfrei ans Ziel kommen.“

SONJA HAIDER, ebenfalls Sprecherin des Bündnisses: „Die Unfallzahlen zeigen es leider deutlich: Unsere Verkehrsinfrastruktur verzeiht keine Fehler und Radler*innen sowie Fußgänger*innen sind als schwächere Verkehrsteilnehmende am direktesten davon betroffen. Wir wollen mit dem Radentscheid einen Umbau der Infrastruktur erreichen, damit sich alle beim Radfahren in München sicher fühlen – von der 8-jährigen Schülerin bis zum 80-jährigen Senior.“

Das Bündnis fordert in seinem Radentscheid die Landeshauptstadt München auf, folgende fünf Ziele umzusetzen:

- **Sichere, breite und komfortable Radverkehrsanlagen**
- **Stadtweites, lückenloses und engmaschiges Radverkehrsnetz**
- **Sichere, komfortable und stressfreie Kreuzungen und Einmündungen**
- **Bedarfsgerechte, flächendeckende und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten**
- **Flächeneffiziente und sozial gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums**

Das Bündnis Radentscheid München wurde von sechs Institutionen und Parteien initiiert:

ADFC München, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bund Naturschutz – Kreisgruppe München, DIE LINKE München, Green City e.V. und ÖDP München.

Neben den Initiator*innen gehören bereits folgende Bündnispartner*innen dem Radentscheid München an: Lastenradler, Jugendorganisation BUND Naturschutz, VCD München, Grüne Jugend, rehab republic e.V., Transition München, Studierenden-Vertretung der LMU, Umweltinstitut München, Kreisjugendring München, MTB Club München, Münchner Forum e.V., Jusos München, Fuß e.V., Kartoffelkombinat, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Demokratie in Bewegung, Impact HUB Munich, Critical Mass – Teilnehmende, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Radlretterei, Studio Stadt Region, bicycledate.com

Weitere Bündnispartner*innen werden noch geworben, aber auch Einzelpersonen sind als Radlbotschafter*innen herzlich willkommen.

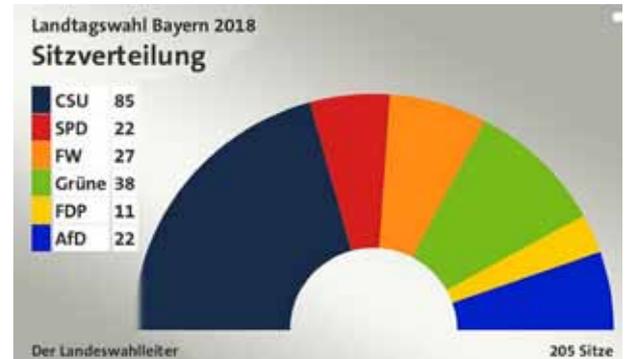
Bündnis Radentscheid München,
Medieninformation 25.11.1018

Weg von der GroKo – die kommunalpolitische Sachdebatte starten

Von Brigitte Wolf

Jedes zehnte Mandat im neuen Landtag wird von der AfD besetzt. Die schon durch die Person des Ministerpräsidenten weit rechts verortete Regierung koalitiert mit den Freien Wählern, hat die marktorientierte FDP als Reserve und kann die AfD jederzeit ins Spiel bringen.

Die Opposition aus SPD und Grünen erreicht mit zusammen 60 Mandaten noch nicht einmal das in vielen Geschäftsordnungsfragen wichtige Drittel der Man-



date (Abb. 1). Die LINKE hat den Einzug verfehlt, sie blieb mit landesweit 3,2% weit unter den 6,1%, die bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern erzielt wurden. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Der Europawahltag ist der 26. Mai 2019 und im März 2020 stehen die Kommunalwahlen an.

Die großen Wählerwanderungen des letzten Jahrzehnts, aber auch die Unterschiede der Ergebnisse für unsere Partei zwischen Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen weisen darauf hin, dass die Kluft zwischen der Öffentlichkeit und der Meinungsbildung in den Parteien größer wird. Dazu hat – nach allgemeiner Auffassung – das Unwesen der „großen“ Koalitionen beigetragen, unter dem wir auch in München leiden.

Statt Meinungsstreit: Kunst des Deals – Die Münchner „GroKo“

Für die reale Kommunalpolitik sind Personalfragen von unbestreitbar großer Bedeutung. Die Besetzung der Referatsleitungen und führender Beamtenstellen

Groko in München: Seit 2014 teilen sich SPD und CSU die Macht auf. Wenn sie sich intern auf einen Deal einigen, ist die Diskussion mausetot: **Sitze der Fraktionen und Gruppierungen im Stadtrat** (aktueller Stand): CSU-Fraktion (24) • SPD-Fraktion (24) • Fraktion Die Grünen – rosa liste (14) • BAYERN PARTEI Stadtratsfraktion (5) • FDP- HUT Stadtratsfraktion (5) • LKR – Liberal-Konservative Reformer (2) • FREIE WÄHLER (1) • DIE LINKE (2) • ÖDP (2) • BIA (1).

Ein Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 18.11.2018

(Die gesamte Beschlussdokumentation zur KMV siehe <http://www.dielinke-muc.de/>)

Um das radikalökologische Profil der Partei DIE LINKE in München zunehmend auch in der Öffentlichkeit zu schärfen, möge die Versammlung beschließen: Zum Einstieg in die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms 2020 (Verkehrspolitik) stellt die KMV die folgenden Schwerpunkte zur Debatte:

- 1.** DIE LINKE fordert, das Straßenbahnnetz schnellstmöglich umfassend auszubauen und im Sinne von Beschleunigung umzubauen. Eine kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung des Tramverkehrs wäre eine Verkürzung des Taktes mindestens in den Stoßzeiten.
- 2.** DIE LINKE fordert einen umfassenden Ausbau des Radwegenetzes. Besonderes Augenmerk richtet sie auf die Breite der Radwege (Fahrradschnellwege) und die Sperrung bestimmter Straßen für PKWs bzw. Ausweisung neuer Fahrradstraßen. Des Weiteren müssen dringend neue Fahrradstellplätze an den Haltestellen der ÖPNV geschaffen werden, um den Radverkehr mit dem ÖPNV-Netz zu verknüpfen.
- 3.** DIE LINKE fordert autofreie Zonen in verschiedenen Stadtteilen Münchens. Deren Ausweisung soll sich nicht auf die Innenstadt beschränken. Auch Teile von Haidhausen, Neuhausen, Schwabing usw. wären als abgasfreie Karrees denkbar. Dies ist schrittweise durchzusetzen. Das ÖPNV-Netz muss dementsprechend angepasst werden.
- 4.** Das Verkehrspolitische Programm zur Kommunalwahl 2014 bleibt unangetastet. Insbesondere spricht sich DIE LINKE gegen den Bau einer zweiten Stammstrecke aus. Der Bau würde Milliarden verschlingen, wobei Millionen für den sinnvollen Ausbau des ÖPNV dann nicht mehr vorhanden wären. Ausdrücklich erwünscht ist die Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs durch ein ausgeweitetes Nahverkehrskonzept und Bau des S-Bahn-Rings.
- 5.** Die LINKE lehnt die geplante Verlängerung des Landshuter-Allee-Tunnels ab, der nicht zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens beitragen kann. Diese Maßnahme würde jedoch zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Anwohner*innen durch die lange Bauphase (ca. 5 Jahre) führen, ohne dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung der Situation (Lärm, Feinstaub und NOX-Belastung) für eine erhebliche Anzahl von Anwohner*innen führen wird. Eine deutliche Verbesserung geht nur mit einer konsequenten Einschränkung des Kfz-Verkehrs und dem forcierten Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs und einer Verbesserung der Fußwegebeziehungen.

Begründung: DIE LINKE möchte die Lebensqua-

lität der Menschen in der Stadt verbessern und ganz nebenbei auch noch eine, wenn auch kleine, Maßnahme gegen die globale Klimaerwärmung anstoßen.

Zu 1.: Die Straßenbahn ist mit ihrem geringen Rollwiderstand und dem möglicherweise klimaneutral gewonnenem Kraftstoff Strom das wohl umweltfreundlichste motorgetriebene Verkehrsmittel. Im Vergleich zu den Baukosten einer U-Bahn Linie ist das Einrichten einer Trambahnlinie äußerst kostengünstig bei hoher Effektivität. Auch die Bauzeit für eine Trambahnlinie ist viel kürzer als die für eine U-Bahn. Ein möglicher Klimaeffekt wäre also viel schneller zu bewerkstelligen.

Zu 2.: Immer mehr Menschen benutzen in München ein Fahrrad. Das ist erfreulich, denn auch dies hat eine positive Wirkung auf Stadtklima und Weltklima. An schönen Sommertagen kommt es allerdings mittlerweile zu regelrechten Radlstaus. Für viele Menschen wird es gefährlich in München zu radeln. Wir fordern breitere Fahrradwege für die Sicherheit der Menschen und hoffen dass es immer mehr werden, die dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel benutzen.

Zu 3.: Autofreie Stadtviertel haben eine hohe Lebensqualität für die Menschen, die sich darin aufhalten. Für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen wäre mehr Platz. Öffentliche Verkehrsmittel kämen schneller voran und könnten auch entlegene Ecken bedienen, weil Platz dafür wäre. Eventuell würden kleinere Elektrobusse benötigt, um die Menschen zu befördern. Der ÖPNV sollte zumindest hier kostenlos sein. In einem solchen Teil der Stadt zu wohnen würde viele Menschen dazu ermutigen, auf ein Auto ganz zu verzichten. Die Struktur des Stadtteils würde sich verändern, wenn Handwerker*innen mit dem Lastenrad aus der Umgebung und nicht mehr mit dem Lieferwagen vom Stadtrand kämen. Eine Durchmischung des Wohnquartiers mit Gewerbe erhöht die Wohnqualität. Eine solch umfassende Strukturveränderung braucht allerdings Zeit. Mehrere Schritte wären nötig und die Anwohner sollten möglichst mit einbezogen werden.

Möglich ist es! Das zeigen Wien und Berlin.

erfolgt durch den Stadtrat. Die Bewerberinnen und Bewerber haben sich vorzustellen und darzulegen, wie sie das Amt wahrnehmen wollen. Für die Diskussionskultur im Stadtrat und letztlich auch in der kommunalen Öffentlichkeit werden Alternativen sichtbar, wenn, ja wenn es unterschiedliche Bewerbungen gibt. Wenn aber nach der Kunst des Deals verfahren wird, fallen nicht nur Vorabentscheidungen in den Stadtratsfraktionen, was ja normal ist, sondern es wird getrickst. Formal korrekt, denn wenn (SPD (24)+CSU (24))= 48 von 81 Mandaten (sie Kasten) vorab ausma-

chen, dass eine Bewerbung gar nicht ausgeschrieben wird, ist alles geritzt. Alternativen werden ausgeblendet. Die kleineren Parteien und schließlich die Öffentlichkeit sind aus dem Spiel. Am Ende steht ein Demokratieverlust. Wenn solche Verfahren bei den Personalfragen einreißen, stirbt auch die Möglichkeit, Sachfragen zu diskutieren.

Bürgerbegehren greifen punktuell

Zum Glück bietet die Verfassung die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Volksentscheid. Nur auf diesem ▶

▷ Wege war es z.B. möglich, den schleunigen Ausstieg aus der veraltenden Steinkohleverbrennung durchzusetzen, und nur auf diesem Weg kann es auch gelingen, dem Radverkehr in der Stadt den nötigen Raum zu verschaffen. Bürgerentscheide können große Fehlentwicklungen blocken und aussichtsreiche Initiativen anstoßen. Die kommunalpolitische Programmdiskussion in den Parteien können sie nicht ersetzen. Für uns ist die beste Antwort auf die „Kunst des Deals“ die detaillierte Arbeit an Sachfragen und die Formulierung klarer kommunalpolitischen Zielsetzungen. Die schwache Bindung der Wählerinnen und Wähler an „ihre“ bzw. unsere Partei sollte uns veranlassen, diese Debatte in größtmöglicher Öffentlichkeit und mit offenen Ohren für die Forderungen und Anregungen aus dem weiten Feld der sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen und ihrer Verbände zu führen.

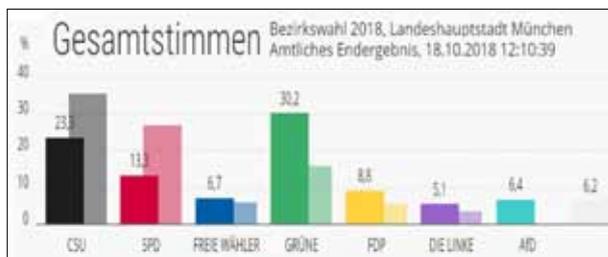
Eine Lehre aus der Zusammenarbeit in Bürgerentscheiden und Bewegungen

Wahlkampf ist Parteienwettbewerb und damit die Bürgerinnen und Bürger eine Wahl haben, arbeiten die Parteien ihre Unterschiede heraus. Aber für Wahlentscheidung der Einzelnen ist eben auch wichtig, welche Mehrheit für welche Anliegen im Stadtrat zusammenkommen kann. Auch deswegen kommt es darauf an, die Diskussion der kommunalpolitischen Programm- und Eckpunkte früh anzufangen und öffentlich zu führen, so dass Unterschiede und Gemeinsamkeiten öffentlich erkennbar und von den Wählerinnen und Wähler bewertet werden können.

Diesen Weg hat die letzte Kreismitgliederversammlung mit einer Stellungnahme zu dem wichtigen, sachlich schwierigen und politischen umstrittenen Thema Verkehrspolitik besprochen, wir dokumentieren hier den Text (S. 21).

Die Belebung der demokratischen Diskurse um Sachfragen legt auch die Basis für die Abwehr der nationalistischen, rassistischen Umtriebe, die das solidarische Zusammenleben aller Einwohnerinnen und Einwohner gefährden.

Zum Schluss. Wir haben die 5 Prozent verfehlt, und das ist bitter. Aber: im Bezirkstag ist die Linke als Fraktion präsent (siehe auch S. 26/27). Bei den Wahlen zum Bezirkstag erzielte DIE LINKE in München 5,1 Prozent. □



Bei der Landtagswahl erzielte DIE LINKE im Stadtgebiet München 4,7 Prozent für den Landtag und 5,1 Prozent für den Bezirkstag. Das markiert einen interessanten Ausgangspunkt für die Wahl 2020. Die ödp, deren Ergebnis auf der Grafik nicht dargestellt wird, erzielte 2,5 Prozent.

www.wahlen-muenchen.de/ergebnisse/20181014bezirkswahl/index.html

Der Münchner Wahlatlas:*

Ein sinnvolles Hilfsmittel zur Wahlanalyse ?

Von Christian Schwarzenberger

Wer die Münchner Wahlergebnisse der letzten Jahre analysieren will, der kommt nicht am Wahlatlas der Landeshauptstadt vorbei. Der Wahlatlas ist ein Webtool, mit dem die Ergebnisse sämtlicher Wahlen in den letzten zehn Jahren miteinander verglichen werden können, egal ob Kommunalwahl, Bundestagswahl oder die letzte Landtagswahl, ob strategische Entscheidungen hinsichtlich der Kommunalwahl oder die Frage, wo die nächsten Haustürbesuche sinnvoll sind. Das Tool kann wichtige Hinweise dazu geben. Das Besondere dabei ist, dass die Wahlergebnisse mit Strukturdaten der Stadt in Bezug gesetzt werden können.

Der Beitrag soll einen kurzen Einblick in die Nutzung des Wahlatlas geben und aufzeigen, welche Aussagen damit getroffen werden können. Für die politische Arbeit können solche Aussagen hilfreich sein, um entscheiden zu können, in welchen Vierteln man seine Aktivitäten verstärken möchte. Vorsicht ist jedoch geboten. Schnell können die Ergebnisse auch falsch interpretiert werden.

Wer den Wahlatlas startet und sich für eine Wahl entschieden hat (im Beitrag nutzen wir die Daten der Bezirkswahl 2018), sieht sich zunächst konfrontiert mit zwei bunten Karten Münchens. Mit diesen Karten lassen sich verschiedene Daten miteinander vergleichen. Diese Möglichkeit ist gleichzeitig der Schwerpunkt des Tools. Über den Karten findet sich das Feld der „Themenauswahl“. Hiermit können die Inhalte bestimmt werden. Auswählbar sind hierbei die Ergebnisse der Bezirkswahl 2018 sowie 2013 und sogenannte „Strukturdaten“. Über das Feld „Kartenarten“ kann die Ebene der Analyse eingestellt werden. Zur Bezirkswahl sind das die Stimmkreise, die Stadtbezirke und die Stimmbezirke (Wahllokale). Auf der rechten Seite findet sich die Datentabelle, auf die wir im Bericht nicht näher eingehen werden. Rechts unten findet sich eine Grafik, mit der Korrelationen/ Beziehungen zwischen den ausgewählten Themen analysiert werden können. Dieser Teil des Tools lässt sich am besten mit einem Beispiel erklären.

Fall 1: Wir wählen dazu in der Themenauswahl zu ersten Karte unter Strukturindikatoren den ANTEIL DER EINPERSONENHAUSHALTE und für die zweite Karte das GESAMTSTIMMENERGEBNIS DER LINKEN zur Bezirkswahl aus. Die Ergebnisse lassen wir uns für die neun STIMMKREISE anzeigen. Die Korrelations-Grafik zeigt uns einen klaren Zusammenhang zwischen den beiden

Am Montag, den 14 Januar von 18.30 bis 20 Uhr im rls-Büro, Westendstr. 19. Beamer und WLAN vorhanden. **Einführung zur Benutzung des Münchner Wahlatlas und Gelegenheit zu Diskussion der Daten.** Mit CHRISTIAN SCHWARZENBERGER.

Daten (ABB. 1). Je höher der Anteil an Einpersonen-/Singlehaushalten, desto besser das Abschneiden der LINKEN. Die dargestellten Punkte entsprechen dabei den neun Datenpunkten der Stimmkreise. Die Gerade zeigt den vom Tool erstellten linearen Zusammenhang zwischen dem Single-Anteil und unserem Ergebnis. Sie wird durch die „Regressionsgleichung“ beschrieben. Wichtig für uns ist hierbei der „Korrelationskoeffizient“. Dieser Koeffizient zeigt das Maß des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen und bewegt sich zwischen -1 und +1. Bei +1 besteht ein vollständiger positiver Zusammenhang, alle Punkte würden sich genau auf der vom Tool gezeigten Linie wiederfinden. Ein Korrelationskoeffizient von -1 zeigt einen vollständig negativen Zusammenhang. Ein Wert von 0 sagt aus, dass es zwischen den Merkmalen gar keinen Zusammenhang gibt. Bei Werten kleiner 0,3 ist der Zusammenhang so schwach, dass von einer Aussage davon abgeraten wird. In unserem Fall liegt der Korrelationskoeffizient bei 0,8. Dies ist für die Auswertung ein sehr starker positiver Zusammenhang.

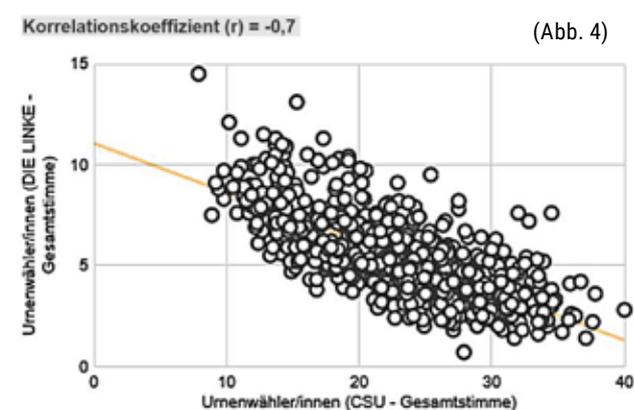
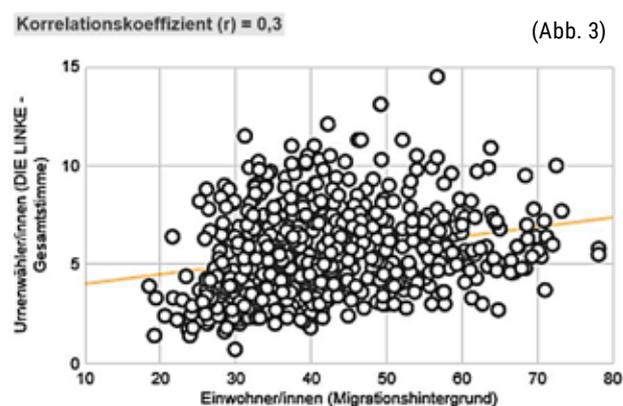
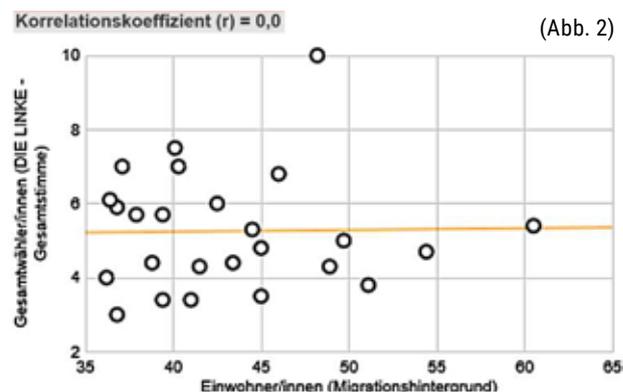
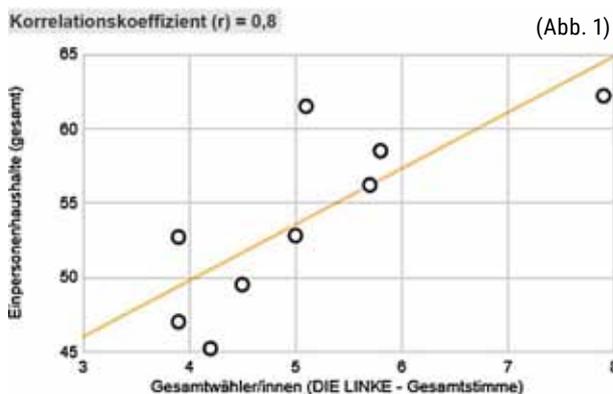
Zusammenhänge zwischen Strukturdaten und unserer Wählerschaft können am besten analysiert werden, wenn die Ebene der Stadtbezirke oder sogar der Wahllokale ausgewählt werden, da fast alle Stimmkreise aus sehr unterschiedlichen Vierteln bestehen.

Fall 2: Vergleichen wir beispielsweise das WAHLERGEBNIS DER LINKEN (Karte 2) mit dem ANTEIL DER MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND (Karte 1) auf Ebene der Stadtbezirke (Abb. 2), so wird deutlich, dass es im Gegensatz zur letzten Bezirkswahl 2013 keinen positiven Zusammenhang gibt. Die Gerade ist praktisch flach und der Korrelationskoeffizient von 0 besagt, dass es keinen Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen gibt.

Fall 3: Um eine Aussage zu machen, lohnt es sich jedoch auch die Ebene der WAHLLOKALE anzuschauen. Die Grafik (Abb 3) zeigt diesmal, dass es doch einen positiven Zusammenhang gibt, auch wenn dieser nur schwach ausgeprägt ist (Korrelationskoeffizient 0,3). Je höher also der Migrationsanteil in einem Viertel, desto besser das Ergebnis der LINKEN. Es ist jedoch dazuzusagen, dass diese Beziehung zur letzten Wahl 2013 stärker ausgeprägt war. Der Hintergrund dieser unterschiedlichen Ergebnisse ist, dass auch in Stadtbezirken teils sehr unterschiedliche Viertel zusammengefasst sind. Es gilt also vorsichtig zu sein, wenn man Aussagen aus dem Wahlatlas treffen möchte.

Fall 4: Blicken wir auf den Vergleich der Ergebnisse der anderen Parteien im Vergleich zu unserem Ergebnis. Es zeigt sich, dass die stärkste Beziehung zum ERGEBNIS DER LINKEN zum ERGEBNIS DER CSU herrscht und zwar im negativen (Korrelationskoeffizient -0,7). Es lässt sich also sagen, dass je schlechter die CSU in einem Wahllokal abgeschnitten hat, desto besser war das Ergebnis der LINKEN (Abb.4). Im Positiven zeigt sich der Zusammenhang am stärksten mit dem Wahlergebnis der Grünen (0,4), gefolgt von der SPD (0,3).

Fazit: Der Wahlatlas kann definitiv ein brauchbares Hilfsmittel zur Wahlauswertung sein und zur Diskussion über zukünftige Aktionen beitragen. Es sollte je-



doch vermieden werden, absolute Aussagen aus den Korrelationen zu treffen. Dies birgt die Gefahr der Vereinfachung. Bei allen Möglichkeiten, die der Wahlatlas bietet, besteht auch die Gefahr, sich im Detail zu verlieren. Was der Blick auf die Zahlen nicht ersetzen kann, ist das Gespräch mit den Menschen. Um die Stadt und seine Viertel wirklich kennen zu lernen und zu verstehen, ist es nötig vor Ort aktiv zu werden. □

* <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtfinfos/Statistik/Indikatoren-und-Monatszahlen/Wahlatlas.html>

Viele Probleme, ein Versteckspiel und dann doch eine Entschuldigung

Die Landtags- und Bezirkswahlen aus Sicht eines Wahlhelfers

Von Tino Krense

Keine Wahl in München würde ohne Tausende WahlhelferInnen funktionieren. Schon vor Beginn der Wahl müssen in den Wahllokalen Tische, Stühle, Wahlblenden und Urnen aufgebaut werden. Stifte werden gespitzt, das Wahlgesetz ausgelegt, die Stimmzettel und das Wählerverzeichnis vorbereitet, alle Informationen vor dem Wahllokal aufgehängt und die Abläufe während des Wahlvorgangs besprochen. In jedem Wahllokal gibt es eine WahlvorsteherIn und eine StellvertreterIn, eine SchriftführerIn und ebenfalls eine Stellvertreterin sowie vier bis sechs BeisitzerInnen. Zwei Schichten werden gebildet, die erste arbeitet von 8 bis 13, die zweite von 13 bis 18 Uhr.

Bei der Wahl selbst achten die WahlhelferInnen darauf, dass die Regeln eingehalten werden. Wegen des Wahlgeheimnisses darf jeweils nur eine Person in der Kabine sein, im und vor dem Wahlbüro darf keine Wahlwerbung gemacht werden, und die Abläufe dürfen nicht gestört werden, WählerInnen, die ein falsches Wahllokal angesteuert haben, werden in das richtige geschickt, viele Fragen sind zu beantworten. Jede Stimmabgabe wird im Wählerverzeichnis registriert.

Um 18 Uhr dürfen WählerInnen, die bereits im Wahllokal sind oder davor anstehen noch in Ruhe zu Ende wählen. Dann beginnt die Auszählung, für die man ein durchaus komplexes Regelwerk kennen muss, um entscheiden zu können, ob zum Beispiel eine Stimme gültig oder ungültig ist. Am schwierigsten ist das Auszählen der Kommunalwahlen, da man hier kumulieren und panaschieren kann. Danach folgen die Landtags- und Bezirkswahlen, da es bei diesen sehr große Stimmzettel mit vielen KandidatInnen gibt. Relativ einfach tut man sich hingegen mit den Bundestags- und Europawahlen. Bereits Monate vor den letzten Landtags- und Bezirkswahlen suchte das Wahlamt, eine Abteilung des Kreisverwaltungsreferates, nach WahlhelferInnen. Hierzu werden HelferInnen von früheren Wahlen per Mail angeschrieben, auch in städtischen oder staatlichen Dienststellen wird gesucht. Erklärt man sich bereit zu helfen, so ist vorher eine Schulung zu besuchen. Diesmal wurden wirklich viele Schulungen an unterschiedlichen Tagen, zu verschiedenen Zeiten und gut verteilt über die ganze Stadt angeboten.

Erstmals bei der Bundestagswahl 2017 wurde in München ein sogenannter Wahlkoffer in jedem Wahllokal eingesetzt. Ziel dabei war es, die ausgezählten Stimmresultate per Funk direkt an das Wahlamt zu übermitteln, um schneller zu sein, Übermittlungsfehler, die am Telefon leicht passieren können, zu vermeiden und nicht mehr alles auf Papier erfassen zu müssen.

Ich wurde diesmal als Wahlvorsteher berufen. Schon bei der Schulung, bei der ich war, erwähnte der Referent mehrmals Probleme, die es bei der Bundestagswahl mit dem Koffer gegeben habe. Dies veranlasste mich nachzufragen, und der Herr bestätigte Schwierigkeiten. Man gehe jedoch davon aus, dass man inzwi-

schen die Wahlkoffer optimiert habe und es diesmal weniger Probleme gäbe. Und für Notfälle stehe immer eine Wahlhotline bereit, an die man sich jederzeit wenden könne. Obwohl mich diese Antwort nicht wirklich beruhigte, ging ich noch davon aus, dass die Zuständigen schon wissen würden, was sie tun.

Ungefähr zehn Tage vor der Wahl erreichte mich ein Schreiben aus dem Wahlamt, das nicht von einer konkreten Person unterzeichnet war oder eine solche als AnsprechpartnerIn für Rückfragen nannte. Der Inhalt des Briefes lautete wie folgt: Bei einer Überprüfung des Wahllokals, in dem ich eingesetzt werde, habe man feststellen müssen, dass es bei der Mobilfunkverbindung für den Wahlkoffer zu starken Schwankungen und damit zu Verbindungsabbrüchen kommen könne. Man möge jedoch trotzdem mit den Koffern arbeiten und bei eventuell auftretenden Problemen gemeinsam mit der Wahlhotline nach Lösungen suchen. Keinesfalls dürfe man ohne Rücksprache mit dem Wahlamt auf die klassische Papierniederschrift umsteigen. Der Brief ließ mich endgültig zweifeln. Ich beschloss, beim Wahlamt anzurufen. Mein Anruf bei der im Schreiben genannten Telefonnummer führte zur bereits erwähnten Wahlhotline. Dort konnte man mir jedoch nicht weiterhelfen, man sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher auf Fragen von WählerInnen und weniger auf solche von WahlhelferInnen eingestellt. Ich möge mich an die zuständige Bezirksinspektion wenden. Dort war leider niemand zu erreichen. So rief ich wieder bei der Hotline an und beharrte darauf, dass ich mit einer Person aus dem Wahlamt sprechen wolle, da ja das mir vorliegende Schreiben auch von diesem versandt worden sei. Man verwies mich an einen Herrn, der gerade nicht am Platz sei, mich jedoch zurückrufen werde. Nach vier Stunden war immer noch kein Rückruf erfolgt. So probierte ich es nochmals und erreichte den Herrn. Mein Wunsch, bei der Wahl gleich auf Papier umzusteigen, um Risiken mit dem Wahlkoffer zu vermeiden, wurde mir verwehrt. Ich hätte mich an die Anweisungen des Wahlamtes zu halten. Mein Argument, dass ich mich als Wahlhelfer für einen reibungslosen Ablauf der Wahl für die WählerInnen und eine korrekte Ermittlung des Ergebnisses verantwortlich fühle und meine Aufgabe nicht darin sehe, für das Wahlamt Versuchskaninchen beim Umgang mit Wahlkoffern zu spielen, wurde vom Tisch gewischt. Es war erschreckend, dass das Wahlamt, trotz des Wissens, dass es mit dem Wahlkoffer eventuell größere Probleme geben könnte, darauf beharrt hat, diesen zu verwenden.

Bei der Wahl selbst konnte die Funkverbindung mit dem Wahlkoffer hergestellt werden. Das Gerät zeigte uns WahlhelferInnen aber schon frühzeitig an, dass es eine Nachricht vom Wahlamt gäbe. Wir konnten diese nicht öffnen und lesen. Auch ein Anruf bei der Hotline konnte das Problem nicht lösen. Das Vorgehen, das man uns nannte, führte nicht zum Ziel. Man konnte

uns auch nicht sagen, was denn der Inhalt der Nachricht sei. So musste diese immer wieder weggeklickt werden, um sich später wieder zu öffnen. Man hat ja sonst nichts zu tun im Wahlbüro.

Die Wahlbeteiligung war deutlich höher als bei den letzten letzten Landtags- und Bezirkswahlen. Zudem mussten diesmal manche WählerInnen in einer anderen Schule als bisher wählen. Sie gingen aus Gewohnheit dorthin, wo sie immer gewählt hatten. Wir mussten sie dann weiterschicken. Zeitweise bildete sich so eine Schlange vor unserem Wahllokal. Nachdem die letzten WählerInnen dann fertig waren, begannen wir kurz nach 18 Uhr mit dem Auszählen der Stimmen. Wir waren gut vorbereitet und es gab kaum Schwierigkeiten. Die Schnellmeldung, mit der Hochrechnungen erstellt werden und die als Grundlage für frühe Meldungen an die Medien dient, sowie die Ergebnisse der Landtagswahlen konnten mittels des Koffers problemlos übertragen werden. Wir zählten nun die Stimmzettel für die Bezirkswahlen aus. Als wir damit fertig waren und die individuellen Ergebnisse für jede einzelne Kandidatin ermittelt und im Wahlkoffer erfasst hatten, brach die Verbindung plötzlich ab. Sie ließ sich trotz mehrerer Versuche nicht wieder herstellen. Es gelang jedoch nicht, das Wahlamt oder die Wahlhotline telefonisch zu erreichen. Ganz im Gegenteil: Zuerst war belegt. Später verkündete ein Anrufbeantworter sogar, man sei nicht mehr da und die AnruferInnen sollten morgen wieder anrufen. Natürlich war dann die Stimmung unter uns WahlhelferInnen im Keller. Es war richtig bitter, dass wir nun, gegen 23.30 Uhr, die komplette Erfassung der Stimmenzahlen für jede einzelne KandidatIn bei den Bezirkswahlen nochmals auf Papier wiederholen mussten. Um kurz nach Mitternacht waren wir fertig. Von sieben Wahllokalen in der Schule, in der wir eingesetzt waren, war nur eines schneller, alle anderen hingegen noch bei der Arbeit.

Als Wahlvorsteher war es nun mein Job, die Ergebnisse und weitere wichtige Unterlagen in der zuständigen Bezirksinspektion abzuliefern. Dort wurden in einem Zimmer jeweils zwei Stadtbezirke bearbeitet. Für mehrere Bezirke hatten sich Schlangen gebildet. Ich hatte Glück und bei der Sachbearbeiterin für den Stadtbezirk Untergiesing-Harlaching nur einen anderen Wahlhelfer vor mir. Ich konnte erkennen, dass gut zwei Drittel aller Wahllokale im Stadtbezirk zu diesem Zeitpunkt ihre Ergebnisse noch nicht bei der Bezirksinspektion abgeliefert hatten. Die Sachbearbeiterin tat mir leid, ihr stand noch einiges an Arbeit bevor, obwohl es langsam schon ein Uhr nachts war.

Eine Frechheit und eine Ohrfeige für alle WahlhelferInnen war eine Verlautbarung auf der Homepage des Kreisverwaltungsreferates am nächsten Tag. Die Abläufe hätten größtenteils gut funktioniert, es sei nur zu einzelnen Problemen gekommen. Schließlich wusste ich genau, dass es im Stadtbezirk 18 fast flächendeckend nicht gut geklappt hatte. Auch aus Haidhausen und Neuperlach hatte ich bereits von schlechten Erfahrungen gehört. Nach einem weiteren Tag war dann die Nachricht von der Homepage wieder verschwunden. Inzwischen lagen viele Wahlergebnisse aus ganz Ober-

Anfrage: Chaos bei der Auszählung der Landtags- und Bezirkswahlen in München?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, nach Berichten mehrerer Wahlhelferinnen und Wahlhelfer der vergangenen Wahlen am 14. Oktober 2018 gab es massive Probleme mit den sogenannten „Wahlkoffern“, die eigentlich die Arbeit in den Wahlbezirken erleichtern sollten. ()

Wir bitten deshalb um Beantwortung der folgenden Fragen?

- 1. Welche Probleme gibt bzw. gab es bei der Datenübertragung aus den Wahlbezirken?**
- 2. Warum konnten die Wahlhelfer ab Mitternacht niemanden mehr erreichen, der sie unterstützen konnte?**
- 3. Warum dauerte die Auswertung der Landtagswahlen so lange? Gab es dabei auch technische Probleme mit der Fachanwendung?**

Brigitte Wolf (DIE LINKE) Çetin Oraner (DIE LINKE)

bayern vor, nur die aus München waren noch lange nicht komplett. Ihre Veröffentlichung muss verschoben werden und konnte erst später als geplant erfolgen. Bald danach wurde publik, dass München dem Landeswahlleiter statt konkreten Schnellmeldungen teilweise Schätzungen geliefert hatte. Dies lässt sich aus meiner Sicht nur so erklären, dass man verbergen wollte, dass es Probleme gegeben hatte. Obwohl dieses Verhalten das endgültige Wahlergebnis nicht verfälscht, ist es völlig indiskutabel. Die Medien berichteten darüber. Der Kreisverwaltungsreferent Böhle ordnete an, die Erststimmen für den Stimmbezirk Moosach neu auszuzählen, insbesondere weil es zwischen einem Direktkandidaten der Grünen und einer Direktkandidatin der CSU sehr knapp war. Eigentlich ist ein enges Ergebnis kein Grund für eine Neuauszählung. Dennoch war dies eine richtige Entscheidung, um nach vielen Problemen eventuellen Zweifeln vorzubeugen.

14 Tage nach der Wahl erreichte mich ein Brief, der vom Oberbürgermeister Reiter und dem Kreisverwaltungsreferenten Böhle unterschrieben war. Endlich entschuldigte man sich und räumte manche Schwierigkeiten ein.

Nun, da ich diese Zeilen schreibe, habe ich noch immer das Gefühl, dass das Wahlamt die WahlhelferInnen sehenden Auges in Probleme laufen ließ und dann völlig ungenügend darauf vorbereitet war, dass diese wirklich aufgetreten sind. Es wäre bestimmt besser gewesen, den Koffer erst wieder bei einer Wahl einzusetzen, die für WahlhelferInnen einfacher zu handhaben ist, beispielsweise bei der Europawahl im Mai 2019. Ich werde mir jedenfalls gut überlegen, ob ich mich bei einer weiteren Verwendung des Wahlkoffers nochmals bereit erkläre, jemals wieder als Wahlhelfer zu fungieren. Sollten weiterhin auch nur leise Zweifel an dessen Tauglichkeit bestehen, erspare ich mir das lieber. Die nicht sehr hohe Aufwandsentschädigung, die man als WahlhelferIn bekommt, ist keinesfalls einen solchen Ärger wert.

Die LINKE. im Stadtrat München hat aufgrund vieler Beschwerden von WahlhelferInnen, die uns erreichten, eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt. Wir werden über das Ergebnis informieren. □



Die LINKE schickt zwei Frauen und einen Mann in den Bezirkstag: **Maria Mayr** (Sozialarbeiterin, Geltendorf), **Steffi Kirchner** (Krankenschwester, Ingolstadt) und **Klaus Weber** (Hochschullehrer, Neuried), – Fotos von links nach rechts,

Linke Politik im Bezirkstag – Radikal für demokratische Prinzipien

Von Klaus Weber, Fraktionssprecher der LINKEN im Bezirkstag von Oberbayern

1. Zur Wahl

Die LINKE hat in Oberbayern für den Bezirkstag 3,34% der Stimmen erreicht (157 393 Wähler_innen). Die CSU erreichte nur noch 31%, die SPD 9,5%. Da beide in den letzten zehn Jahren eine „Kooperationsgemeinschaft“ bildeten, ist festzustellen: CSU und SPD haben mehr als 22% der Stimmen verloren. Die LINKE schickt zwei Frauen und einen Mann in den Bezirkstag: Maria Mayr (Sozialarbeiterin, Geltendorf), Steffi Kirchner (Krankenschwester, Ingolstadt) und Klaus Weber (Hochschullehrer, Neuried) und bildet zum ersten Mal eine Fraktion und ist somit in fast allen Ausschüssen vertreten.

2. Konstituierung des Bezirkstags

Wie in Mittelfranken wäre es in Oberbayern möglich gewesen, eine Mehrheit jenseits von CSU, AfD und FDP zu etablieren. Die SPD und die Freien Wähler haben sich jedoch darauf festgelegt, mit der CSU erneut eine Kooperationsgemeinschaft zu bilden. Auf die Frage der LINKEN, wieso die SPD weiter an ih-

Bert Brecht zur SPD: Sie „ändert sich nur wie der Bachkiesel, der von den anderen Bachkieseln abgeschliffen wird. Und wie der Bachkiesel bewegt [sie] sich vorwärts. Passieren kann [ihr] alles, in jeder Katastrophe fühlt [sie] sich ganz heimisch.“

(Der Messingkauf, GW 16, 1967, Suhrkamp).

rer Selbstabschaffung arbeite, erwiderte der Michael Asam (Bürgermeister von Peiting), er habe „die letzten 10 Jahre alles richtig gemacht“. Nun sitzt er als

dritter Bezirkstagspräsident neben zwei weiteren Männern: Josef Mederer von der CSU und Rainer Schneider von den Freien Wählern.

Klaus Weber, Fraktionssprecher der LINKEN, wies im Plenum Anfang November 2018 darauf hin, dass im Bezirkstag nun „Nazis sitzen und Leute, die nichts dagegen haben, mit Nazis in einer Partei zu sein“: Ein AfD-Bezirksrat werde wegen seiner Kontakte zu Reichsbürgern und der Identitären Bewegung im Rahmen der sogenannten „Volksbegehren Grenzschutz“ momentan vom bayerischen LfV überwacht. Zudem gebe es die Facebook-Gruppe Die Patrioten, in der 15 Bundes- und Landtagsabgeordnete der AfD vertreten seien: Dort sei eine Pizzaschachtel mit dem Konterfei von Anne Frank abgebildet, darunter stehe „Die Ofenfrische“. Das müsse als Beleg dafür gelten, dass es sich hier um Nazis handle. Die AfD-Vertreter ergriffen während der fünfstündigen Sitzung kein einziges Mal das Wort. Die Zurückhaltung der neuen Nazis dauerte jedoch nicht lange: Auf einer Fraktionssprechertagung (20.11.2018) kam es zum Eklat, weil Rainer Groß (AfD) auf die Idee, einen Auschwitz-Besuch zu planen, einen Besuch im Führerhauptquartier in Tannenberg vorschlug (siehe Kasten).

3. Erste Pläne

Haushaltsplan 2019: 2 Milliarden Euro Ausgaben müssen überprüft und verstanden werden. Nach dem ersten Eindruck wird die LINKE dem Haushalt zustimmen. Die sozialen und kulturellen Einrichtungen bekundeten auf allen Sitzungen, mit dem Budget sehr zufrieden zu sein.

Selbstbestimmung behinderter Menschen ermöglichen

Die ersten Anfragen von uns LINKEN beziehen sich auf das Persönliche Budget für Behinderte (für einen Antrag werden genaue Zahlen benötigt). Aus den Selbsthilfegruppen behinderter Menschen kommt der deutliche Wunsch, ein Leben selbstbestimmt ohne institutionelle und staatliche Gängelung führen zu wollen. Das Persönliche Budget ist der „Hebel“, der das ermöglichen kann. Ob Kino- oder Theaterbesuche, ob Urlaubsreisen oder sexuelle Vergnügungen, ob Literaturgenuss oder anderweitige Tätigkeiten, die ein Leben lebenswert machen: Wir werden so wenig Kontrolle und so viel Unterstützung wie möglich für die Betroffenen fordern.

Den Kirchen auf die Finger schauen

Zur Überprüfung stehen an: die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Bezirk und den kirchlichen Trägern der freien Wohlfahrtspflege: Es geht darum, dass die Kirchen nicht weiter Menschen, die aus deren Sicht sexuell oder anderweitig gegen christliche „Werte“ verstoßen, kündigen dürfen (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz plus neues EuGH-Urteil). Als LINKE werden wir versuchen, solche Mindeststandards in die bezirklichen Anforderungen aufzunehmen. Dazu gehört: Arbeitnehmer haben auch in den kirchlichen Einrichtungen das Recht zu heiraten, wen sie wollen; sich scheiden zu lassen und sich wieder zu verheiraten; die Menschen zu lieben (ohne Ansehen des Geschlechts), die sie eben lieben. Zudem ist bei staatlichen Aufgaben, welche die Kirchen subsidiär übernehmen, keineswegs von Nöten, dass ein Arbeitnehmer Mitglied in einer Kirche sein muss. Zusätzlich muss in den Leistungsvereinbarungen ein Grundbetrag für Betriebsrats- oder MAV-Tätigkeit (bei kirchlichen Einrichtungen) vorgesehen sein.

Wasser in die Isar schütten...

Im Kulturausschuss werden auch Entscheidungen über Zuschüsse zu Restaurierungsplänen von Denkmälern privater oder öffentlicher Besitzer_innen getroffen. Darunter befinden sich Anträge des Erzbischöflichen Ordinariats und nicht wenigen Kirchenstiftungen. Die mündliche Anfrage der LINKEN, wieso das Erzbistum München-Freising bei einem Vermögensstand von 6 Milliarden Euro Zuschüsse erhält, obwohl die Restaurierung auch ohne diesen Zuschuss finanziell möglich ist, hat für Unruhe in dem bisher ungestört arbeitenden Gremium gesorgt. Die LINKE wird zu dem Thema ebenfalls einen Antrag auf Bedarfsprüfung bei Kirchen und anderen Besitzer_innen (reiche Adelige und Millionäre) stellen.

4. Radikale Realpolitik

Bezirkstage sind kommunale Gremien, in denen wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben sind. Als LINKE müssen wir uns klar darüber sein, dass wir – nach Rosa Luxemburgs Motto – unsere revolutionären Ziele nicht vergessen dürfen; nur in Hinblick auf

Führerhauptquartier statt Auschwitz: AfD verhöhnt Opfer der Vernichtung

Beim Treffen der Fraktionsvorsitzenden im oberbayerischen Bezirkstag machte Klaus Weber von der LINKEN den Vorschlag, im Jahr 2021 oder 2022 gemeinsam einen Besuch in der Gedenkstätte des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz zu machen. Als Begründung nannte er die von den Nazis Vernichteten, unter denen sich auch bayerische Juden, Kommunisten und andere Verfolgte befinden.

AfD-Bezirksrat Rainer Groß (Mitarbeiter der Bayerischen Landesbank) erwiderte darauf: „Dann können wir auch nach Tannenberg fahren“.

Zu Tannenberg gibt es zwei historische „Daten“: Tannenberg auf dem Kniebis im Schwarzwald war im Jahr 1940 das Führerhauptquartier für Adolf Hitler; Tannenberg war auch der Schauplatz einer deutsch-russischen Schlacht im Ersten Weltkrieg, bei der die Deutschen den Sieg davontrugen.

Mit der Verhöhnung der Opfer der deutschen Faschisten und dem Wunsch, anstatt Auschwitz einen Ort aufzusuchen, der für deutsche Militaristen und die Nazi-Anhänger bedeutsam ist, zeigt die AfD, dass sie der Leitlinie ihres Parteivorsitzenden folgen will, der meinte: „Hitler und der Nationalsozialismus waren nur ein Vogelschiss in der 1000-jährigen deutschen Geschichte“.

Die SPD-Vertreterin Irmard Hofmann hatte volles Verständnis für den AfD-Kollegen und nahm ihn in Schutz mit den Worten:

„Wer hat denn angefangen mit der Provokation?“ Die SPD wird erklären müssen, wieso der Wunsch, gemeinsam Auschwitz zu besuchen, eine Provokation sein soll.

diese Ziele (antikapitalistische Politik; Unterstützung befreienden Handelns und Denken, statt Anpassung an die Herrschenden; radikale demokratisierende Forderungen in den Gremien etc.) können wir ein paar „Reförmchen“ aus dem Ganzen „rausholen“. Entscheidender als tausend Seiten Papier ist jeder konkrete Schritt, mit dem wir dazu beitragen, dass deutlich wird: Das ökonomische System und dieser scheindemokratische Staat bilden ein Herrschaftsgeflecht, in dem wir Zusammenhänge aufzeigen und die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellen.

Was mit dem Einzug der AfD tagtäglich in den Gremien nötig ist: kein Händeschütteln mit Nazis; ihnen und den Kolleg_innen der anderen Parteien deutlich machen, dass diese Partei einen „Vernichtungskern“ in sich trägt („Wir werden die CSU jagen und schlachten). Im antifaschistischen Arbeiten können wir kreativ und mutig zeigen, wo die Grenzen verlaufen. CSU, SPD und Freie Wähler müssen sich ihren Standpunkt erst erarbeiten – Wegschauen und Harmonisieren werden wir skandalisieren (siehe Kasten oben). □

Das Milliardengeschäft mit dem Fußball:

Süßer die Kassen nie klingeln – die UEFA-FIFA-Connection

Warum muss die Landeshauptstadt noch Millionen zum Milliardengeschäft dazu tun?

Von Jürgen Lohmüller

Gianni Infantinis geplanter – oder doch nicht? – Deal, für schlappe 25 Milliarden Dollar so gut wie sämtliche Rechte an bestehenden „Fußball-Formaten“ und an noch geplanten Formaten an einen dubiosen Fonds von Investoren zu verhöckern, machte nun auch den letzten Fans des Fußballsports deutlich: Es geht längst nicht mehr um Sport und Wettbewerb, es geht um viel Geld, um Macht und Einfluss. „Sport“-Funktionäre, renditehungrige Investoren, aber auch Staatenlenker gehen eine unheilige Allianz ein. Daher titelt die FAZ am 17. November 2017 (damals noch im Sportteil) über den gerade laufende FIFA-Prozess in Brooklyn/New York: „Der Vergleich mit der Mafia ist durchaus berechtigt!“ Erstmals war ein Insider, der Argentinier Alejandro Burzaco, bereit, umfassend vor Gericht auszusagen – nicht ohne dabei mit dem Tod bedroht zu werden – von einem der angeklagten Funktionäre! Und hier in Europa? Ein Sprung in den Herbst 2018: Der DFB hat den Zuschlag für die EM 2024 von der UEFA erhalten, prompt gründen beide Verbände eine neue GmbH – Arbeitstitel „EM-GmbH“ – „über die das milliardenschwere Veranstaltungsgeschäft mit der EM laufen soll.“ (FAZ vom 29. September 2018, nun im Teil Wirtschaft/Unternehmen). Und schon sind wir in der Landeshauptstadt, denn wir haben für die Durchführung einiger weniger Spiele unter dem Logo „UEFA-EURO 2020“ bereits 14 Mio. Euro genehmigt, ganz nach den Anforderungen des 2014 unterzeichneten „Host-City-Agreements“. Und für die „UEFA-EURO 2024“ wird's kaum billiger! Beginnen wir mit Gianni Infantinos geplantem Deal. Die SZ veröffentlichte Dokumente, die zeigen, dass Infantino wohl schon seit einem Jahr mit einem Investoren-Konsortium verhandelt, „Project Trophy“ heißt das Bab. Verhandelt wird dabei mit den Investmentfirmen „SB-Investment Advisors Limited (SBIA)“ und die Londoner „Centricus Partners LP“. Dahinter wiederum stehen der japanische Internetkonzern „Softbank“, Anleger rund um den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman (!), aus Qatar und nicht zuletzt die chinesische Alibaba-Gruppe (FAZ, 16.6.18). Diese Investoren schlossen sich zur gemeinsamen Firma „Fifa Digital Corporation FDC“ zusammen. Von einem „dubiosen Konsortium“ spricht der Strafrechtler Mark Pieth (SZ, 19.11.18), dessen Aufsichtsratschef nun auch noch Infantino selbst wird. Die SZ zitiert dabei aus einem ihr vorliegenden „Term Sheet“ (Arbeitspapier für einen Vertrag), demzufolge die FDC „Inhalte und geistige Eigentumsrechte an bestimmten bestehenden und zukünftigen Fifa- und

anderen Fußballturnieren erwerben“ dürfe. Rechte verkaufen, die man gar nicht hat bzw. nicht anbieten darf – keine schlechte Geschäftsidee!

Bei der Aufzählung dieser Rechte im Term-Sheet öffnet sich ein interessantes Fenster zu den Geschäften, für die der Fußball wohl nur noch die Hintergrund-Folie darstellt: Es geht um „alle Digital- und Archivrechte, Filme und Videos, Satelliten- und Netzübertragungen, Merchandising und Spielrechte, Produktionen in HD und 3-D-Format, Computerspiele sowie jedes andere Format, das noch weltweit entwickelt wird.“ Ob Infantino ob dieser obskuren Geschäfte nun ins Visier der Schweizer Justiz gerät – vorbeugend hatte er einen Schweizer Oberstaatsanwalt schon mal per VIP-Ticket zur WM nach Russland eingeladen – mag für uns Münchner eher marginal sein, denn auch wenn eben dieser Infantino seinerzeit als UEFA-Funktionär das Host-City-Agreement mit unterzeichnet hat, nach Auskunft der Rechtsabteilung des Direktorium der Landeshauptstadt auf eine Anfrage der LINKEN, ist diese Vertragsbindung mit der Institution UEFA abgeschlossen und wird daher durch möglicherweise kriminelles Handeln einzelner nicht tangiert.

Wo solche Summen im Spiel sind, geht es nicht ohne Hauen und Stechen zwischen den verschiedenen Verbands- und Kapitalfraktionen. So ist die Fifa durch langfristige, bis 2030 laufende, Verträge mit Adidas (auch eng mit der UEFA als Sponsor verhandelt), mit dem chinesischen Mischkonzern Wanda und schließlich auch dem Coca-Cola-Konzern verbunden.

Auch die UEFA lässt sich so glatt nicht die profitable Butter vom Brot nehmen. So sieht der UEFA-Chef Aleksander Ceferin aus Slowenien, „selbst Vorsteher einer üppig wirtschaftenden Organisation“ (FAZ, 16.6.18), plötzlich „die Seele des Spiels in Gefahr“ – durch diesen 25-Milliarden-Dollar-Deal der Fifa! Gemeinsam mit Andrea Agnelli (ja, der Fiat-Agnelli, er wurde von der Familie zum Fußball abkommandiert und steht der europäischen Klubvereinigung ECA vor) erteilte er diesem Deal mit dem Investorenkonsortium FDC eine „scharfe Abfuhr“, berichtet die SZ vom 21. November 2018. Schließlich will sich niemand das profitträchtige Format „UEFA EURO“ kaputt machen lassen, man will also auch keine „europäische Superliga“ – oder doch? Immerhin berichtet die SZ von einem ominösen Dokument, das bei Real Madrid aufgetaucht sei, das sich mit eben einer solchen Superliga befasst, das aber andererseits gar nicht existiert. So heftig Ceferin auch beschwört, dass die Zeit der Geheimdeals vorbei sei, so wenig mag man glauben, dass nicht heftig um die Milliarden gerungen wird, sei

es nun mittels einer Klub-WM, die über einen Privatfonds läuft oder über eine europäische Superleague, die sich die UEFA-Connection an Land zieht.

Claudio Catuogno zieht in seinem Kommentar in der Süddeutschen vom 19. November das Fazit „Der Fußball wird von seinen Instanzen gern als Beitrag zur Völkerverständigung gepriesen ... und das gar nicht immer zu Unrecht. Doch zugleich balanciert der Fußball längst auf der Kante zur dunklen Seite, er zieht Geschäftemacher und Gesindel und organisiertes Verbrechen an.“

Und wie die Spinne im Netz sitzt still und stolz im Hintergrund im fränkischen Kleinstädtchen Herzogenaurach der Adidas-Konzern. Er hat sie alle unter Vertrag, die Verbände, die Mannschaften und viele Spieler. Bei der WM in Russland sponserte Adidas zwölf Teams, schärfster Konkurrent auf dem Weltmarkt, der US-Riese Nike, schaffte nur zehn und der feindliche Bruder Puma nur ganz vier Mannschaften. Allein um seine neue Fußballschuh-Serie mit den martialischen Namen „X18“, „Predator“ und „Nemeziz“ zu vermarkten, wurden Thomas Müller vom FCB

und Julian Draxler von PSG Paris St. Germain als „Markenbotschafter“ verpflichtet. Und die nächste Kollektion für Frühjahr/Sommer 2019 sei so gut wie fertig, zitiert die SZ vom 4. Juli 2018 die Adidas-Managerin Celine del Genes „die EURO habe ich schon im Kopf und den Blick auf das Jahr 2020 gerichtet.“ Dann kann ja nichts mehr schief gehen.

Adidas-Vorstandsvorsitzender Kasper Rorsted feiert sich denn bei der Vorlage des Jahresabschlusses 2017 im Frühjahr (FAZ vom 15. März 2018) mit einem „Cocktail glänzender Zahlen“, so einer um 30 Prozent gestiegenen Dividende, einem um fast 15 Prozent auf über 21 Mrd. Euro gestiegenen Umsatz – ungefähr 2,5 Mrd. kommen dabei vom Fußball – und schließlich stieg der Konzerngewinn von 1020 Mio. um 7,9 Prozent auf 1,1 Mrd. Euro! Und für 2020 werden weitere Steigerungen angepeilt: Die operative Umsatzrendite steigt dann wohl auf 11,5 Prozent, 2016 lag sie noch bei schlappen 8,6 Prozent! Was sind da die kleinen Deals der Infantinos und Ceferins! Nur warum braucht es für diese Gelddruckmaschine auch noch der 30 Millionen aus der Schatulle der Münchner Steuerzahler? □

Sport, Gesellschaft, linke Politik – Thesen

Sport wird benutzt und genutzt von den Herrschenden und gleichzeitig kann er Ort für Gegenstrategien sein.

Von Klaus Weber (Bezirksrat Oberbayern)

Wie alle Lebensbereiche ist auch das Feld des Sportlichen voller Widersprüche. Auf der einen Seite seine Funktion als Ablenkungsszenario, als ideologischer Staatsapparat (Althusser), der die Subjekte in eine psychosoziale Ordnung bringen soll; auf der anderen Seite als Feld, in dem auch fortschrittliche Interessen ihren Ausdruck finden (anti-rassistische und solidarische Fankulturen, Sportangebote in Vereinen, die der Warenförmigkeit nicht unterliegen). Sport wird benutzt und genutzt von den Herrschenden und gleichzeitig kann er Ort für Gegenstrategien sein.

Völkische und nationalistische Gruppen und Parteien* ...

... sehen im Sport einzig seine Funktion für nationale

Ziele, nach innen wie nach außen: Nicht selten wird der gesunde Volkskörper (public health hört sich nur besser an, meint aber nichts anderes) für die Subjekte und die Identität mit der eigenen (Sport-)Nation in Konkurrenz mit anderen „Völkern und Nationen“ zum alleinigen Ziel sportlichen Tuns erklärt. Wenn die AfD in ihren Sportpolitischen Thesen vom August 2018 propagiert: „Eine wichtige Aufgabe des Sports ist es, zur Gesundheit, zur Leistungsfähigkeit und zum Wohlbefinden des Volks beizutragen“, dann werden die Sportssubjekte bereits als Erfüllungsgehilfen eines völkisch grundgelegten Ziels verstanden. Die Zurichtung der Sportssubjekte in Hinblick auf sichtbare Merkmale wie Leistung und körperliche Gesundheit reicht den faschistischen Denkern jedoch ▶



Die **LÖWENFANS GEGEN RECHTS** sind eine Initiative von Fußballfans des TSV 1860 München. Wir stehen für eine tolerante, lebendige und bunte Fanlandschaft, in der Rassismus,

Homophobie, Sexismus und Repression keinen Platz haben. Unser Engagement richtet sich deshalb zum einen gegen Neonazis im Stadion, denen wir den Aufenthalt hier so unbequem wie möglich machen wollen. Direkte Intervention etwa bei diskriminierenden Gesängen gehört dabei genauso zu unseren Mitteln wie die Sensibilisierung von Fans und Vereinsoffiziellen.

Unser Einsatz geht allerdings auch weit über die Fankurven hinaus: Wir veranstalten und besuchen Podiumsdiskussi-

onen, Lesungen, (Soli-)Konzerte, Stadtführungen, Demonstrationen und Ausstellungen zu entsprechenden Themen. Wir nehmen mit unserem Fußballteam an Turnieren teil (z.B. Mondiali Antirazzisti, Ute-Bock-Cup) und sind in verschiedenen Bündnissen (B.A.F.F., FSE, FARE u.a.) aktiv. 2009 wurden wir mit dem Julius-Hirsch-Preis, 2015 mit dem Münchner Bürgerpreis für Demokratie – gegen Vergessen ausgezeichnet.

Für weitere Infos besucht unsere Website oder kommt am besten zu unserem offenen, monatlichen Stammtisch, der jeden ersten Dienstag im Monat im Fanheim an der Herzogstandstraße stattfindet.

Website: www.lfgr60.de

Facebook: www.facebook.com/lfgr60.de

▷ nicht; auch die „inneren Werte“ müssen stimmen: „Geradlinigkeit, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Gemeinschaftssinn“ sind in den Subjekten liegende Voraussetzungen, um eine „deutsche Identität“ bzw. „eine positive Identifikation mit der eigenen Nation“ ausbilden zu können. Dieselben Thesen zu Sport und Volk finden sich in „Mein Kampf“ von Adolf Hitler: „[...] so muß ... die Erziehung zuallererst die körperliche Gesundheit ins Auge fassen und fördern; denn in der Masse genommen wird sich ein gesunder, kraftvoller Geist nur in einem gesunden und kraftvollen Körper finden. [...] besonders die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit ... körperlich gesunder Mensch mit gutem, festem Charakter, erfüllt von der Entschlußfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist als ein geistvoller Schwächling“ (Bd. 1, 268; Bd. 2, 45/46).

* (weitreichende Überschneidungen bestehen auch zu CSU, CDU und SPD)

Wenn linke Politik in das Sportliche intervenieren will, dann nur unter folgenden Voraussetzungen:

- Ablehnung aller Großveranstaltungen, die als Eventmaschinen zur Bereicherung der Sport-Eliten (IOC, FIFA, UEFA) beitragen – Förderung aller Veranstaltungen, die dem Breitensport, dem Kennlernen von Menschen verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen dienen.
- Sportliche Veranstaltungen sind international, interkonfessionell und inklusiv zu gestalten. Ablehnung aller patriotischen und nationalistisch-völkischen Propaganda („Sport tut Deutschland gut“, Deutscher Sportbund) – Förderung von Leistung ohne Siegesnorm, Genuss & Freude anstatt Medaillenhetze sowie Kooperation und Sozialverhalten anstatt Leistungswahn.
- Etablierung und Erweiterung sozialer Sporttreffen, die die Grenzen des üblichen Sportdenkens überschreiten: Unterstützung von Boule (Boccia)-Treffpunkten durch Ausweisung von geeigneten Plätzen, Förderung eigeninitiativer Körper- und Kopfbewegung an Schulen und anderen Institutionen (Rollstuhlfahrer und Fußgeher überqueren die Alpen; Schach statt Smartphone; Selberspielen statt Sportschaugucken etc.).

Zur Begründung

1. Das Sportliche ist ein zentraler Bereich, um die Subjekte in die Ordnung einer kapitalistischen Produktions- und Arbeitsweise ideologisch einzubinden. Dabei sind zwei Ebenen deutlich voneinander zu trennen: Sportliche Betätigung und Konsum von sportlichen Veranstaltungen live oder über die „Blödmaschine“ (Georg Seeblen) Fernsehen.

2. Im Sportlichen bündeln sich eigene körperliche Erlebnisse (z.T. aus Familien-, Kindergarten- und Schulzeiten), die weitgehend in institutionellen Zusammenhängen erfahren wurden, die wiederum –

wie in der Schule – von den Subjekten halb freiwillig oder unfreiwillig aufgesucht werden. Fast alle sportlichen Aktivitäten finden in diesen institutionellen Zusammenhängen in einem hierarchischen Ordnungssystem statt: mit Trainern, Führern (Berg) und Abteilungsleitern wie Vorsitzenden in Vereinen.

3. Die „Freiwilligkeit“ für sportliche Betätigung hat zumeist „gesellschaftliche“ Hintergründe, die selten thematisiert werden: Eltern sind froh, wenn sie ihre Kinder zeitweise „loswerden“ können; Sport wird als Teil einer sinnvollen gesunden Lebensführung betrachtet; im Sport wird vieles „gelernt“, was in den Familien nicht mehr möglich ist: vom Putzen des Fußballschuhs bis hin zur Kooperation mit anderen in Bezug auf Spielzüge und Auswechselrituale. Gelernt wird aber auch: Sieg ist besser als Niederlage; Fairness ist meist nachteilig für die eigene Mannschaft; die „Schwachen“ und Behinderten verhindern Siege – auch deshalb gibt es Paralympics und ähnliches, bei den Behindertenverbänden aus guten Gründen umstrittene Veranstaltungen.

4. Sport und Arbeitswelt stehen – sowohl für die Aktiven als auch für die Bilderkonsument_innen – in keinem Zusammenhang. Lediglich bei der Wahl der Trainingszeiten (bzw. Sendetermine) muss auf die Kernarbeitszeiten Rücksicht genommen werden. Bei der Mediennutzung ist dies durch die Einrichtung von Mediatheken und also flexiblen zeitlichen Sehzeiten obsolet geworden. Ideologisch gilt jedoch nach wie vor (für die Passivnutzer_innen): Neben dem notwendigen „Brot“ (Lebensunterhalt) werden „Spiele“ (ideologisches Futter) organisiert, um die realen gesellschaftlichen (v.a. ökonomischen Verhältnisse) für die Subjekte erträglich zu machen.

5. Die Warenförmigkeit im Freizeit- und Kulturbereich ist weit vorangeschritten: Sportliche Events haben die sportlichen Aktivitäten meist nur noch als Begleitprogramm. Das Rahmenprogramm (von Fußballspielen und Skirennen bspw.) ist – nicht nur für die ökonomischen und ideologischen Profiteure – wichtiger denn je. In vielen Vereinen werden bereits Kinder und Jugendliche für geschossene Tore „entlohnt“; die großen Vereine sind entweder Aktiengesellschaften oder gehören weitgehend Firmenbesitzern, welche diese Vereine als „Hobby“ betreiben, um ihr ödes Dasein als „Charaktermaske“ des Kapitals aufzupeppen. Sportler sind Ware geworden: Bei Abnutzung (Verletzung) werden sie ausgesondert, auf dem Weltmarkt werden sie über Schleuser (oft: Spielerberater genannt) in Länder verschoben, in denen sie in einer Parallelgesellschaft leben: materieller Reichtum gepaart mit geistiger und alltagswirklicher Verarmung.

6. Die großen Sportverbände (DOSB, FIFA, UEFA, IOC, DFB etc.) haben sich zu eigenständigen Schaltstellen und Korruptionszentralen entwickelt, die – meist ohne staatliche und juristische Kontrolle – Finanzströme kontrollieren, Sportler_innen-Interes-

sen über finanzielle Anreiz- und Belohnungssysteme kanalisieren sowie dafür sorgen (über Bestechungsgelder etc.), dass die Nationalstaaten und ihre Politiker_innen ihrem Interesse entgegenkommen.

7. Marx schreibt 1844 in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten (MEW 40, 516/517) dass die Lohnarbeit in ihrer arbeitsteiligen Form im Kapitalismus den Menschen sich selbst, seiner Gattung, seinem Körper und dem anderen Menschen entfremdet. Diese vier Entfremdungsdimensionen gelten nicht nur für die Lohnarbeit. Das, was früher Freizeit war und heute zu einer marktförmigen Sportevent-Kultur geworden ist, verlangt von den in ihr agierenden Sportler_innen exakt dasselbe:

- a) Sport ist nicht für mich, sondern ich werde in den Dienst genommen durch die Logik des Sports;
- b) sportliche Wettkämpfe sind nationalistisch und nicht selten rassistisch grundlegende Kämpfe, in denen die Lust und der Genuss, sich mit einem anderen

Menschen zu messen, verloren ging;

c) Sportler_innen-Körper sind Hochleistungsmaschinen, die weitgehend mit medikamentöser Unterstützung funktionieren, und der aus Gründen der Profitlogik und Höchstleistungs-Ideologie ruiniert wird;

d) die Zerstörung der sozialen Fähigkeiten von Sportler_innen wird erst deutlich, wenn sie ihren „Raum“ verlassen: Beziehungs- und Ehedramen, Suchtmittel- und Medikamentenmissbrauch und Kontakte zur weltweiten Sportmafia sind nur die weithin wahrnehmbaren (und von der Medienindustrie gefeierten, weil umsatzsteigernden) Szenarien. Doch hinter den Becker- wie Beckenbauer-Dramen zeigt sich nur eins: Sport unter kapitalistischen Verhältnissen zerstört die Persönlichkeit. Auch hier kann – ein Marx-Zitat abändernd – gesagt werden: Sportler_innen, die ihr Menschsein gewinnen wollen, müssen das Arbeits- und Lebensregime der Unglücksmaschine Kapitalismus zerstören. Dann, und nur dann, wird Sport genussvoll, sozial und menschlich sein. □

JOUR FIXE: Sportperspektive München

Von Johannes Kakoures

Sehr zahlenlastig geprägt war der Jour Fixe der Stadtratsgruppe der Münchner Linken am 16.10.2018. Dies war jedoch kein Wunder, ging es doch um die Sportperspektive der Stadt München und beim Sport kommt es bekanntlich im unteren Zahlenbereich auf Hundertstel- oder gar Tausendstelsekunden an, während auf dem anderen Ende des Zahlenstrahls Millionensummen nur eben nicht in Sekunden, sondern in Euro im Spiel sind. Die ersten Zahlen wurden von Stadtrat Çetin Oraner bereits in seiner Einführung genannt. So teilte er mit, dass es im Gebiet der Stadt München ca. 750 Sportvereine gebe und die Stadt den Sport insgesamt mit ca. 70 Millionen Euro fördere, davon alleine 4 Millionen Euro für die Kinder- und Mädchenförderung. Das wolle die Linke auch. Anders sehe es bei Projekten wie der Fußball-EM 2024 aus, die man nicht mittragen werde. Als Linke stelle man vielmehr die Fragen, ob wir den Kommerz im Sport brauchen und ob der Hochleistungssport wirklich eine so große Vorbildfunktion habe, wie oft angenommen. Eingeladen hierzu war Michael Asbeck, Leiter der Abteilung Vereinsförderung im Sportamt der Landeshauptstadt München. Dieser beschrieb seine Arbeit als sehr „breitensportlastig“. So sei seine Abteilung neben der Vereinsförderung auch für Aktivitäten unter dem Schlagwort „Sozialer Sport“ und das Sportprogramm der LHM zuständig. Er erlebe das von Oraner ange-deutete Spannungsverhältnis zwischen Defiziten im Breitensport und Geld, das für irgendwelche Events ausgegeben wird, tagtäglich. Seine Aufgabe sehe er weniger darin, „den Rubel rollen zu lassen“, sondern Kindern glückliche Momente zu ermöglichen.

Sportförderung als freiwillige Aufgabe

Die rechtlichen Grundlagen für diese Tätigkeit seien

aber sehr dürftig. Tatsächlich findet sich in der Gemeindeordnung kein Wort zum Thema Sport. Auch in der bayerischen Verfassung sei nur an einer Stelle etwas antiquiert von „Leibesübungen“ die Rede. Daraus werde deutlich, dass es sich beim Sport um eine rein freiwillige Aufgabe der Kommunen handle, so dass weder Vereine noch Verbände, weder aus dem Breiten- noch aus dem Leistungssport irgendwelche Rechtsansprüche auf Förderung geltend machen können, auch wenn diese es teilweise anders sehen. Anders sei dies nur im Schulsport, für den im Wesentlichen die Länder zuständig seien. In der Rechtspraxis habe sich jedoch eine Aufgabenverteilung durchgesetzt, wonach der Bund im Wesentlichen für den Sport „mit repräsentativen Charakter“ zuständig sei, also den Spitzensport und die Durchführung sehr großer Events.

Die Länder haben mit dem Schulsport eine hinreichend große Aufgabe, sodass die Kommunen vor allem für die Förderung des Breiten- und Freizeitsports zuständig sind. Die strategischen Grundlagen der Arbeit seiner Abteilung finden sich im „Leitbild Sportstadt München 2020“, ein Sportentwicklungsplan mit Mittel- und kurzfristiger Planung. Die Leitlinien dieser Planung werden derzeit weiterentwickelt.

München – die Breitensportstadt

Die sich aus dem Leitbild ergebenden Handlungsfelder seien durchaus vielfältig: Die Stadt sei tätig für Sportstätten, Vereine, die Themen Inklusion und Integration im Sport, den sogenannten informellen Sport, Gesundheitssport und in engen Grenzen auch im Leistungssport. Empirische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Leitlinien haben ergeben, dass München DIE Breitensportstadt in der Bundesrepublik ist. Man habe einen Organisationsgrad von 39 % in den Vereinen, wobei aber zu berücksichtigen ist, dass nur insgesamt 20 ▶

▷ Prozent des gesamten aktiven Sports innerhalb von Vereinen betrieben wird. Dass sich die Stadt nicht nur um den Vereinssport kümmern kann, ergibt sich schon daraus, dass viele Aktivitäten des sogenannten informellen Sports zwar abseits der Vereine, aber durchaus im öffentlichen Raum, also auf Straßen, Plätzen und Parkanlagen, ausgeübt werden. Die von Oraner genannte Summe von 70 Millionen Euro Förderung im Jahr kann aufgeteilt werden in 40 Millionen Euro konsumtiver Ausgaben, im Wesentlichen also Zuschüsse an die Vereine, sowie 30 Millionen Euro Investitionen. Damit liege auch der Investitionsgrad deutlich über dem anderer Städte. Neben Investitionen in beispielsweise sechs neue Betriebsgebäude auf Bezirkssportanlagen gebe es derzeit auch eine Reihe von besonderen Projekten, so etwa die Olympiaregattaanlage, das Dante- und Grünwalder Stadion und den Siemens Sportpark. Unsicher sei, was mit dem Gelände der Allianz auf die Stadt zukomme. Von den gesamten Ausgaben der Stadt für die Förderung des Sports entfallen mit ca. 1 Millionen Euro gerade mal 1,5 % auf den Leistungssport. Im Vergleich gebe der Freistaat Bayern für den Breitensport 40 Millionen Euro und für den Leistungssport 10 Millionen Euro aus. Es handele sich also um knapp 20 % für den Leistungssport. Allein für die EM 2024 werde der Freistaat ca. 14 Millionen Euro ausgeben müssen. Auch dies sei noch überschaubar, vergleiche man es etwa mit den Ausgaben des Staates Berlin, der für die Leichtathletik-WM 34 Millionen Euro investiert hatte. Auf Nachfrage gab Asbeck zu, dass in den genannten Ausgaben beim Freistaat die Kosten für den Schulsport noch nicht integriert sind.

Sportsoziale Themen

Hinsichtlich der sportsozialen Themen gab Asbeck an, dass ihm vor allem die Schulung von Übungsleitern wichtig sei. Die Stadt habe sich hier vorrangig darum bemüht, Frauen mit Migrationshintergrund als Übungsleiter zu gewinnen, da diese Gruppe noch deutlich unterrepräsentiert ist. Als Aufgaben im Bereich des informellen Sports nannte Asbeck die Ermöglichung von Freizeitsport von Trend- und Actionsportarten, die Veranstaltung von Festivals und den Erhalt von Fitnessparcours und legte besonderen Wert auf eine sogenannte Schwimloffensive. Letztere sei von besonderer Bedeutung. Man habe in den achtziger Jahren noch eine Schwimmfähigkeit von 80 % gehabt. Mittlerweile seien es nur noch 46 %.

Vorsicht beim Leistungssport

In einem etwas umfangreicheren Block ging Asbeck auf die Frage ein, warum sich die Stadt überhaupt mit der Förderung von Leistungssport beschäftige. Nach allgemeiner Ansicht erhoffe man sich davon Wirkungen für das Stadtmarketing, die Standortförderung und den Tourismus. Neben diesen für die Stadt positiven Effekten erhoffe man sich Impulse für den Breitensport, eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit der Stadt sowie eine gewisse Wertevermittlung. Asbeck wies darauf hin, dass bei aller berechtigten Kritik, die man beispielsweise am DFB

haben kann, dieser umfangreiche Kampagnen gegen Rassismus und für Vielfalt durchgeführt hätte. Auch wenn die Wirkungen nicht zu messen seien, waren diese Kampagnen jedenfalls nicht zu übersehen. Das Konzept für die Leistungssportförderung sei in einem Beschluss des Stadtrates vom 16. Dezember 2016 festgelegt. Es stelle sich die Frage, ob die Stadt überhaupt Leistungssport fördern dürfe. Dies sei nur dann der Fall, wenn der Nachweis erbracht werde, dass die Förderung mittelbar oder unmittelbar Nutzen für das Gemeinwohl schafft. Daraus folge, dass eine Förderung jeweils nur anteilig und nur in einer Höhe, die in angemessenem Verhältnis zu höherwertigen Aufgaben stehe, erfolgen dürfe. Im Ergebnis müsse die Leistungssportförderung dem Breitensport immer untergeordnet sein. Eine Förderung des Profisports sei ein absolutes Tabu für die Stadt. Bei der Auswahl der zu fördernden Sportarten, habe die Stadt ein sehr ausdifferenziertes Analyseverfahren, bei dem klassische Profisportarten wie Basketball oder Fußball von vornherein nicht in Betracht kämen. Vielmehr hätten nur sogenannte Top- und Potenzialsportarten mit guten Strukturen eine Chance. Beispielsweise habe die Stadt die Förderung von Eissportarten geprüft, jedoch wegen der in keinem Verhältnis zum Nutzen stehenden Kosten abgelehnt. Eine absolute Ausnahme seien daher Förderungen von Baumaßnahmen im Bereich des Leistungssports.

Events und Großveranstaltungen

Ein weiterer ausführlicher Block war den Sportgroßveranstaltungen gewidmet, wobei Asbeck betonte, dass München auch Ausrichter vieler, dem ganz großen Medieninteresse entzogener, mittlerer Sportveranstaltungen ist. Große Ereignisse waren etwa die Leichtathletik-WM 2002, die damals die Stadt noch 600 000 Euro gekostet hatte. Bei der Fußball-WM waren es dann 4,8 Millionen Euro und alleine das Champions-League-Finale hatte ca 1,3 Millionen Euro ausgemacht. Allerdings lege die Stadt mittlerweile großen Wert darauf, dass, wenn solche Großevents gefördert werden, auch eine fundierte Evaluation stattfindet. Besonders das Champions-League-Finale wurde damals sehr sorgfältig ausgewertet. Immerhin wurde in der Stadt damit ein Umsatz von 45 Millionen Euro erzielt. Zudem hat die Stadt versucht über Mitmachangebote im Rahmenprogramm eine dauerhafte Aktivierung für den Sport zu erreichen. Tatsächlich konnte danach auch ein größerer Zulauf zu den Vereinen beobachtet werden. Schwer messbar ist allerdings, wie nachhaltig solche Effekte sind und welche gesundheitlichen und sozial-integrativen Wirkungen bleiben. Asbeck betonte, dass auch nicht jeder Sport gesund sei.

Fazit: alles angemessen

Asbeck schloss mit der These, dass er davon ausgehe, dass die Stadt ein durchaus angemessenes Verhältnis in der Förderung von Breiten- und Leistungssport pflege. Tatsächlich fällt es nicht leicht, nach dem Vortrag eine wirklich scharfe Kritik an der Sportpolitik der Stadt München zu führen. □



Löwen-Fans pilgern den Candidberg hinauf ins Stadion, natürlich verbunden mit temporären Beeinträchtigungen des Verkehrs.

Foto: Anne Wild

1860 und Giesing in der 3. Liga: Freudenfeste und Anwohnerproteste

Von Dr. Markus Drees, Freunde des Sechz'ger Stadions e.V. (FDS)

Nach dem sensationellen Aufstieg im Mai ging es bei 1860 darum, sich möglichst schnell in der Liga zu etablieren. Dies ist mit einem Mittelfeldplatz bisher halbwegs geglückt. Bei den Auswärtsfanzahlen ist 1860 zudem der Krösus der Liga. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Stadionerweiterungspläne oder mögliche Umbauten, um eine Zweitliga-Tauglichkeit zu erreichen, sind scheinbar ins Stocken geraten. Einige Anwohner würden am liebsten gar keinen Profifußball in Giesing mehr sehen.

Saisonstart mit Höhen und Tiefen

Nach dem 0:1 im zuschauerträchtigen Startspiel (siehe letzte Ausgabe von mitLINKS) trat man zur Heimspielpremiere an. Zum Spiel gegen die Sportfreunde Lotte pilgerten erstmals 15 000 Zuschauer auf den Giesinger Berg. Man fühlte sich an die glorreichen Heimspiele aus der Regionalliga erinnert. Der in allen Belangen unterlegene Gegner wurde mit 5:1 nach Hause geschickt, das Giesinger Märchen ging gleich in die Verlängerung. Doch die ersten Heimmiederlagen kamen bald. Gegen Uerdingen verlor man trotz Überlegenheit durch ein Tor in der Nachspielzeit mit 0:1. Danach spielte man im Pokal gegen den klassen höheren Zweitligisten Holstein Kiel. Nach einer frühen Löwen-Führung drehten die Gäste am Ende das Spiel und gewannen 1:2. Doch auch 1860 konnte noch siegen, gegen Cottbus gab es ein 2:0. Dann folgte eine Durststrecke mit vielen Unentschieden aber auch einer Niederlage gegen Wehen zur Wiesn-Zeit. Die Serie endete mit einem 2:0 gegen Braunschweig schon tief im Oktober. Braunschweig ist ein Symbol für die

Unberechenbarkeit der 3. Liga. Als Absteiger mit dem teuersten Spielerkader unterwegs, ist man nach der Hinrunde weit hinten in der Tabelle und muss sich Sorgen um einen Verbleib im Profifußball machen. Gegen Halle gab es trotz 70 Minuten in Überzahl nur ein 1:1. Alle Spiele waren mit 15 000 Zuschauern ausverkauft. 1860 rangiert, hinter den beiden Absteigern aus der Vorsaison Kaiserlautern und Braunschweig, auf Platz 3 der Zuschauer-Heimtabelle.

Auswärts gab es meist respektable Unentschieden gegen Teams, die eher auf den Aufstieg schielen. Gegen Meppen aus der unteren Tabellenhälfte wurde jedoch nach einem schwachem Spiel 0:1 verloren. Bei der Anzahl der Gästefans ist 1860 klar die Nummer 1. Mehr als 3 000 Fans begleiten die Löwen durch die Republik.

Trotz einiger Negativerlebnisse hat man den Eindruck, dass 1860 in der Liga mithalten kann. Ein Mittelfeldplatz ist nach dem Chaos der letzten zwei Jahre durchaus zufriedenstellend.

Stadiondiskussion in der Stadt und in Giesing

Bei der Verwaltungsratswahl wurden mit Verena Dietl und Gerhard Mayer zwei Stadträte der SPD-Fraktion in das Gremium gewählt. Beide hatten kurz zuvor einen Antrag gestellt, dass die Stadt eine Zulassung von 18 600 Zuschauer im Grünwalder Stadion prüfen sollte. In der Schwebe ist immer noch eine bereits im November 2017 gestellte Anfrage der CSU-Fraktion, für welche Kapazität das Stadion denn überhaupt in der jetzigen Form maximal zugelassen werden kann. Wie man sieht, ist die Beantwortung dieser scheinbar



Löwen-Fans feiern im Stadion nach dem geschafften Aufstieg in die 3. Liga.

Foto: Anne Wild

▷ simplen Frage hoch komplex, wenn sie schon über ein Jahr dauert. Die Verwaltung verwies auf Januar, um sich zu diesen Fragen zu äußern.

Der Bezirksausschuss 18 (BA 18) war bereits wegen der Erhöhung von 12 500 auf 15 000 Zuschauern vor dem Saisonstart auf die Stadt sauer, weil man sich zu wenig eingebunden gefühlt und es auch keine Bürgerbeteiligung gegeben hatte. Die Stadt argumentierte damit, dass die Kapazität ja nur im Bestand erhöht würde und die Grenzwerte für Lärm nach geringen Baumaßnahmen (Lärmschutzwände an Zäunen und Eingängen sowie an den Wänden im Osten und Süden des Stadions eine Erhöhung der Wände durch Metallplatten) weiterhin eingehalten würden.

Der Bezirksausschuss warnt nun vor weiteren Kapazitätserhöhungen und bittet um einen runden Tisch zwischen 1860, den BAs 17 und 18, der Stadtverwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern und Faninitiativen, um die Situation für alle Beteiligten zufriedenstellend zu lösen.

Im Herbst kursierte ein anonymes Schreiben, in dem sich angeblich besorgte Anwohnerinnen und Anwohner über Lärm bei der An- und Abfahrt der Fans, aber auch während des Spiels sowie über „Wildbieseln“ und eine Beeinträchtigung des Verkehrs beschwerten. Sie versuchten, Gleichgesinnte zu finden, um eine Erweiterung des Stadions zu verhindern. Mit einem Beitrag in der Sendung „quer“ versuchte das Bayerische Fernsehen beide Seiten zu beleuchten. Eine Anwohnerin wurde mit den Worten zitiert, dass „sie ja schon seit 1978 dort lebe, aber es noch nie so schlimm gewesen wäre. Wie kann das sein, wenn in Giesing in den 1990er-Jahren mit 28 500 Zuschauern problemfrei Bundesliga gespielt wurde. Der Feind dieser Anwohner ist nicht so der TSV 1860, denn es wird durchaus honoriert, dass sich die meisten Fans anständig benehmen und der Verein

viel tut, um das Stadtviertel möglichst wenig zu belasten. Das Ziel der Proteste ist eher die Stadtverwaltung, der man vorwirft, über alle Köpfe hinweg zu entscheiden, was im Stadion passiert.

Bürgerversammlung mit diversen Anträgen zum Stadion

Auf der jüngsten Bürgerversammlung in Untergiesing-Harlaching im November 2018 waren keine Vertreter des Sportamtes anwesend, obwohl das Thema in der öffentlichen Tagesordnung angekündigt war. Auch von der 1860 KGaA oder dem 1860-Präsidium war kein Offizieller anwesend. Der BA-Vorsitzende Baumgartner berichtete von einer gestiegenen Anzahl von Beschwerden, die im BA eingehen. Der Leiter der Polizeiinspektion 23 hingegen lobte die Löwenfans für ihr Verhalten. Selbst bei Spielen gegen Ostvereine wie Cottbus oder Halle mit einigen Problemfans sei die Situation zwar angespannt gewesen, aber die Polizei habe die Situation immer unter Kontrolle gehabt. 200 Giesinger Bürgerinnen und Bürger des 18. Stadtbezirks waren auf dieser Versammlung anwesend. Einige sprachen sich für das Stadion aus, andere hatten Bedenken. Drei Anträge zum Thema wurden gestellt. Einer wollte die Zurück-Reduzierung der Kapazität von 15 000 auf 12 500 Zuschauer. Ein anderer wollte keinen weiteren Ausbau und den Status Quo erhalten. Ein positiv gestimmter Antrag wollte eine Erhöhung auf 20 000 Plätze zulassen. Bei den Abstimmungen erreichten die beiden extremeren Anträge keine

Das Viertel lebt – Fans vor einer beliebten Kneipe in der Tegernseer Landstraße.

Foto: Anne Wild



Mehrheit. Die Anwesenden wünschten weder eine Reduzierung noch eine Erweiterung. Die meisten Anwohner scheinen also mit der aktuellen Situation zufrieden zu sein. Es wäre wichtig, bei Umbauten oder Erweiterungen, die Bevölkerung und die Stadtteilgremien mitzunehmen, um so unnötigen Ärger und Angst vor dem Unbekannten zu vermeiden. Vielleicht trägt schon der oben bereits erwähnte und in Kürze geplante runde Tisch dazu bei, dass man mehr miteinander kommuniziert und aufeinander zugeht.

Denn mit Erweiterungsbauten könnte man den Lärm begrenzen, aber dennoch die Kapazität maßvoll erhöhen und im Hospitality-Bereich (VIP-Logen, Business-Seats) nachbessern. Für 1860 wäre dies die historische Chance, sich als geerdeter, stadtteilgebundener Verein eine Marketingschiene einzurichten, die auch eine sportliche Zukunft in höheren Ligen ermöglicht. □

BUCHREZENSION: Mein Verein für alle Zeit – Die Wiedergeburt des TSV 1860 München

Von Tino Krense



Der traditionsreiche TSV 1860 München erlebte im Sommer 2017 einen beispiellosen Absturz aus der Zweiten Bundesliga in die Regionalliga Bayern. Dort hießen die Gegner dann SV Schalding-Heining, FV Illertissen oder FC Pipinsried.

Die Anhängerschaft erlebte den Niedergang als Jungbrunnen. Endlich wurden die Heimspiele wieder im geliebten Stadion an der Grünwalder Straße ausgetragen, die runderneuerte Mannschaft wusste zu begeistern, und der Verein erfand sich in Teilen neu.

Diesen Prozess hat die Fotografin Anne Wild hautnah miterlebt und in vielen Aufnahmen festgehalten. Sie ist immer ganz eng dran an den Akteuren und hat einen besonderen Blick für Stimmungen und ungewöhnliche Spielszenen. Auch gelingen ihr tolle Fotos aus der Fanperspektive. Texte des Journalisten Ralph Drechsel sowie zahlreiche Interviewausschnitte mit fünf Protagonisten begleiten den Bilderreigen. Der Vereinspräsident, ein Spieler der Mannschaft und drei Anhänger mit unterschiedlichen Funktionen in der Fanszene kommen zu Wort.

Der Bildband dokumentiert damit einen historischen Ausflug ins Lager des Amateurfußballs, der in einen gefeierten Aufstieg in die 3. Liga gipfelt. Gleichzeitig nimmt er seine LeserInnen sehr emotional mit ins Herz der Münchner Löwen.

**Mein Verein für alle Zeit –
Die Wiedergeburt des TSV 1860 München**
Anne Wild / Ralph Drechsel
Verlag Die Werkstatt
ISBN 978-3-7307-0442-4
160 Seiten, Hardcover, 24,90 Euro

Turmbau zu München? – Weg oder Irrweg?

Von Martin Fochler

Bürgerentscheide greifen tief in die kommunale Selbstverwaltung ein. In München zog 2004 eine Abstimmung von hochfliegenden Bebauungsplänen eine 100-Meter-Grenze. 2012 beauftragte eine Mehrheit die Landeshauptstadt, den Bau einer dritten Startbahn im Aufsichtsrat des Flughafens zu blockieren. 2013 wurde in München und in den betroffenen Alpengemeinden und -kreisen die Ausrichtung der Winterolympiade 2022 abgelehnt. 2017 erzwang ein Bürgerentscheid den raschen Ausstieg der Stadtwerke München aus der Steinkohleverbrennung.

Zu Bürgerentscheiden kommt es, wenn Planungen der Verwaltung und Beschlüsse des Stadtrates die öffentliche Meinung nicht überzeugen und kampagnenfähige Kräfte – Verbände, Parteien, zivilgesellschaftliche Initiativen – eine Alternative formulieren. Die Bindekraft ist auf ein Jahr begrenzt. Danach kann der Stadtrat in derselben Sache wieder anders beschließen. Deswegen kommt es auf mittlere Frist darauf an, ob und wie die Parteien und Wählervereinigungen solche Entscheide in ihre Programmatik einarbeiten. Bleibt das aus, dann bleibt die Sache mit dem Drehkreuz für den Welt-Flugverkehr auf dem Tisch, die abgelehnte Olympiabewerbung klettert als UEFA-Cup-Veranstaltung aus dem Sarg, die Stadtwerke versuchen, das Ende der Kohleverbrennung hinauszuschieben, und Bau-Investoren werden geradezu ermuntert, Hochpunkte über die 2004 gesetzte Marke zu anzupeilen. Bürgerentscheide werden von Kommunalpolitik und -verwaltung nicht als wertvolle Orientierungspunkte verarbeitet, sondern als Hindernisse registriert, an denen man irgendwie vorbei muss. Das ist legal – Stichwort Bindekraft ein Jahr – aber schön ist es nicht. Denn so verfestigt sich ein Gegensatz von Politik und Zivilgesellschaft. Die Demokratie nimmt Schaden. Es lohnt sich deswegen, über die Botschaft nachzudenken, die bei solchen Ja-Nein-Entscheidungen mitläuft.

Machtzentrum von Weltrang? Die Sache mit der Skyline

Immerhin veranlasste der Bürgerentscheid von 2004 Stadtrat und -verwaltung 2006 zu einem „Stadtratshearing“. Dabei stellte sich heraus, dass der Hochhausbau keineswegs eine besonders wirtschaftliche Verwertung knappen Baugrundes darstellt. Zwar sei der Flächenverbrauch zunächst geringer, die frei gehaltenen Flächen hätten jedoch wegen „unwirtlicher Licht- und Windverhältnisse keine wirkliche Aufenthaltsqualität“, sodass eine Tendenz entstanden sei, dort „wieder nachzuverdichten“. Oberhalb 60 Meter ergebe sich ein wesentlich erhöhter baulicher Aufwand, Stichworte Windverhältnisse, Brandschutz, ▸

▷ Sicherheitstreppe, aufwändigere Fassaden usw. usf. (1).

Der Trieb zum Turmbau ergibt sich nicht aus dem Streben nach Verwertung teurer Grundstücke. Es ist die Repräsentationslust großer Unternehmen, die ihre überragende Bedeutung markieren wollen. Die Bauform lebt vom Kontrast zwischen „Oben“ und „Unten“ sie passt zum Organisationsprinzip steiler Hierarchie. In einer Skyline stellen sich die Mächtigen zum weltweit sichtbaren Vergleich auf, bestimmen das Stadtbild, zeigt sich der ganze Standort als Macht- und Entscheidungszentrum. Abgestimmt wurde in München 2004 über die 100-Meter-Grenze, letztlich ging es aber um die Entwicklungsperspektive von Stadt und Region.

München und seine „Position im internationalen Flugverkehr“ – Münchner Bürgerentscheid stoppt dritte Startbahn

Auf dem Weg zum Machtzentrum von Weltgeltung wäre der Ausbau des Flughafens zu einem Knotenpunkt und Drehkreuz des Weltflugverkehrs unumgänglich. Der Plan bestand, rund um den Flughafen ein neues Gebilde zu schaffen, das mit der alten Stadt durch die Magnetschwebbahn verbunden werden sollte. Dem Schweben-Plan schlug eine so lebhaft abgelehnte Abkehr entgegen, dass die in dieser Sache treibende Staatsregierung das Projekt fallen lassen musste. Die Blockade des Flughafenausbaus durch den Bürgerentscheid 2012 war ein weiterer Fingerzeig, dass die Bürgerschaft hochfliegenden Entwicklungsstrategien misstraut.

Um jeden Preis bekannt werden? NOlympia!

München, Bayern, die Alpen – Stadt und Region haben ihren Platz als Veranstaltungsort von weltweit interessanten Wirtschaftsmessen, Wissenschaftskongressen, Kulturereignissen, Sportveranstaltungen. Solche Chancen zu sehen und zu nutzen, gehört zweifellos zu den Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Daraus ist weltweit die Neigung der Politik entstanden, Veranstaltern solcher Ereignisse auf Kosten von Stadt und Land, von Landschaft und Leuten, freie Bahn zu gewähren. In München kam es zu dem Plan, die Stadt, der es an Schnee, Eis und Bergen mangelt, als Standort olympischer Winterspiele ins Spiel zu bringen; dazu wäre es nötig geworden, bayerischen Alpenorten Baumaßnahmen aufzuzwingen, die deren mühevoll Suchen nach Entwicklung von nachhaltigem Tourismus aus der Bahn geworfen hätten. NOlympia setzte in München und den betroffenen Berggemeinden den Ausstieg durch, die Berggemeinden hielten sich den Weg für eine nachhaltige und naturschonende Entwicklung offen.

Der Ausstieg aus der Steinkohletechnologie – eine Perspektiventscheidung

Konnte man die vorausgehenden Entscheide vor allem als Blockade von hochfahrenden Fehlplanungen



Ikarus' Fall. Der antike Dädalus-Ikarus-Mythos erzählt, wie der Erfinder, Techniker, Baumeister und Künstler Dädalus, zusammen mit seinem Sohn Ikarus auf Kreta gefangen, zur Flucht aus Wachs und Federn Flügel verfertigt. Trotz Warnung schwingt sich Ikarus begeistert hoch, kommt der Sonne nahe, das Wachs schmilzt und er stürzt ab in die Tiefe. In einer Phase stürmischen Wachstums der Niederlande greift Peter Paul Rubens 1636 das Thema auf.(5)

verstehen, setzte der Entscheid von 2017 ein positives Wegzeichen. Die Stadt steigt aus der absterbenden Kohletechnologie frühzeitig aus und erfüllt gleichzeitig ihrem Versorgungsauftrag durch Einsatz moderner Technologien, namentlich der gezielten Erdwärmeerschließung. Der von der ödp initiierte und von vielen Verbänden unterstützte Bürgerentscheid hat diese Strategie nicht erfunden, aber beschleunigt und demokratisch beglaubigt. München wird durch diesen Schritt als Standort von Entwicklung, Erprobung und breitflächiger Anwendung moderner und umweltschonender Technologien international erkennbar.

Stadt und Land – wo liegen die Stärken? Ein Rückblick

Die Bearbeitung von Entwicklungsproblemen durch kombiniertes Handeln von Gewerbe, Wissenschaft, Kultur und Politik ist in der Entwicklungsgeschichte der Region nicht ungewöhnlich. Entscheidungen vom Anfang des 19ten Jahrhunderts wirken bis heute. Damals wurde die Universität in die Stadt geholt. Mit dem Zuzug von Protestanten lernte die Stadt, mit kulturellen Unterschieden zu leben. Naturwissenschaftliche Forschung suchte praktische Anwendungen, zunächst in der Agrar- und Brauwirtschaft. Der dabei nötige Bau von wissenschaftlichen Geräten eröffnete dem kunstfertigen Handwerk der Residenzstadt neue Felder. Industrie und Gewerbe konnten mit der Wasserkraft als Antriebskraft nicht mehr auskommen. Anschluss an das Eisenbahnnetz schuf Kohle herbei und ermöglichte den Einsatz von Dampfmaschinen. Auch begünstigte das neue Transportmittel die Produktion von spezialisierten Produkten für ferne Märkte. An der Wende zum 20ten Jahrhundert setzte der Siegeszug der Elektrotechnik ein, München war gut dabei. (2,3)

Eine produktive Konstellation: Die Münchner Mischung

Wenn politische Rahmenentscheidungen das produktive Dreieck von Wissenschaft, Gewerbe und Kultur aufleben lassen, können auf neue Herausforderungen relativ rasch produktive Antworten gefunden werden. Das komplexe Zusammenspiel wird möglich, wenn am Standort so gut wie alle Varianten menschlichen Geschicks und Arbeitsvermögens gut oder wenigstens einigermaßen leben können. Das soziale und

kulturelle Fundament dieser Münchner Mischung ist Anerkennung, und dazu gehören auskömmliche Löhne und faire Arbeitsbedingungen.

Wenn Menschen von ihrem Arbeitseinkommen in der Stadt nicht auskömmlich leben können oder gar weichen müssen, wird die produktive Grundstruktur der Stadt beschädigt, der Vorgang wird weit über die Betroffenen hinaus als Skandal empfunden. Die Öffentlichkeit antwortet mit der Forderung nach Wohnungen zu bezahlbaren Mieten. Die Politik, Stadtratsmehrheit und Staatsregierung werden getrieben, durch aktive Boden- und Wohnungswirtschaft dem marktwirtschaftlichen Trend zu Verdrängung, Entmischung und sozialer Diskriminierung entgegenzutreten.

Die Tradition Münchens in Sachen beruflicher Bildung reicht bis ins 19te Jahrhundert zurück. Damals entstand das Konzept der Verbindung von Arbeiten und Lernen. Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gestalteten seither Ausbildungsgänge und Berufsbilder, die betriebliche Ausbildung wird durch städtische Berufsschulen gestützt, so besteht die Chance, jede Arbeit mit Hintergrundwissen zu verbinden und somit zur Facharbeit zu entwickeln. Hier liegt auch ein Ansatzpunkt für Konzeptionen des lebenslangen Lernens und der Verbindung von Arbeitserfahrung und wissenschaftlichem Studium.

Machtzentrum Muc – Wunschtraum? Alptraum?

Das Konzept der Münchner Mischung ist immer wieder erfolgreich gewesen und bietet auch heute die Chance, die großen Umbauten zu bewältigen, die ökologische Erfordernisse und technologischer Wandel mit sich bringen. Trotzdem ist das Konzept unter Druck. Wieso? Die Metropolregion mit Kern München steht im internationalen Wettbewerb in der Tradition der Leistungen für ferne Märkte. Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sind in die weltweite Arbeitsteilung eingebettet. Stadt und Region haben einen guten Namen in der Welt. Stadt und Region wachsen. Können sie sich zu einem Macht- oder wenigstens Finanzzentrum auswachsen? Wer's glaubt, wird arm. Öffentliche Mittel wurden zum Kauf der Hypo-Alpe-Adria eingesetzt – schon der Name war Programm. Vom Ausflug in die Hochfinanz ging die staatliche Bayern LB gerupft zu Boden. Der Standort trägt solche Pläne nicht. Man kann sinnieren, wieso München anders als etwa Zürich nicht zu einer Schnittstelle des europäischen Nord-Süd-Handels wurde, dass die Stadt dann aber auch nicht ein Finanzplatz erster Ordnung wurde, ist verständlich. Bayern bezeichnet sich als Freistaat, ein politisches Entscheidungszentrum mit internationaler Zuständigkeit ist die Staatskanzlei aber nicht. Der gute Ruf von Stadt und Region gründet sich auf die Qualität von Produkten und Dienstleistungen

und Beiträgen zu Wissenschaft und Kultur. Das zieht Leute, Unternehmen und Institutionen an. Die Idee, den Standort durch Ausbau zum Machtzentrum aufzuwerten, lockt Aufstiegsversprechen für die Kleinen, Glanz und Gloria für die Großen. Solche Orte gibt es auf der Welt, aber hier kann das nichts werden. Das ist ein Glück und kein Pech.

Tiefpunkt Hochpunkt

Beispielhaft in Sachen Hochhausbau. Inzwischen gibt es Beispiele, wie der unwirtschaftliche Hochhausbau doch rentierlich gestaltet werden könnte. Das Hochhaus kann nämlich nicht nur eine innerbetriebliche Hierarchie abbilden, sondern Finanzkraft und Geltungsbedürfnis von Privatleuten. Exklusive Stellplätze in der Tiefgarage, besondere Aufzüge, oben dann großartige Sicht auf die Alpenkette und herrschaftlicher Blick auf die Stadt. Es gibt anscheinend Leute, die sich das kosten ließen. Es gibt aber auch die Stadtplanung und Bauordnung. Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbauten sollten ansehnlich mit Rücksicht auf die Umwelt und optimal für den Gebrauch entwickelt werden und nicht von der Absicht getrieben, andere in den Schatten zu stellen. Moderner Siedlungsbau sollte nachbarschaftliches Leben begünstigen. Die letzten März beschlossene Fortschreibung der Hochhausstudie (4) hat engagierte Beobachtung nötig.

Wachstumsvertrag?

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung zum 50jährigen Bestehen des Münchner Forums für Entwicklungsfragen (November 2018) kam Frau Professor Dr. Merk, Stadträtin für Stadtplanung und Bauordnung, abermals auf die Idee eines „Wachstumsvertrags“ zu sprechen. Fingerzeige zu konkreten Punkten eines solchen Vertrags hat sie nicht gegeben. Das wäre wohl auch eher die Aufgabe der Parteien und der zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Die LINKE hat mit ihrer Parole „München für Alle“ einen guten Rahmen für die Fortschreibung konkreter Aufgaben der Stadtentwicklung. Letztlich steht aber eine Entscheidung über das Leitbild an. Soll der Metropolenkern München Sitz von Herrschaftsfunktionen werden, besiedelt und bestimmt von Entscheidern aller möglichen Geschlechter, die luxuriös verbrauchen, was anderswo erarbeitet wird und die für ihre Irrtümer andere büßen lassen? Oder hat das Leitbild der produktiven Münchner Mischung Bestand?

Diese Richtungsentscheidung ist in der Schwebe und schwingt bei vielen anstehenden einzelnen Entscheidungen mit. Die Ansatz, strategische Richtungsentscheidung und anstehende Einzelpläne im Zusammenhang aufzulisten, wäre ein schönes Stück Demokratie, in dem bürgerschaftliche Initiativen, die Parteien und die Fachwelt ihre Beiträge leisten könnten.

1 Stadtgestalt und neue Architektur, Hochhäuser im Spannungsfeld zwischen Identität und Wandel der Stadt. Zusammenfassung der Workshopreihe. Autorin: Nicolette Baumeister. Erschienen 2005. PDF 12 S. A4. Download bei: <https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/970991> 2 Dirk Götschmann, Wirtschaftsgeschichte Bayerns, Regensburg 2010 3 Michael Schattenhofer, Wirtschaftsgeschichte Münchens, Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Herausgegeben und erweitert von Willibald Karl. München 2011 4 PERSPEKTIVE MÜNCHEN, Fortschreibung der Hochhausstudie, Beschluss des Stadtrats vom März 2018. PDF 11 S. A4. Download bei: <https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/4847901> 5 Ikarus' Fall. Peter Paul Rubens, 1636, Musées royaux des Beaux-Arts, Brüssel).<https://de.wikipedia.org/wiki/Daidalos>

Fauststraße 90 – Stoff für einen Münchner Polit-Krimi

Von Horst Münzinger

Hat ihn nun der „Der Spiegel“ erfunden oder schon vorher die „taz“? Beide wollen die Ersten gewesen sein. Egal. Es gibt ihn seit über zehn Jahren und er wurde zum Unwort des Jahres 2010 „gekürt“. Die Rede ist vom Begriff „Wutbürger“. Als solche werden eher abwertend Einzelne oder Gruppen von Bürgern bezeichnet, die sich gegen Entscheidungen wehren, die ihrer Meinung nach Willkür, Rechtsbeugung oder Kumpelerei zur Grundlage haben. Die Zielgruppe, gegen die sich Ärger und Unmut richten, sind regelmäßig die als willfährig und beugsam verächtigten Politiker und Macher in der Verwaltung. Der Vorwurf lautet ebenso regelmäßig Verstrickung mit Wirtschaftsinteressen bedeutender Firmen und Konzerne. Doch statt mit Dialog und Aufklärung auf sachlich vorgebrachte Einwände zu reagieren, strafen vor allem erfahrene und abgebrühte Volksvertreter Bürgerengagement mit Missachtung. Bei fortgesetzten Dialogversuchen bis hin zum Protest und beharrlichem Aufbegehren folgt dann eine mehr oder minder starke öffentlichkeitswirksame Abwertung durch die Kritisierten. Die verbale Reduzierung auf Protestler, Verweigerer und gegen alles Seiende setzt ein. Ein bekanntes, wenngleich billiges Schema. Aber freilich weniger mühsam, als zuzuhören und sich mit den Anliegen und Argumenten der Bürger auseinandersetzen zu müssen. Manchen engagierten Bürgern geht dann freilich die Luft aus. Wer durchhält und sich nicht einschüchtern lässt, wird selbst als verantwortungsvoller Bürger zum „Wutbürger“. Ob er nun will oder nicht.

Planungsreferat jahrzehntelang gegen Bebauung im Landschaftsschutzgebiet

Die Truderinger Bürgerinitiative Fauststraße 90 sieht sich nicht als Gruppe von Wutbürgern, sondern zu aller erst als eine stabile Bewegung engagierter Bürger. Nicht mit Straßenprotesten und übermäßigen Emotionen, sondern mit Tatsachen und handfesten Argumenten versucht sie zu überzeugen. In der Nachbarschaft, in der Politik und in den Medien. Aber der Reihe nach.

Im Herbst 2012 kauft ein Ableger des Immobilieninvestors Optima-Ägidius-Firmengruppe ein Grundstück an der Fauststraße 90 in der Truderinger Grenzkolonie. Die Stärke des Unternehmens liegt nach eigenen Angaben darin, meist antizyklisch Projekte mit hohem Wertschöpfungspotential zu identifizieren. Doch, Pech gehabt, will man bei diesem Grundstück meinen. Denn das Grundstück liegt im Landschaftsschutzgebiet Truderinger Wälder. Und das Münchner Referat für Stadtplanung und Bauordnung schreibt nach einer Bauanfrage durch Stadtrat Dr. Michael Mattar und im Anschluss an eine Sitzungsrunde mit

weiteren Stadträten am 6.6.2013 einen an Klarheit kaum zu übertreffenden Beschlussentwurf.

Darin wird festgehalten, dass das ökologisch wertvolle Grundstück im Landschafts- und Wasserschutzgebiet und Bannwald liegt und der aktuell gültige Bebauungsplan das Grundstück als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Freizeitanlage festsetzt. Zudem, so das Referat, sprechen naturschutzrechtliche und landschaftsplanerische Aspekte deutlich gegen eine bauliche Nutzung. Die Entwicklung des Grundstücks hin zu einer Grünfläche, so das Referat weiter, wäre besser. Es fehlt auch nicht der Hinweis, dass alle bisherigen Bauanfragen aus den genannten Gründen konsequent negativ beantwortet wurden und dies der Optima Ägidius bereits vor dem Kauf des Grundstücks bekannt war. Gemäß einer Gesprächsnotiz aus dem Planungsreferat vom April 2013 zufolge wurde die Bebauung des Grundstücks schon mal bis zur Referatsspitze diskutiert und verworfen.

Der Polit-Krimi beginnt und Unglaubliches geschieht

Das wär's also gewesen, möchte man meinen. Landschaftsschutzgebiete sind eben keine Reserveflächen für Wohnungsbau. Selbst im engen München nicht, das schon allein aus Gründen des Klimawandels auf freie sowie gesetzlich geschützte Grün- und Ausgleichsflächen nicht verzichten kann, ohne dauerhaft massive Schäden für das Stadtklima zu riskieren. Schließlich bekennt sich der Münchner Stadtrat unter anderem in der Leitlinie Ökologie und im Konzeptgutachten Freiraum 2030 wortstark zum Umwelt- und Klimaschutz. Doch Papier scheint geduldig, denn nun geschieht das Unglaubliche. Stadträte der SPD und der CSU beantragen nach der Münchner Kommunalwahl 2014 am 6.6.2014 beim neugewählten Oberbürgermeister Dieter Reiter die Einleitung der Planung für das Gelände. Begründung: weil ein Konzept zur Realisierung von 50 Reihenhäusern vorliegt. Das Referat muss nun handeln. Und seltsamerweise verstummen alle bisher bekannten und dokumentierten Warnungen und Ablehnungen. Sie schlagen ins Gegenteil um und münden in einem Aufstellungsbeschluss, dem im Oktober 2016 eine Stadtratsmehrheit zustimmt. Stadträte der ÖPD und der Partei DIE LINKE stimmen als Einzige dagegen. Zuvor hatte die Münchner Stadtratsfraktion Die Grünen /Rosa Liste noch erfolgreich den Antrag auf Realisierung einer kompakten Bauweise von 60 bis 80 Wohneinheiten gestellt.

Wohnkomplex mit ökologischem Zuckerguss

Demnach hat eine identifizierbare Gruppe von Stadträten nach Gesprächen im Planungsreferat bereits 2013 die fundierten naturschutzrechtlichen Einwände des Planungsreferats gegen eine Bebauung im Landschaftsschutzgebiet schlichtweg ignoriert. Selbst die Erklärung der Referatsleitung, dass das für eine Wohnbebauung erforderliche Bebauungsplanverfahren gemessen an der nur im geringen Umfang realisierbaren Wohnbebauung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand bedeute, im Klartext: Steuer-

verschwendung, beeindruckte die Volksvertreter offenbar nicht. Sie hielten an ihrem Ziel fest, Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet zu ermöglichen. Man darf an dieser Stelle anmerken, dass ein Stadtratsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungs- und Bebauungsplans, falls er denn kommt, eine exorbitante Wertsteigerung des Grundstücks bewirkt und damit dem Eigentümer zu traumhaften wirtschaftlichen Vorteilen verhilft. Und das zu

Lasten eines ökologisch wertvollen Landschafts- und Wasserschutzgebiets mit Kaltluftleitbahn und ohne den Münchner Wohnungsmarkt nennenswert zu entlasten. Feil geboten wird nun eine vom Eigentümer und seinen willigen und bewährten Dienstleistern kreierte Mustersiedlung mit ökologischem Zuckerguss und allerlei Versprechungen für Natur und Umwelt. Wohnungsbau im Landschaftsschutzgebiet, so die frohe Kunde, wertet die Landschaft auf und verbessert die Situation für die Anwohner. Wer das glaubt, wird wohl dran glauben müssen.

Fundierte Einwände folgen kuriose Zurückweisungen

Nach Bekanntwerden der Bauplanung formierte sich 2017 die Bürgerinitiative Fauststraße 90 mit dem Ziel, im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Münchner Landschaftsschutzverordnung den Erhalt der Eigenart des Grundstücks im Landschaftsschutzgebiet zu ermöglichen. Allerdings wurde unserem Ansinnen die Tatsache entgegengehalten, dass auf dem Grundstück bereits seit 1971 eine kleine Sportanlage besteht und geplant sei, mit dem Neubau weniger Fläche zu versiegeln als dies heute bereits der Fall sei. Eine dem Archiv entnommene verbindliche Verzichtserklärung des damaligen Bauherren der Sportanlage, mit Gültigkeit für alle nachfolgenden Eigentümer, wies das Referat als nicht mehr zeitgemäß zurück. Doch mit der von der Stadt München seinerzeit geforderten Erklärung, ohne die der Bau der Sportanlage nicht möglich gewesen wäre, wird erkennbar, dass eine weitere Bebauung im Landschaftsschutzgebiet ausgeschlossen werden sollte. Das Planungsreferat hat ja auch nachweislich jede Bauanfrage aktueller und potentieller Eigentümer bis 2014 negativ beschieden.

Versiegelungsargument nicht mehr haltbar

Auch das Minder-Versiegelungs-Argument der Befürworter erweist sich nun endgültig als unhaltbar. Vier voneinander abweichende Versiegelungsdaten aus dem Referat dürfen als Zeichen einer fehlenden qualifizierten Erfassung und Bewertung der aktuellen und der künftigen Bodenversiegelung verstanden werden. Zudem hält keine der Varianten einer fachlich fundierten Überprüfung stand. Es ist somit un-



zweifelhaft, dass der geplante Neubau von bis zu 80 Wohnungen und über 100 Tiefgaragen nebst öffentlichen Flächen, wie etwa die geplante Erweiterung an der Fauststraße 90, eine erhebliche Mehrversiegelung im Landschaftsschutzgebiet mit sich bringen würde. Die Stadträte haben also in einem ganz wesentlichen Punkt einer gewünschten, aber unrealistischen Zielplanung aus dem Referat vertraut. Doch sie können Schlimmes verhindern, denn ein Anspruch des Grundstückseigners auf die Erteilung von Baurecht besteht nicht.

Landschaftsschutzgebiet vs. Wohnungsbau – Juristisch bedenklich

Fragwürdige Versiegelungsdaten, seltsame Angaben zur Straßenbreite, zum Verkehrsaufkommen und zur Erreichbarkeit des Grundstücks, ungenehmigte massenhafte Laubheckenrodungen, die seltsamerweise mit dem Nadelholzbockkäfer in Verbindung gebracht werden, und Laienhaftes zur alternativen Nutzung des Grundstücks sind wohl Zeichen einer überforderten Verwaltung. Dabei wurde bisher nur am Rande die juristische Würdigung des Ansinnens thematisiert, Wohnungsbau im Landschaftsschutzgebiet zuzulassen. Wer sich mit der Rechtsprechung und Fachleuten auseinandersetzt, wird feststellen müssen, dass die Rechtslage keineswegs so eindeutig ist, wie es manche Befürworter der Bauplanung glauben machen wollen. Die Frage, ob sich die Stadt auf eine juristische und damit auch öffentlichkeitswirksame Prüfung dieses und weiterer Sachverhalte einlassen will, dürfte aber vermeidbar sein.

Die Bürgerinitiative Fauststraße 90 mit der homepage www.f Fauststrasse90.de setzt auf Aufklärung, Offenheit, Gespräche und Einsicht. Sie erwartet und hofft, dass Bezirksausschuss, Stadträte und der Oberbürgermeister einer Abwertung des Landschaftsschutzes mit negativen Folgen für ganz München entgegenreten und am Beispiel Fauststraße 90 klare Zeichen für eine ökologiebewusste Großstadt setzen. Zeichen für ein München, das sich nicht den Wirtschaftsinteressen von Großinvestoren beugt, vielmehr kreative und sinnvolle Lösungen für preiswerten Wohnraum entwickelt und sich ernsthaft und mutig den Anforderungen des spürbaren Klimawandels und den hörbaren Bürgermeinungen stellt. □

PROGRAMM 2019

(Hier bis Ende März.

Das Programm hatte im November 2018 begonnen und läuft bis zum 23. Mai 2019.

Die April/Mai Termine bringen wir in der nächsten Ausgabe von MitLinks, die Ende März erscheint.)



DI. 22.1.2019, 19 UHR

Alltag und Erinnerung: Alte Mythen und neue Erkenntnisse zur Revolution 1918/19 Das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung leuchtet bislang weniger beachtete Aspekte des Revolutionsgeschehens aus Sicht der „kleinen Leute“ aus. Zugleich wird ein Blick auf die wechselvolle, bisweilen kuriose Bewertung und Vereinnahmung der Revolution gerichtet. Bernward Anton

DO. 24. JANUAR 2019, 19 UHR

„Hysterische Furien und schnatternde Gänse“.

Die ersten Frauen im bairischen Parlament

Die ersten Frauen im bairischen Parlament setzten sich couragiert für ihre Belange ein. Bildung, Gesundheit, Soziales – ein neuer Ton sollte Einzug halten. Sommer berichtet über Dr. Rosa Kempf u.a. Minderheiten in der männlich dominierten Welt der Politik.

Karin Sommer

DI. 29. JANUAR 2019, 19 UHR

Dunst, Gerüchte, Stimmungsmache

„fake-news“: Gerstenberg untersucht, wie unter der Regierung Eisner und während der Räterepubliken die geschicktere Propaganda siegte. Ein Lehrstück für heute. Günther Gerstenberg

DO. 7. FEBRUAR 2019, 19 UHR

Zustandekommen des Wittelsbacher Ausgleichsfonds als Geheimfonds

Weitgehend unbekannt stellt der sogenannte Wittelsbacher-Ausgleichsfonds

eine in alle Ewigkeit munter sprudelnde Geldquelle für den bairischen Adel dar, geschaffen von der reaktionären Politik nach der gescheiterten Räterepublik. Dazu liest Rudolf Stumberger aus seinem Buch München ohne Lederhosen – ein kritisch-alternativer Stadtführer 1918–1968. Rudolf Stumberger

DI. 12. FEBRUAR 2019, 19 UHR

Filmabend „Rotmord“

Peter Zadeks Fernsehspiel nach Tankred Dorsts Theaterstück „Toller“ erzählt die Tragik des pazifistischen Dichters Ernst Toller, der sich in der Räterepublik 1919 zum militärischen Handeln gezwungen sah.

DI. 19. FEBRUAR 2019, 19 UHR

„Revolutionärinnen von A bis Z“ – Fiktives Streitgespräch zwischen Anita Augspurg und Clara Zetkin

„His-tory“ wird zu „Her-story“. Zwei mutige historische Frauen schauen zurück auf ihr Leben, ihr Engagement und ihre Kontroversen.

Sabine Bollenbach und Heidi Meinzolt

DO. 14. MÄRZ 2019, 19 UHR

„Hundert Jahre später“ – Ausstellung zur Rezeption der Räterepublik in der bildenden Kunst

Vernissage und begleiteter Rundgang durch die Ausstellung

Die Ausstellung ist bis 23.5.2019 immer zu den Veranstaltungsterminen zu sehen. Nach der Barbarei des Ersten Weltkriegs wollten die Überlebenden aus den Schützengräben, mit ihnen die Millionen

Kriegsgeschädigten unter Führung der organisierten Arbeiterschaft eine neue Gesellschaft aufbauen.

Carl Nissen, Andreas Paul Schulz und Günter Wangerin

DI. 19. MÄRZ 2019, 19 UHR

Revolution! Was kümmern uns Frauen die alten Zöpfe?

Von den Revolutionärinnen Gabriele Kätzler und ihren Töchtern sowie von Hilde Krami sind uns aus der Revolutionszeit wunderbare, engagierte Briefe erhalten. Die Frauen waren keine Eisners, Tollers, Mühsams. Insofern hatten sie kaum eine Chance, in die (männliche) Geschichtsschreibung einzugehen.

Christiane Sternsdorf-Hauck und Gesche Piening

DO. 21. MÄRZ 2019, 19 UHR

„Waffen sind an der Garderobe abzugeben“

Lesung aus Protokollen der Räterepublik. Wie schwer das scheinbar Einfache wie z. B. das Erlernen des aufrechten Ganges ist, zeigen die Protokolle der Räteversammlungen und der provisorischen Nationalversammlung. Andreas Paul Schulz

DI. 26. MÄRZ 2019, 19 UHR

Das Leben der Hedwig Kämpfer (1889–1947) – Rätin, Richterin und USPD-Frau

Hedwig und Richard Kämpfer waren Mitbegründer der Münchner USPD. Hedwig Kämpfer war Mitglied des revolutionären Arbeiterrates, Mitgründerin des „Bundes sozialistisch Frauen“, 1919–1924 Stadträtin für die USPD/SPD in München. Mira Schnoor und Cornelia Naumann
Ort: Kösk, Schrenkstraße 8, 80339 München – barrierefrei -

DO. 28. MÄRZ 2019, 19 UHR

Frauen für Frieden 1919–2019 – vergebene Liebesmüh?!

1919 trafen sich Frauen, um Perspektiven für eine friedliche Nachkriegsordnung und zur Vermeidung künftiger Kriege zu entwickeln. 2019 analysieren Frauen immer noch und immer wieder Ursachen von Krieg und Gewalt und stemmen sich dagegen.

Heidi Meinzolt und Eva Maria Volland